

SoFAX.de e.V.

Verein zur Förderung sozialwissenschaftlicher Forschung, Anwendung und Kommunikation

in Kooperation mit
UNIVERSITÄT ROSTOCK
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Soziologie



Johann Gerdes

Evaluation der Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Umfeldes im Rahmen der GI URBAN in Rostock

Unter Mitarbeit von Dipl. Pol. Jutta Susemihl und Dipl. Soz.-Wiss. Matthias Kirk

**(Teilbericht zur Gesamtevaluation. Langfassung.
Der Gesamtbericht wurde von der Rostocker Gesellschaft für
Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS)
publiziert. Darin ist dieser Beitrag als Kurzfassung enthalten)**

Rostock Juni 2000

Inhalt¹:

1	Einleitung	4
1.1	Zielsetzung der Untersuchung	4
1.2	Ausgangssituation in Rostock - Probleme der KTV	9
1.2.3	Soziale Ausgangssituation	9
1.3	Entwicklungsziele für die KTV	12
1.3.3	Entwicklungsziele für den sozialen Bereich.....	12
1.4	Instrumente und erwartete Ergebnisse.....	13
1.4.3	Instrumente und erwartete Ergebnisse im sozialen Bereich	13
1.5	Probleme der Evaluation.....	15
1.5.1	Probleme der Evaluation im sozialen Bereich	15
(2	<i>Maßnahmensteuerung - Organisations-/Steuerungsmodell für URBAN Rostock)</i>	
3	Durchgeführte Maßnahmen	17
3.3	Soziales und Beschäftigung.....	17
3.3.1	Durchgeführte Maßnahmen	17
3.3.1.1	Gegenstandsbereich Partizipation/Quartiersöffentlichkeit	17
3.3.1.2	Gegenstandsbereich: soziale Problemgruppen.....	20
3.3.1.3	Gegenstandsbereich: Soziale Hilfen für Behinderte	23
3.3.1.4	Gegenstandsbereich: Familien, Jugend, Kinder.....	24
3.3.1.5	Gegenstandsbereich: Erweiterung des Dienstleistungsangebotes schwerpunktmäßig für sozial Benachteiligte.....	27
3.3.1.6	Interventionsbereich: Arbeitsmarkt, Beschäftigung, berufliche Qualifizierung - OP 2.0 Sicherung und Förderung von Beschäftigung.....	29
3.3.2	Zur Problematik der Messung von Ergebnissen und Auswirkungen der Einzelmaßnahmen	37
4	Die Entwicklung der KTV auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Daten .	41
4.3	Soziale Entwicklung.....	41
4.3.1	Bevölkerungsstruktur und –entwicklung.....	41
4.3.1.1	Bestandsveränderungen 1995-99.....	41
4.3.1.2	Bevölkerungsstruktur	43
4.3.1.3	Bevölkerungsbewegung.....	49
4.3.2	Arbeitslosigkeit.....	62
4.3.3	Sozialhilfe	64
4.3.4	Wahlverhalten.....	67
5	Zusammenfassung	70
6	Vorschlag zur Bildung von Indikatoren zur prozeßbegleitenden Erfolgskontrolle bei Stadtentwicklungsmaßnahmen	74
Anhang		
A)	Zusätzliche Daten zur Analyse der sozialen Entwicklung im Rahmenplangebiet.....	80
B)	Literaturhinweise	84

¹ Die Gliederung folgt dem ursprünglichen Gliederungsvorschlag, daher fehlen die Numerierungen für die wirtschaftlichen bzw. ökologisch/städtebaulichen Teile.

Verzeichnis der Abbildungen:

1. Entwicklung der Einwohnerzahlen zwischen 1993 und 1999 (Index 1993 = 100, Bevölkerungsstand jeweils 31.12. des Jahres, nur Einwohner mit Hauptwohnsitz)	41
2. Veränderung der Einwohnerzahlen zwischen 1995 und 1999 nach Blöcken.....	42
3. Familienstand	43
4. Familienstand im Rahmenplangebiet und in der Stadt Rostock (in Prozent)	44
5. Veränderung des Ledigenanteils nach Blöcken zwischen 1995 und 1999 (nur 20 Jahre und älter, in Prozent).....	45
6. Bestandsveränderung nach Geburtsjahrgängen zwischen 1995 und 1999 (Männer und Frauen, in Prozent)	46
7. Bestandsveränderungen nach Geburtsjahrgängen zwischen 1995 und 1997 sowie zwischen 1997 und 1999 (in Prozent)	47
8. Altersstruktur 1995 und 1999 (absolute Werte)	47
9. Altersstruktur der Ausländer 1995 und 1999	48
10. Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Rahmenplangebiet 1993 bis 1999 (absolute Werte)	50
11. Entwicklung der Wegzüge, Zuzüge und Umzüge innerhalb des Rahmenplangebietes 1993 bis 1998 (absolute Werte)	51
12. Wanderungssaldo pro 1000 Einwohner 1993 bis 1999 (in Promille)	52
13. Gesamtfunktionsquoten nach Altersgruppen 1993 bis 1998 (pro 100 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe)	53
14. Wanderungssalden pro 1.000 Einwohner nach Altersgruppen (in Promille).....	54
15. Zu- und Wegzüge im Rahmenplangebiet 1993 bis 1998 (absolute Werte).....	54
16. Wanderungssaldo über die Stadtgrenzen im Zeitraum von 1993 bis 1998.....	56
17. Wanderungssalden nach Altersgruppen der innerstädtischen Wanderung im Zeitraum 1993 bis 1998	57
18. Vergleich der Wanderungssalden zwischen innerstädtischer und Außenwanderung im Zeitraum zwischen 1993 und 1998 (absolute Werte).....	57
19. Wegzüge in andere Stadtteile (ohne Umzüge innerhalb des Rahmenplangebietes) 1993-1998 .	58
20. Zuzüge aus anderen Stadtteilen (ohne Umzüge innerhalb des Rahmenplangebietes) 1993 bis 1998.....	58
21. Wegzüge in und Zuzüge aus den nordwestlichen Stadtteilen	59
22. Wanderungssaldo nach Altersgruppen und zusammengefaßten Stadtbereichen im Zeitraum von 1993 bis 1998.....	59
23. Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65jährige) in der KTV 1995 bis 1999 (in Prozent).....	63
24. Veränderung der Quoten von Sozialhilfeempfängern zwischen 1996 und 1999 nach Blöcken (Veränderung der Quoten in Prozent)	65
25. Männliche Sozialhilfeempfänger im Rahmenplangebiet nach Alter 1996 und 1999.....	66
26. Anteil der Nichtwähler an den Bundes- und Landtagswahlen 1994 und 1998 in den Wahlbezirken des Rahmenplangebietes im Vergleich zur Stadt insgesamt (in Prozent).....	68
27. Anteil der Briefwähler an den Bundes- und Landtagswahlen 1994 und 1998 in den Wahlbezirken des Rahmenplangebietes im Vergleich zur Stadt insgesamt (in Prozent).....	68
28. Veränderung der Einwohnerzahlen zwischen 1995 und 1999 nach Blöcken (in Prozent).....	80
29. Anteil der Ledigen nach Blöcken 1995 (nur 20 Jahre und älter, Abweichungen in Prozent).....	81
30. Anteil der Ledigen nach Blöcken 1999 (nur 20 Jahre und älter, Abweichungen in Prozent).....	81
31. Veränderung des Altersdurchschnitts nach Blöcken (in Jahren)	82
32. Veränderung des Altersdurchschnitts nach Blöcken (Abweichung vom Durchschnitt, in Jahren)	82
33. Ausländeranteil nach Blöcken.....	83

1 Einleitung

1.1 Zielsetzung der Untersuchung

Die Europäische Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EU) hat – nach einer Pilotphase – 1994 (und erweitert 1996) die „Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete“ (URBAN) eingerichtet. Die Gemeinschaftsinitiative verfolgt das Ziel, die Situation einzelner Stadtviertel in verschiedenen Großstädten der EU, in denen soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme im Verhältnis zur Gesamtstadt in besonderer Weise kumulieren, zu verbessern. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative wurden zwischen 1995 und 1999 in ausgewählten Städten der EU Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung, sozialen Integration, Erhalt, Sanierung und Aufbau von Infrastrukturen sowie zur Verminderung von Umweltbelastungen in einzelnen Stadtvierteln gefördert. Das oberste Ziel der Gemeinschaftsinitiative bestand darin, die Lebensqualität der Bewohner in den betreffenden Quartieren zu verbessern.

Von vornherein wurde allerdings davon ausgegangen, daß die Gemeinschaftsinitiative nicht allein die notwendigen Entwicklungsprozesse in den Quartieren leisten konnte, sondern daß sie nur „als Katalysator innerhalb eines breit angelegten Konzepts wirken (soll), indem Schlüsselmaßnahmen durchgeführt werden, um benachteiligten städtischen Gebieten dabei zu helfen, den Lebensstandard ihrer Einwohner nachhaltig zu verbessern“ (Amtsblatt der EU vom 10.7.96). Durch die Gemeinschaftsinitiative sollten die „zuständigen Behörden in ihren Bemühungen unterstützt werden, durch Bereitstellung der erforderlichen Einrichtungen wirtschaftliche Tätigkeiten anzuziehen, in der lokalen Bevölkerung ein Klima der Zuversicht zu schaffen und sie in ein normales wirtschaftliches und soziales Leben einzugliedern“ (ebenda). Angesichts der Komplexität der Zielgröße „Verbesserung der Lebensqualität“ - die Lebensqualität wird durch verschiedene Faktoren des Daseins bestimmt bzw. sie stellt sich erst aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren her – konnte und sollte die Gemeinschaftsinitiative also nicht mehr leisten, als, ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip, Anstöße zu geben und durch den Einsatz geeigneter Instrumente die laufenden sozialen und wirtschaftlichen Prozesse im Quartier möglichst im Sinne des allgemeinen Zieles zu beeinflussen.

Ebenfalls aufgrund der Komplexität der Zielgröße wurde für die Gemeinschaftsinitiative URBAN ein entsprechend integrierter Ansatz gewählt. Durch Einzelmaßnahmen sollte Einfluß genommen werden auf möglichst verschiedene Dimensionen der Lebensqualität. Dazu zählen u.a. Faktoren wie Arbeiten, Qualifikation, soziale und kulturelle Infrastruktur, Sicherheit, Wohnumfeld und Umwelt sowie Verkehr. Es sollten in den Städten Maßnahmebündel für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Integration und Umwelt entwickelt werden, die, dem integrierten Ansatz folgend, aufeinander bezogen sein sollten. Vorrang erhielten integrierte Programme, die zusätzlichen Nutzen erbringen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Die geförderten Projekte sollten innovativ sein und Beispielcharakter haben, um anderen Städten als Vorbild zu dienen. Desweiteren sollten die Projekte auch in eine Langzeitstrategie für eine integrierte städtische Entwicklung eingebunden sein.

Im Einzelnen werden in den Leitlinien der EU zur Erstellung der Operationellen Programme der Städte für die Gemeinschaftsinitiative beispielhaft u.a. folgende Maßnahmebereiche genannt:

- Einleitung wirtschaftlicher Tätigkeiten (Unterstützung von Unternehmen, Technologietransfer etc.)
- Sicherung von Beschäftigung auf lokaler Ebene (Beratung, Qualifizierung, Wiedereingliederung etc.)
- Verbesserung von Einrichtungen im Bereich Sozialwesen, Gesundheit und Sicherheit (Kindergärten, Rehabilitation etc.)
- Verbesserung der Infrastrukturen und der Umwelt im Zusammenhang mit den o.g. Maßnahmen (Renovierung von Gebäuden zur Nutzung neuer sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten, Sanierung öffentlicher Anlagen und Grünflächen etc.).

Nicht förderfähig hingegen waren Maßnahmen im Bereich des Wohnens, d.h. außer Beratung gab es im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative keine Instrumente, um auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt bzw. in damit zusammenhängende Entwicklungsprozesse zu intervenieren. Hier standen ausschließlich die jeweils nationalen bzw. lokalen Instrumente zur Verfügung (Sanierungssatzung oder Erhaltungssatzung mit zu präzisierendem Milieuschutzsatzungen), die aber im Falle Rostocks aus unterschiedlichen Gründen (z.T. aus finanziellen und z.T. aus inhaltlichen Erwägungen) nicht angewandt wurden bzw. werden konnten.

Über die direkte Wirkung der eingesetzten Maßnahmen für die Zielgruppen in den jeweiligen Quartieren hinaus sollte mit der Umsetzung des Programms auch eine Katalysatorfunktion verbunden sein, indem über einen Multiplikationseffekt die eingesetzten öffentlichen Mittel weitere private und kollektive Ressourcen mobilisieren sollten. Auf der konzeptionellen Ebene und im Rahmen der Steuerung der Maßnahmen schließlich sollte das Bottom-up-Prinzip angewandt werden, d.h. Programmerarbeitung und Projektauswahl sollten im Rahmen lokaler Partnerschaften erfolgen und es sollte ein gemeinsames Vorgehen von städtischen und nationalen Behörden gefördert werden.

Insgesamt wurden im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN sehr hochgesteckte Ziele verfolgt. Entsprechend der Zielvorgaben hat auch die Hansestadt Rostock im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative eine Förderung für einen Teil des Stadtviertels Kröpeliner-Tor-Vorstadt (Rahmenplangebiet Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV)) beantragt und erhalten.

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung besteht nun darin, zu beurteilen, inwieweit bereits direkt nach Abschluß des Programms durch die integriert eingesetzten Einzelmaßnahmen Ergebnisse und Wirkungen im Sinne des allgemeinen Zieles einer Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung im Rahmenplangebiet der KTV erzielt wurden. Ob durch die Maßnahmen auch eine langfristige Wirkung erzielt werden konnte, muß allerdings einer späteren Evaluierung vorbehalten bleiben, denn eine solche Frage läßt sich erst nach einigen

Jahren Abstand beurteilen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nur untersucht werden, ob überhaupt Auswirkungen der eingesetzten Maßnahmen zu erkennen sind und welche Entwicklungstendenzen es gibt.

Darüber hinaus besteht das Ziel der Untersuchung darin, genauer zu analysieren, mit welchen Mitteln die Wirkungen eines integrierten Maßnahmebündels überhaupt überprüft werden können. Das heißt, es geht auch um die Frage, welche Indikatoren man entwickeln muß, um nicht nur das Erreichen der sehr komplexen Zielvorgabe „Verbesserung der Lebensqualität für die ansässige Bevölkerung“ messen zu können, sondern insbesondere, ob und welcher Zusammenhang zwischen den durchgeführten Maßnahmen und einer evtl. meßbaren Verbesserung besteht. Als sehr komplex erweist sich der Gegenstand „Lebensqualität“ nicht allein dadurch, daß er durch verschiedene objektive Faktoren beeinflusst wird, sondern vor allem dadurch, das „Lebensqualität“ auch eine sehr subjektive Frage ist, die von verschiedenen Bevölkerungsgruppen je nach Alter, Beruf, Familienstand, Phase im Lebenszyklus, biographischer Erfahrung usw. sehr unterschiedlich beantwortet werden kann. Auch die Zusammenhänge zwischen Maßnahmen und Auswirkungen können damit nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv vermittelt sein.

Der Komplexität des Gegenstandes wird man analytisch nur gerecht, wenn man die einzelnen Dimensionen zunächst getrennt betrachtet und zwar jeweils unter dem Aspekt eines nachweisbaren oder zumindest mit hoher Plausibilität anzunehmenden Zusammenhanges mit der Zielgröße „Lebensqualität im Stadtquartier“.

Auf der einen Seite muß deshalb dargestellt werden, welche Maßnahmen mit welchem Ziel und ggf. für welche spezifischen Zielgruppen durchgeführt wurden. Die Fragen sind hier, ob die Maßnahmen tatsächlich zielgerichtet auf jene Problemlagen (oder auch allgemeiner direkt auf die Zielgröße) ausgerichtet waren, die das Quartier als „Problemgebiet“ charakterisiert haben, ob sie zur Lösung der Probleme beigetragen haben, welche Auswirkungen auf die Gesamtsituation damit verbunden waren und wie nachhaltig die Wirkung ist.

Ganz allgemeine Kriterien für eine solche Beurteilung wären:

- Das Verhältnis von festgestellten allgemeinen Problemlagen (qualitativ und/oder quantitativ bestimmt) und der Anzahl der jeweiligen Maßnahmen resp. des Umfanges der Maßnahmen (quantifizierbare materielle Wertgrößen, Teilnehmerzahlen aus den Zielgruppen, Zahl der Nutznießer etc.)
- Das Verhältnis von Maßnahmen-Output (geschaffene Werte, geschaffene Arbeitsplätze, in Arbeit vermittelte Personen etc.) und einer festgestellten allgemeinen Veränderung im Problembereich bzw. bei Zielgruppen o.ä. (Rückgang der Bodenversiegelung, Zunahme von Unternehmen, Rückgang der Arbeitslosigkeit etc.),
- Das Verhältnis von im Rahmen des Gesamtkonzeptes erwarteter Auswirkungen der (Einzel-)Maßnahmen zu den beobachteten tatsächlichen Veränderungen unter Berücksichtigung bekannter Wirkungszusammenhänge (d.h., welchen übergeordneten Sinn hatte die Maßnahme, sind entsprechende Veränderungen auf Quartiersebene

meßbar und lassen sich diese beobachteten allgemeinen Veränderungen mit der Durchführung der Maßnahme aufgrund bisheriger theoretischer und empirischer Erkenntnisse in Zusammenhang bringen).

Voraussetzung zur Beantwortung der o.g. Fragen ist auf der anderen Seite, daß die allgemeine Situation im Quartier dargestellt und mit der Ausgangssituation verglichen wird, um die Veränderungen seit Einsetzen der Gemeinschaftsinitiative beurteilen zu können. Die Frage ist hier, inwieweit sich die Lebensqualität im Quartier verbessert hat. Ganz allgemein kann man von einer erhöhten Lebensqualität für die Bevölkerung im Stadtviertel dann ausgehen, wenn bei folgenden Kriterien tatsächlich positive Veränderungen festzustellen sind:

- Verbesserungen im Bereich Wohnen²
 - Verbesserte Wohnungen/Wohnbedingungen/Wohnungsausstattung
 - Verbessertes Wohnumfeld/Umwelt
- Verbesserungen im Bereich Erwerbsarbeit
 - Schaffung von Arbeitsplätzen
 - Verbesserung der Qualifikation
 - Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (Ansiedlung von neuen Unternehmen, Erhalt vorhandener Betriebe etc.)
- Verbesserung im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur
 - Erweiterung des Angebotes an sozialen Einrichtungen
 - Erweiterung des Angebotes an kulturellen Einrichtungen
- Verbesserungen im Bereich Verkehr
 - Minderung störender Einflüsse des fließenden Verkehrs
 - Verbesserung der Parkplatzsituation
 - Verbesserung des ÖPNV
- Verbesserungen im Bereich der sozialen Integration
 - Erhalt der ursprünglichen sozialen Durchmischung (Sozialstrukturen und Milieus) und Verhinderung von Verdrängung und Ausgrenzung einzelner (sozial schwacher) Gruppen
 - Verbesserung der Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen
- Verbesserungen im Bereich der politischen Partizipation/Bürgerbeteiligung
 - Erweiterung des Angebots an Partizipationsmöglichkeiten

Anhand dieser Kriterien kann man auf die allgemeine Verbesserung der Lebensqualität in einem Quartier schließen.

Neben diesen beiden Faktoren (Maßnahmen und Gesamtsituation) zur Evaluation von *Ergebnissen* und *Wirkungen* der Gemeinschaftsinitiative gilt es ebenso zu überprüfen, ob auch

² Auch wenn die Gemeinschaftsinitiative nicht direkt in diesem Bereich intervenieren konnte, so können sich doch indirekte Effekte eingestellt haben, die zu einer Verbesserung der Wohnsituation geführt haben (verbessertes Investitionsklima, raschere Sanierung etc.).

bei der Umsetzung der Maßnahmen die Zielvorgaben der EU erfüllt wurden. Kriterien dafür sind:

- ob die Maßnahmen dem Anspruch des integrierten Ansatzes gefolgt sind, d.h. aufeinander bezogen entwickelt und umgesetzt wurden,
- ob die Projekte innovativ waren und Beispielcharakter hatten,
- ob durch die Maßnahmen ein zusätzlicher Nutzen entstanden ist, d.h. ob es einen Multiplikationseffekt gegeben hat,
- ob die Projekte in eine Langzeitstrategie für eine integrierte städtische Entwicklung eingebunden waren,
- ob bei der Steuerung der Maßnahmen das Bottom-up-Prinzip angewandt wurde.

Im Folgenden Bericht soll anhand *vorhandener* aktueller Informationen und Daten, für deren Gewinnung keine zusätzlichen Erhebungen möglich waren, versucht werden, eine erste Antwort darauf zu geben, welche Wirkungen mit der Gemeinschaftsinitiative URBAN im Rahmenplangebiet der KTV in wirtschaftlicher, sozialer und städtebaulich/ökologischer Sicht tatsächlich verbunden waren.

Der Bericht gliedert sich in folgende Teile: Zunächst wird kurz dargestellt, wie die Ausgangssituation im Rahmenplangebiet vor dem Beginn der Maßnahmen in städtebaulich/ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht war. Im darauf folgenden Kapitel werden kurz die im Operationellen Programm genannten Ziele der Gemeinschaftsinitiative URBAN für das Rahmenplangebiet erläutert. Anschließend wird dargestellt, mit welchen Maßnahmen welche Ziele erreicht werden sollten. Es folgt ein Kapitel, in dem erörtert wird, in welcher Weise und auf welcher Grundlage eine Evaluation der Gemeinschaftsinitiative URBAN im Rahmenplangebiet der KTV möglich ist.

Im zweiten Hauptteil des Berichts werden dann zunächst die Steuerungsinstrumente und -methoden vorgestellt, mit denen die GI Urban umgesetzt wurde. Hier wird erörtert, inwieweit die Zielvorgaben der EU in Hinsicht auf Organisation, Projektmanagement, Mittelverwaltung und Bottom-up-Prinzip realisiert wurden. Dargestellt werden die durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Organisation und Öffentlichkeitsarbeit.

Im dritten Hauptteil werden dann alle durchgeführten Einzelmaßnahmen vorgestellt einschließlich deren Input, Output und erwarteten sowie tatsächlichen Ergebnisse und Auswirkungen, bzw. wird dabei die Frage der Messbarkeit von Ergebnissen und Auswirkungen aufgeworfen.

Im vierten Hauptteil wird dann die Entwicklung des Rahmenplangebietes seit 1995 in städtebaulich/ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht dargestellt, soweit dies auf der Grundlage vorhandener Informationen und amtlicher Daten möglich ist. Aus dieser Darstellung ergeben sich Schlußfolgerungen auf die tatsächlichen Ergebnisse und Wirkungen der GI URBAN.

Abschließend werden die Einzelergebnisse zusammengefaßt und einer Bewertung unterzogen und es wird diskutiert, welche Indikatoren für zukünftige Evaluierungen notwendig und praktikabel sind.

1.2 Ausgangssituation in Rostock - Probleme der KTV

1.2.3 Soziale Ausgangssituation

Der Rostocker Stadtteil Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV) entstand zwischen 1875 und 1914 im Zuge der Industrialisierung als erste planmäßige Erweiterung der alten (ummauerten) Kernstadt. Er wurde als überwiegendes Arbeiterwohngebiet, durchsetzt mit Läden, Gewerbebetrieben und öffentlichen Gebäuden (Kliniken, Schulen) in geschlossener Blockrandbebauung errichtet. Die meisten Gebäude entstanden als Spekulationsobjekte der damals prosperierenden Bauwirtschaft, entsprechend war die Bausubstanz von geringer Qualität. Der Stadtteil hatte sich bis zur Wende baulich seit seiner Entstehung kaum verändert, d.h. geblieben waren sowohl seine typisch gründerzeitliche Struktur als auch die nach heutigem Standard sehr ungenügende Ausstattung der Wohnungen. Diese waren oft sehr klein, ungünstig geschnitten und verfügten in vielen Fällen weder über Bad noch Toilette. Die jahrzehntelange Vernachlässigung des Viertels hatte einen enormen Sanierungsaufwand mit entsprechenden Kosten zur Folge, um das Stadtviertel als Wohngebiet überhaupt erhalten zu können.

Die Gemeinschaftsinitiative URBAN bezieht sich allerdings nicht auf die gesamte KTV, sondern nur auf das Kerngebiet, das sog. Rahmenplangebiet, mit der ältesten Bausubstanz und in besonderer Weise kumulierenden städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen. Es ist das Gebiet mit dem größten zusammenhängenden Bestand an gründerzeitlichen Gebäuden in Rostock.

Im Operationellen Programm der Hansestadt Rostock von 1995 für die EU-Gemeinschaftsinitiative wird eine vermutete besondere soziale Problematik dieses Wohngebietes hervorgehoben. Vermutet deshalb, weil zur Zeit der Vorbereitung der Antragstellung bzw. des Operationellen Programms kaum handfeste Daten vorlagen, sondern die Einschätzung auf der Grundlage von Expertenmeinungen und plausiblen Annahmen getroffen wurden. Auch wenn die Zusammenhänge nicht immer richtig gedeutet wurden³, so schien es doch zum damaligen Zeitpunkt plausibel und dem äußeren Anschein nach offensichtlich, daß die KTV von einer stabilen sozialen Situation weit entfernt war.

³ So wird im OP darauf verwiesen, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem Wohnen in der KTV und der Arbeit auf der Neptun Werft besteht. Vermutet wurde, daß aufgrund des Wegfalls der Arbeitsplätze der Werft viele Bewohner arbeitslos wurden. Historisch bestand zweifellos ein solcher Zusammenhang. Zum Zeitpunkt des enormen Personalabbaus jedoch wohnten nur noch sehr wenige Neptun Beschäftigte in der KTV. Von den ca. 3.600 bis Mitte 1992 Entlassenen hatten nur 246 ihren Wohnsitz in der KTV, die Mehrzahl wohnte in den Großwohnsiedlungen der Stadt. Von den 246 waren wiederum mehr als die Hälfte unter 40 Jahre alt, hatten also relativ gute Arbeitsmarktchancen (vgl. Gerdes u.a. 1996), ca. 20% sind aufgrund ihres Alters in den Vorruhestand gegangen. Der Einfluß der Werftschließung auf die soziale Situation in der KTV ist also relativ gering.

Die meisten Gebäude waren in ihrer Substanz nicht erhalten worden. Die verfallenen Wohnungen und das schlechte Wohnumfeld waren für die Menschen kaum ein Anlaß, hier wohnen zu bleiben oder freiwillig hierher zu ziehen. Entsprechend wurde davon ausgegangen, daß hier überwiegend Personen wohnten, die keine Chance auf die Zuweisung einer modernen Plattenbauwohnung gehabt hatten, die nur übergangsweise hier wohnten, die bewußt Freiräume jenseits der genormten Großwohnsiedlungen suchten, oder die ihr angestammtes Wohngebiet nicht verlassen wollten. Daher wurde angenommen, daß neben einer Gruppe von Alteingesessenen mit traditionellen Bindungen an des Viertel eher einkommensschwache und sozial weniger integrierte Personen in diesem Stadtteil wohnten. Außerdem wurde von einer hohen Fluktuation ausgegangen. Das Viertel wurde im OP als „Durchgangswohnort“ gekennzeichnet, insbesondere für jüngere bewegliche Familien, die versuchten, in den Neubauvierteln eine Wohnung zu bekommen. Die Stammbewohnerschaft galt als überaltert, wobei aufgrund der schlechteren Arbeitsmarktchancen für Ältere eine größere Anzahl von (Langzeit-)Arbeitslosen vermutet wurde. Zu den gesicherteren Erkenntnissen gehörte, daß zu DDR-Zeiten in die Gebäude soziale Randgruppen eingewiesen worden waren, die im Umstrukturierungsprozeß nach der Wende aufgrund ihrer (meist mangelnden) Ausbildung und persönlichen Lebensumstände kaum eine Chance zur Verbesserung ihrer eigenen Lage hatten. Diese Gruppen, insbesondere Alkoholiker, waren in der Öffentlichkeit des Viertels präsent und prägten so das soziale Erscheinungsbild nach außen (Image des „Nachtjackenviertels“).

Die Probleme der KTV und des Rahmenplangebietes waren auch 1996 noch in erster Linie der schlechte Zustand der Häuser, Wohnungen und des Umfeldes, also einer mangelnden Attraktivität als Wohnstandort, welche zur Folge hatte, daß hier überwiegend die eher weniger Privilegierten lebten bzw. jene, die, wie die Studenten, eher auf preiswerten Wohnraum angewiesen waren. Von Gebietsexperten⁴ wird die Ausgangssituation nahezu durchgängig als ein „*ziemlich heruntergekommenes*“ Quartier beschrieben, in dem „*die Wohnungssubstanz schlecht*“ und auch die Wohnungsausstattung durch erhebliche Mängel gekennzeichnet war. „*Die Toilette war oft im Keller, Bäder gab es kaum*“. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß auch nach der Wende die „*Mieten sehr billig waren*“, was wiederum als eine Ursache für die besondere Konstellation sozialer Lagen, dem zweiten Hauptmerkmal der KTV, gesehen wird: „*Deshalb haben hier Menschen gelebt, die preiswert wohnen mußten oder wollten. Da gab es Alternative, die Ärmeren, Studenten und teilweise Schwarzwohner*“.

Die offensichtliche Präsenz von Arbeitslosen, Alkoholikern, ehemaligen Strafgefangenen und anderen sozialen Randgruppen verstärkte das „*Klischee des Nachtjackenviertels*“ und führte zur abschätzigen Bezeichnung von Teilen der Bewohnerschaft als „*Assis*“ (Asoziale).

Eingehender konnte die Situation erst untersucht werden, als das URBAN-Projekt seine Arbeit bereits aufgenommen hatte. Aus einer 1996/97 durchgeführten Sozialstudie ergab sich, daß in der Tat relativ viele sozial schwache Personen im Viertel ansässig waren. Der Anteil

⁴ Im Rahmen der Evaluation wurden 10 Gebietsexperten befragt, d.h. Personen, die in öffentlichen Funktionen oder in privaten Initiativen im Rahmenplangebiet tätig sind und z.T. auch dort wohnen.

der Sozialhilfeempfänger (6% gegenüber 3%) und der Arbeitslosen (ca. 35% gegenüber ca. 18%) lag deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Insgesamt konzentrierten sich zum damaligen Zeitpunkt relativ viele einkommensschwache Haushalte im Rahmenplangebiet. Als Besonderheiten des Rahmenplangebietes konnte außerdem folgendes festgehalten werden:

- ein spezifisches Wohnraumangebot in Form von:
 - überwiegend kleinen Zweiraumwohnungen und
 - vielen preiswerten un- und teilsanierten Wohnungen
- eine weitgehend heterogene Eigentümerstruktur, die zum einen durch Streubesitz der WIRO und zum anderen durch eine Vielzahl von (oft ansässigen) Privateigentümern geprägt war,
- in demographischer und sozialer Hinsicht war das Viertel über eine, auch andere Stadtteile Rostocks prägende Heterogenität der Bevölkerung hinaus, durch folgende Besonderheiten geprägt:
 - es wohnten überdurchschnittlich viele junge ledige Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren im Viertel,
 - die Ein- und Zweipersonenhaushalte dominierten,
 - beim Haushaltstyp dominierten Alleinstehende und Paarhaushalte, nur jeder fünfte Haushalt beherbergte eine Familie mit Kindern,
 - es wohnten überdurchschnittlich viele einkommensschwache Personen im Rahmenplangebiet, zu denen neben vielen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auch viele Studenten zu zählen sind,
 - es wohnten nur noch wenige „Stammbewohner“ (überwiegend Ältere) im Rahmenplangebiet, die Mehrzahl der Bewohner war in den letzten 20 Jahren zugezogen, 43% in den letzten sechs Jahren. Die Fluktuation war und ist relativ hoch.
- angesichts der vorgefundenen Sozialstruktur und der historischen Entwicklung des Viertels in den letzten 25 Jahren ergab sich die Schlußfolgerung, daß das Viertel auch als spezifisches „Familiengründungsquartier“ der Stadt charakterisiert werden kann. Überwiegend ledige junge Erwachsene ziehen in die kleinen Wohnungen im Viertel, Beziehungen entstehen und manche gründen hier eine Familie und ziehen dann in andere Stadtviertel in größere Wohnungen. Das Rahmenplangebiet hat damit eine besondere soziale Funktion für die Stadt.
- über die einzelnen Besonderheiten der baulichen Eigenart und der Sozialstruktur hinaus schlägt sich der Zusammenhang von Lage, Bebauung, Bevölkerungsstruktur, Funktion und Beziehungen der Menschen untereinander in einem spezifischen Wohnumfeld nieder, das als ambivalentes „großstädtisch-dörfliches Wohnumfeld in fußläufiger Distanz zur City“ beschrieben werden kann. Dessen wesentliches Merkmal ist seine Heterogenität aus verschiedenen Einzelmilieus, die hier friedlich koexistieren.

1.3 Entwicklungsziele für die KTV

1.3.3 Entwicklungsziele für den sozialen Bereich

Das zentrale Ziel der Gemeinschaftsinitiative URBAN in der KTV war die Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung. Das „liegengelassene“ Viertel sollte revitalisiert, die „kritische Lage“ behoben sowie „Planungssicherheit und Investitionszuversicht bei den beteiligten Gewerbetreibenden, Einwohnern, Eigentümern und potentiellen Investoren“ (OP 1995) ausgelöst werden. Die traditionell enge Verflechtung von Wohnen und Arbeiten sollte wiederhergestellt, entwickelt und sichergestellt werden. Aus der internen Rostocker Diskussion entstand außerdem die Absicht, das eigentümliche Milieu des Rahmenplangebietes möglichst weitgehend zu erhalten. Das heißt, das damals bestehende sozio-kulturelle Gesamtgefüge des Viertels – eine Mischung aus eher kleinbürgerlichem Hausbesitzern und Gewerbetreibendenmilieu, Resten des ehemaligen Arbeitermilieus, zusammenhanglosem Durchgangsbewohnermilieu, studentisch-alternativem Milieu und verschiedenen Randgruppenmilieus – sollte möglichst in seiner Struktur und Ausprägung erhalten werden, was zwangsläufig auch das Ziel einschloß, möglichst eine Verdrängung und Ausgrenzung einzelner Gruppen aus dem Viertel zu verhindern. Dabei war man sich durchaus bewußt, daß letzteres nur sehr bedingt mit den Mitteln der Gemeinschaftsinitiative zu leisten war, denn auf die Entwicklung des Wohnungs- und Immobilienmarktes hatte man keine bzw., wenn überhaupt, dann nur indirekte Einflußmöglichkeiten (z.B. Verbesserung des Investitionsklimas).

Diese allgemeinen Ziele wurden im OP ergänzt durch die konkrete Absicht, die Arbeitslosenquote um drei Prozentpunkte zu senken und die Defizite der sozialen und kulturellen Infrastruktur durch die Schaffung von mindestens sechs neuen Sozialeinrichtungen zu beheben. Den Arbeitslosen sollten durch geeignete wirtschaftliche und soziale Maßnahmen bessere Chancen für eine Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Diese drei Faktoren stellen im OP die einzige konkrete Bemessungsgrundlage (Indikatoren) für den sozialen Bereich dar.

Insgesamt sollte das Viertel wieder mit „urbanem Leben“ erfüllt werden, sollten die sozialen Problemlagen der ansässigen Bevölkerung verbessert werden und sollten Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten sowie –bedingungen geschaffen werden, welche soziale Integration, Hilfe zur Selbsthilfe sowie, über eine höhere Identifikation mit dem Viertel, auch den Zusammenhalt der Bevölkerung und damit eine höhere soziale Stabilität ermöglichen können. Dafür sollte die hohe Arbeitslosigkeit abgebaut, das heruntergekommene städtische Gefüge wieder aufgebaut, der Mangel an sozialen Einrichtungen und – nur indirekt - die schlechten Wohnverhältnisse behoben werden.

1.4 Instrumente und erwartete Ergebnisse

1.4.3 Instrumente und erwartete Ergebnisse im sozialen Bereich

Erreicht werden sollte das allgemeine Ziel der Verbesserung der Lebensverhältnisse gemäß dem integrierten Ansatz der Gemeinschaftsinitiative durch ein Bündel verschiedenster mehrjähriger Einzelmaßnahmen im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich. Da es im Rahmen von URBAN (und auch darüber hinaus) weder möglich noch wünschenswert war, ein Stadtquartier in dirigistischer Weise „von oben“ zu entwickeln, hatten letztlich alle Maßnahmen den Charakter einer Interventionen in laufende Prozesse, um auf diese Weise einen gewissen Einfluß auf die Richtung der Prozesse zu gewinnen.

Eine direkt auf das Soziale gerichtete Intervention fand dabei auf verschiedene Weise statt, nämlich sowohl über Investitionen in Gebäude zur Etablierung sozialer Vorhaben als auch über die Förderung von sozialen Projekten (Personal- und Sachmittel) sowie über Einzelförderungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Weiterbildung (personenbezogene Förderung des Arbeitsamtes).

Wesentliche investive Maßnahmen waren dabei die Sanierung von sieben Gebäuden innerhalb bzw. im Ausstrahlungsgebiet des Rahmenplangebietes. Zentrale Maßnahmen waren die Sanierung der Häuser Budapester Str. 16 („Bürgerhaus“, gefördert mit 1.376.492 DM Sanierungs- und Grunderwerbskosten), Budapester Str. 7 (soziales Projekthaus, gefördert mit 2.123.742 DM Sanierungs- und Grunderwerbskosten), Waldemar Str. 56 (soziales Projekthaus „Das Andere Haus“, gefördert mit 1.381.989 DM Sanierungs- und Grunderwerbskosten) und Waldemar Str. 33 (soziales Projekthaus „Waldemar Hof“, ehemalige Kindertagesstätte, gefördert mit 1.300.000 DM Sanierungs- und Grunderwerbskosten sowie Investivmittel für die einzelnen Projekte). Die Häuser befanden sich bzw. gingen in städtischen Besitz über, erhielten von der Stadt eine befristete Nutzungsbindung für soziale Zwecke (mindestens 20 Jahre) und wurden mit URBAN-Mitteln vollständig saniert. Die verfolgte Absicht war, innerhalb des Rahmenplangebietes Räumlichkeiten zu schaffen, in denen soziale Initiativen und Projekte sich möglichst langfristig etablieren konnten. Daß heißt, mit den Investitionen wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß neue soziale Einrichtungen im Rahmenplangebiet überhaupt angesiedelt werden konnten. Auf andere Weise wären wichtige soziale Vorhaben nicht realisierbar gewesen.

Weitere investive Maßnahmen waren:

- die Sanierung der Kindertagesstätte „Kastanienhaus“, um die Betreuungssituation für Kinder im Rahmenplangebiet zu verbessern und damit zur (familienfreundlichen) Verbesserung der Infrastruktur beizutragen (gefördert mit 1.982.025 DM Sanierungskosten)
- Die Sanierung des Hafenhauses 602 als Theaterraum und kulturelle Begegnungsstätte im Ausstrahlungsgebiet, um das kulturelle Angebot zu verbessern (gefördert mit 2.591.744 DM Sanierungskosten),

- Die teilweise Sanierung des Jugend- und Begegnungszentrums „bilbo“ in der Niklotstraße (gefördert mit 96.363 DM Sanierungskosten und 117.707 DM Investivmittel).

Neben diesen investiven Maßnahmen wurden 20 soziale Projekte (incl. Bürgerhaus) und 24 einzelne Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen initiiert und durchgeführt. Für die meisten dieser Projekte wurden Räumlichkeiten in den sanierten Häusern zur Verfügung gestellt und es wurden Sachkosten (Einrichtung, Startinvestitionen (EDV)) gezahlt. Für einige Projekten wurden auch Personalmittel über EFRE bzw. ESF bewilligt. Die Mehrzahl der Projekte aber hat Personalkosten vom Arbeitsamt im Rahmen von ABM bzw. SAM erhalten.

Das Mittel der Intervention bestand hier darin, Initiativen, Vereine und andere private gemeinnützige Organisationen finanziell zu fördern, damit diese soziale Projekte innerhalb des Rahmenplangebietes umsetzen konnten. Den Nutzen der sozialen Projekte sollten vorrangig Zielgruppen aus dem Rahmenplangebiet haben. Das Angebot galt aber – je nach Zielrichtung der Projekte - auch anderen Einwohnern der Stadt. Dadurch sollte das Viertel auch in seiner Funktion für die Stadt aufgewertet werden.

Ziel der sozialen Projekte war es, einerseits möglichst verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb des Rahmenplangebietes soziale Dienstleistungen anzubieten bzw. ihnen Unterstützung und Hilfen für soziale Integration zu geben. Andererseits war mit der Einrichtung einzelner sozialer Hilfsangebote innerhalb des Rahmenplangebietes, die auch für Bewohner des Ausstrahlungsgebietes bzw. weiter entfernter Stadtteile von Bedeutung sind, die Absicht verbunden, dadurch die Mischfunktion des Viertels aufzuwerten. Neben Wohnen und Arbeiten sollte auch die Heterogenität der sozialen Infrastruktur hergestellt und gefestigt werden. Das Viertel sollte ein „Lebensraum für Unterschiede“ bleiben und insofern Urbanität bieten können.

Die mit der Förderung der Maßnahmen verbundene Erwartung war, daß durch eine Initiierung und Anschubfinanzierung durch URBAN sich langfristig eine breit gefächerte, sich selbst tragende soziale Infrastruktur im Viertel entwickeln und etablieren wird. Erwartet wurde ebenso, daß die Maßnahmen direkt dazu beitragen, die Lebensqualität und die Integrationsfähigkeit der jeweiligen Maßnahmezielgruppen zu verbessern und daß sie damit auch dazu beitragen, die soziale Durchmischung des Viertels zu erhalten und die vollständige Verdrängung sozial Schwacher zu vermeiden.

1.5 Probleme der Evaluation

1.5.3 Probleme der Evaluation im sozialen Bereich

Das Ziel der Evaluierung hinsichtlich der sozialen Effekte besteht darin, einerseits die direkt im Zusammenhang mit den ergriffenen Fördermaßnahmen stehenden sozialen Effekte zu erfassen sowie insgesamt die sozialen Auswirkungen des integrierten Maßnahmenpaketes bzw. des Projektes URBAN zu beurteilen. Das grundsätzliche Problem der Evaluation sozialer Maßnahmen besteht dabei im wesentlichen darin, daß die Effekte nur in den seltensten Fällen tatsächlich quantifiziert werden können, also im Sinne eines Vergleichs von Wertgrößen direkt meßbar sind. Zum einen, weil die Angebote der einzelnen Maßnahmen immer nur von einem kleinen Teil der Zielgruppen tatsächlich genutzt werden, sie auf der Ebene des gesamten Rahmenplangebietes sich also statistisch kaum niederschlagen. Zum anderen, weil die Ergebnisse und Auswirkungen der Maßnahmen sich letztlich überhaupt nicht direkt in materiellen Wertgrößen messen lassen. Vielmehr ist von den Maßnahmen zu erwarten, daß sie hauptsächlich eine qualitative Wirkung erzielen, die sich in sehr verschiedener Form zeigen kann. Beispielsweise können sich direkt durch die Teilnahme an Maßnahmen oder indirekt allein schon dadurch, daß Zielgruppen bezogene Angebote gemacht werden, deren Selbstwertgefühl sowie ihre Identifikation mit dem Wohngebiet gestiegen sein und die Perspektivlosigkeit einer neuen Zuversicht Platz gemacht haben, ohne daß sich dabei zunächst materiell an der Situation der Betroffenen etwas verändert hat. Die sozialen Effekte betreffen eben nicht nur die objektive Lebenssituation (die z.T. noch meßbar wäre anhand von Einkommensdaten, Beschäftigungsdaten etc.), sondern insbesondere auch die subjektive Einschätzung der eigenen Situation und subjektive Erwartungen. Die Verbesserung der Bewußtseinslage als subjektive Voraussetzung beispielsweise der Hilfe zur Selbsthilfe ist nicht minder wichtig als die objektive Situation, sie bildet sich aber nicht unmittelbar in meßbaren Größen ab.

Das grundsätzlich inhaltliche Problem der Evaluation sozialer Effekte ist also, daß diese letztlich nur über eine qualifizierende Interpretation des Verhältnisses von objektiver Situation und subjektiver Befindlichkeit möglich ist. Eine (qualitativ) meßbare Verbesserung läge z.B. schon dann vor, wenn dieses Verhältnis sich verbessert hat. Ohne den Einsatz qualitativer Methoden empirischen Sozialforschung ist jedoch keine Überprüfung möglich.

Hilfsweise können für eine Überprüfung aber auch Indikatoren, die auf statistisch-quantitativen Informationen beruhen, herangezogen werden, um Schlußfolgerungen auf objektive Situationen und subjektive Befindlichkeiten zu ziehen. Solche Indikatoren können Meßgrößen einer objektiven Lage bzw. von Strukturmerkmalen (Erwerbsstatus, Einkommen, demographische Daten etc.) sowie Meßgrößen subjektiver Befindlichkeiten (Skalen über Zufriedenheit, Orientierungen, Erwartungen etc.) sein. Letzteres erfordert spezifische quantitative Erhebungen, weil es darüber keine anderweitigen Informationen gibt. Das Erstgenannte kann prinzipiell zumindest teilweise aus amtlichen Statistiken entnommen werden. Diese Daten liegen i.d.R. aber nur für großräumige Gebiete vor (die gesamte Stadt und bereits deutlich eingeschränkt für Stadtbereiche). Das Rahmenplangebiet ist aber nur ein Teil eines

größeren Stadtbereiches, so daß amtlich Daten hier faktisch nur auf der Ebene demographischer Daten sowie als Wanderungs- und Sozialhilfedaten aufbereitet werden können.

Das grundsätzlich technische Problem der Evaluation besteht also darin, daß ohne eine eigene Erhebung im Rahmenplangebiet nur äußerst eingeschränkt auf „harte“ Daten zurückgegriffen werden kann und das „weiche“ Daten überhaupt nicht vorliegen. Ergebnisse und soziale Auswirkungen der *einzelnen Maßnahmen* anhand der wenigen harten Daten zu überprüfen, ist schlicht aussichtslos und auch die Überprüfung der Gesamtmaßnahme ist nur bedingt aussichtsreich, denn die Informationslücken müssen zwangsläufig durch plausible Annahmen gefüllt werden und die Interpretation der Daten wird dabei nicht selten an den Rand der Spekulation geraten müssen.

Während über Input und Output der einzelnen Maßnahmen noch relativ verlässliche Aussagen gemacht werden können, muß die Frage der Ergebnisse und der Auswirkungen letztlich eine Frage der weitreichenden Interpretation der wenigen Fakten bleiben. Dargestellt werden kann also zunächst nur, was an Einzelmaßnahmen durchgeführt wurde, welche Inputs damit verbunden waren und welche materiellen Ergebnisse sie erbrachten. Bei den Ergebnissen kann hingegen nur auf eine ganz allgemeine Ebene verwiesen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen bleibt methodisch nur der Weg, einen Vergleich zwischen der jetzigen und der Ausgangssituation herzustellen – soweit sich beides anhand vorliegender Daten abbilden läßt –, um dann daraus Schlußfolgerungen auf die dazwischen stattgefundenen Prozesse und sozialen Auswirkungen zu ziehen.

3 Durchgeführte Maßnahmen

3.3 Soziales und Beschäftigung

3.3.1 Durchgeführte Maßnahmen

Im Rahmen der Intervention in soziale Prozesse (einschließlich Partizipations- und Arbeitsmarktprozesse) wurden 20 soziale Maßnahme in verschiedenen Gegenstandsbereichen durchgeführt sowie 24 explizite Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Im Folgenden werden diese Projekte in Kurzform skizziert und wird jeweils angegeben, welche Ergebnisse und Auswirkungen damit verbunden sind bzw. sein könnten. Die einzelnen Projekte wirken sich aufgrund der geringen Teilnehmerzahlen direkt auf die allgemeine Situation im Rahmenplangebiet nur sehr bedingt aus, weshalb ihr Einfluß meist als marginal bezeichnet wird (beispielsweise sind bei fast 1.000 Arbeitslosen drei erfolgreichen Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt statistisch irrelevant). Eine tatsächliche Wirkung wird sich nur aus der Summe aller Maßnahmen und den damit verbundenen Synergieeffekten ableiten und dann vielleicht auch statistisch belegen lassen. Da aber für die meisten Projekte konkrete Angaben schon zum Output fehlen und über die jeweiligen Zielgruppen im Rahmenplangebiet keinerlei quantitative Informationen vorliegen, läßt sich derartiges hier nicht vollständig realisieren.

Einige Projekte tauchen sowohl im Interventionsbereich der sozialen Maßnahmen als auch bei den Beschäftigungsprojekten auf. Das liegt daran, daß einerseits die Projekte im Sinne ihres inhaltlichen Zieles gefördert wurden und andererseits spezifische Beschäftigungsmaßnahmen innerhalb der sozialen Projekte realisiert wurden. Entsprechend enthält die Kostenaufstellung der sozialen Projekte teilweise schon die Mittelbereitstellung für Beschäftigungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt.

3.3.1.1 Gegenstandsbereich Partizipation/Quartiersöffentlichkeit

1. Bürgerhaus KTV – Ideenwerkstatt, OP 3.1

Träger der Ideenwerkstatt ist der Verein „Geschichtswerkstatt e.V.“. Das Projekt diene allgemein der Entwicklung von Ideen und sollte Vorschläge zur Maßnahme- und Projektentwicklung einbringen, die der Verbesserung der Lebensqualität in der KTV dienen. Neben der Entwicklung eigener Projektvorschläge stand die Beteiligung der Bewohner bei diesem Prozessen im Mittelpunkt. Sie sollten aktiv in den URBAN- Prozeß eingebunden werden und ihre „Basis“-Ideen einbringen. Das Projekt dient letztlich der Etablierung eines funktionierenden Bürgerhauses im Sinne einer neutralen Beratungs- und Ansprechstelle im Quartier.

Die Maßnahme wurde mit insgesamt 1.295.400 DM gefördert. Davon waren 612.494 DM EFRE/ESF-Mittel, 296.909 DM Anteil Ko-Finanzierung Kommune, 7.088 DM Landesmittel, 189.732 DM kommunale Mittel, 169.970 DM Mittel des Arbeitsamtes für Beschäftigungsmaßnahmen, 18.485 DM Sponsorengelder und 777 DM Eigenmittel des Vereins.

Finanziert wurden fünf Personalstellen für die Laufzeit des Projektes (finanziert aus OP 2.0).

Es wurden Maßnahmen zu verschiedenen Themenkomplexen sowie zielgruppenspezifische Veranstaltungen durchgeführt. Als Ansprechform wurden beispielsweise Seniorenveranstaltungen, Schülerprojekte, Arbeitskreise, „offene“ Abende, Ausstellungen sowie Feste gewählt. Zur Zielgruppe gehörten alle Bewohner der KTV, da das Ziel der Verbesserung der Lebensqualität ein allgemeines Anliegen ist. Im einzelnen wurden u.a. eine Zukunftswerkstatt und Informationsbörsen durchgeführt; initiiert, moderiert und organisiert wurden eine Baumpflanzaktion mit Übernahme von Baum-Patenschaften durch die Anwohner, organisiert wurde die Bemalung der Brauereimauer und es fanden weitere Moderations- und Organisationsprozesse zu Themen der Stadtteilentwicklung statt (Ulmenmarkt, Thomas-Müntzer-Platz, Margaretenplatz).

Meßbare direkte Ergebnisse oder Auswirkungen können nur bedingt genannt werden. Die Breitenwirksamkeit der Angebote ist zumindest daran abzulesen, daß 1998 ca. 150 Bewohner der KTV ehrenamtlich bei der Organisation des Stadtteilstes und der Durchführung anderer Veranstaltungen eingebunden werden konnten. Zu erwarten ist, daß die durchgeführten Maßnahmen mit Elementen von Bewohnerbeteiligung eine verbesserte Kommunikationskultur und Vernetzung von Bewohnergruppen erreicht haben.

Ein Ergebnis der Aktivitäten der Ideenwerkstatt ist jedenfalls, daß das Bürgerhaus zu einer wichtigen Institution wurde. Es wurde ein tragfähiges Nachnutzungskonzept entwickelt und die Kommune wird das Bürgerhaus durch die Finanzierung einer Stelle aus dem Haushalt weiterführen.

Die Auswirkungen sind statistisch nicht überprüfbar. Sie schlagen sich nicht direkt in einer Statistik nieder, sondern wären nur qualitativ zu erfassen. Ein Indiz für die Wirkung des Bürgerhauses ist immerhin, daß in den Expertengesprächen, die allerdings keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben, oft hervorgehoben wird, daß *„... die Identifikation ... wohl etwas gewachsen (ist). ... Das Bürgerhaus ist ein Symbol geworden für die Entwicklung in der KTV und dafür, daß man irgendwie mitreden kann“*. *„Teilweise haben sich neue Zusammenhänge etabliert. Das Bürgerhaus hat dabei eine wichtige Rolle gespielt“*.

2. Arbeitsgemeinschaft Bürgerberatung, OP 4.2

Träger der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerberatung“ war die „Einkommens- und Budgetberatung für Familien, Rostock e.V. (eibe). Das Projekt (Laufzeit 1997 bis 1999) hatte zum Ziel, der sozialen Entmischung der Bevölkerung im Quartier durch die Beratung der Bürger entgegenzuwirken. Erreicht werden sollte eine bessere, ganzheitlich orientierte Beratung durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft von drei Vereinen („Arche“ e.V., „barrierefreies rostock“ e.V., „eibe“ e.V.), um deren jeweilige Beratungskompetenz zu bündeln. Das Beratungsangebot richtete sich an private Haushalte, Grund- und Hauseigentümer, Pächter, Mieter und Gewerbetreibende. Inhaltlich wurden in einem ganzheitlichen Ansatz Beratungsleistungen zur finanziellen Sicherung und wirtschaftlichen Stabilisierung von Haushalten sowie unter dem Aspekt der Wohnungssanierung (Wohnraumanpassungsberatung und Wohn-

formberatung) geboten. Geklärt werden sollten Fragen baulicher, gestalterischer, materiell-stofflicher, finanzieller und rechtlicher Art für das Klientel. Eingerichtet werden sollte damit eine zentrale Beratungsstelle zum Themenbereich Wohnungsanierung im Rahmen des OP-Schwerpunkts Begleitung und Koordinierung. Die Beratung wurde in einem separaten Raum des Bürgerhauses angeboten.

Die Maßnahme wurde mit 325.395 DM gefördert, davon 244.046 DM EFRE-Mittel.

Vier Personalstellen wurden finanziert.

Zwischen November 1997 und Ende 1999 wurden von den vier Mitarbeitern 528 umfangreiche Beratungen durchgeführt, davon 254 Erstberatungen und 274 Folgeberatungen. Die Beratungen beinhalteten in vielen Fällen konkrete Vermittlungsaktivitäten zwischen Mietern, Hauseigentümern und Ämtern.

In der Regel führten die Beratungen dazu, daß die Ratsuchenden in ihrer vertrauten Umgebung bleiben konnten, beispielsweise durch einen vom Team vermittelten und organisierten Umzug in eine sanierte preiswerte Wohnung im Quartier oder durch eingehende Wirtschafts- und Sozialberatungen zur Verhinderung eines drohenden Wohnungsverlustes.

Als Auswirkung kann ein etwas geringerer Grad an Verdrängung einkommenschwacher Haushalte aus dem Quartier angenommen werden. Eine genaue Größenordnung läßt sich nicht angeben.

3. Stadtteilzeitung, OP 4.3

Träger des Projektes Stadtteilzeitung war der Verein „Geschichtswerkstatt e.V.“. Ziel des Projektes war die Herausgabe einer Stadtteilzeitung, die als Forum eines breit angelegten Meinungsaustausches mit den Bewohnern der KTV und der Information über URBAN dienen sollte. Ab 1997 erschien die Zeitung mit dem Namen „Waldemar & Margarete“ regelmäßig. Sie ging einerseits an die über 100 Abonnenten sowie an zentrale Verteilstellen (Geschäfte, Kneipen, Ortsamt etc.) im Ortsteil (Auflage etwa 350 Exemplare pro Monat). Begonnen wurde mit einfachen und im Kopierverfahren hergestellten Ausgaben. Eine aufwendigere Gestaltung erfolgt erst ab 1999.

Die Maßnahme wurde mit 483.000 DM gefördert, davon 345.061 DM EFRE/ESF-Mittel, 69.012 DM Landesanteil, 46.008 DM Anteil Kommune, jeweils 6.250 DM zusätzliche Landes- und Kommunalmittel und 10.420 DM Eigenmittel des Trägers (z.T. aus dem Verkauf der Zeitung).

Finanziert wurden zwei Personalstellen.

Adressaten der Veröffentlichung waren alle Bewohner, die sich über die Arbeit von URBAN und ihr Quartier informieren wollten. Die Stadtteilzeitung stellte damit einen Beitrag zur Ermöglichung von Partizipation der Bewohnern der KTV dar und wirkte identitätsstiftend.

Die ursprüngliche Idee, eine sich selbst tragende Stadtteilzeitung zu etablieren, erwies sich rasch als Illusion. Nachdem die Finanzierung durch URBAN ausgelaufen war, mußte die Zeitung eingestellt werden. Allerdings gibt es eine gewisse Fortführung der Aktion. Einerseits erscheint nunmehr durch die Initiative der Quartiersmanagerin und des „Vorstadt e.V.“ eine stadtteilbezogene Zeitung als Beilage eines kostenlos an alle Haushalte verteilten Anzeigenblattes unter der Bezeichnung „18057“ (die PLZ der KTV). Neben Werbung von Firmen aus der KTV erscheinen hier auch redaktionelle Beiträge zu Themen aus der KTV und dem engeren Rahmenplangebiet. Andererseits plant das Bürgerhaus ab Herbst 2000 die Herausgabe eines regelmäßigen kostenlosen Informationsblattes (im einfachen Kopierverfahren) mit Informationen über das Quartier und die Arbeit des Bürgerhauses.

Das Ergebnis ist also letztlich doch eine Erweiterung der Zeitungs- und Informationslandschaft in Rostock. Die Auswirkung dürfte in der verbesserten Kommunikation der Einwohner der KTV und in einer gesteigerten Identifikation mit ihrem Wohnviertel liegen.

3.3.1.2 Gegenstandsbereich: soziale Problemgruppen

4. Suppenküche, OP 3.1

Träger des Projektes ist der Verein „Wohltat e.V.“. Seit Februar 1997 mit der Eröffnung des Bürgerhauses in der Budapester Str. 16 wird durch ehemals langzeitarbeitslose Frauen (im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen) täglich ein warmer Mittagstisch für Obdachlose und andere sozial Schwache angeboten. Außerdem konnte eine Kommunikation in und mit den Zielgruppen geschaffen werden, die der Verbesserung der sozialen Integration diente. Zielgruppe dieses Projektes sind Obdachlose, Sozialhilfeempfänger, Straßenkinder sowie Einkommensschwache, obwohl die Suppenküche prinzipiell allen Bewohnern offensteht. Ab Januar 1999, nach Fertigstellung des Projekthauses Budapesterstr. 7, hat die Suppenküche dort ihren festen Standort.

Gefördert wurde die Maßnahme mit 253.431 DM, davon 13.858 DM EFRE/ESF, 2.771 DM Landesanteil, 1.843 DM Kommunalanteil, 10.800 DM kommunale Mittel, 191.957 DM Mittel des Arbeitsamtes für Beschäftigungsmaßnahmen, 7.200 DM Sponsorengelder und 25.001 DM Eigenmittel des Trägers.

Finanziert wurden sechs Personalstellen (ABM).

Die durchschnittliche Zahl täglich ausgegebener Mahlzeiten liegt bei 35 bis 50, trotz eines zunächst häufigen Standortwechsels der Ausgabestelle. Nach Fertigstellung des Hauses Budapesterstr. 7 hat die Suppenküche einen festen Standort im Viertel.

Im Ergebnis kann eine positive gesundheitliche Beeinflussung des Klientels angenommen werden.

Eine Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur durch ein zusätzliches Angebot an spezifische Zielgruppen. Eine weitere Auswirkung ist, daß soziale Randgruppen in der Öffentlichkeit des Viertels präsent bleiben, wenn sie das Angebot nutzen. Oder anders ausgedrückt: Das Elend, die sozialen Unterschiede bleiben im Stadtbild sichtbar und werden nicht in die Randgebiete ausgegrenzt. Dies trägt zu einer größeren Heterogenität der Alltags- und Erlebniswelt der Bewohner und damit auch zu mehr Möglichkeiten, Toleranz zu entwickeln, bei. In einem Expertengespräch wurde das folgendermaßen charakterisiert: *“Es findet sich hier ein ausgewogenes friedliches Miteinander verschiedenster Leute. Hier ist so ein friedliches Miteinander möglich, es sind Unterschiede möglich, die woanders auf wesentlich weniger Toleranz stoßen. Hier gibt es eine große Akzeptanz.“*

5. Tagesstätte für Suchtmittelkonsumenten – INTHIS, OP 3.1

Träger des Projektes ist der Verein „Volkssolidarität Rostock e.V.“. Ziel dieses Projektes ist die Betreuung von chronisch mehrfach geschädigten Suchtkranken. Ab Januar 1999 wurden sie in einer offenen Tagesstätte im Haus in der Budapesterstr. 7 betreut. Die Angebote umfassen alle Lebensbereiche und -situationen, wie Ämterkorrespondenz, Hilfe bei Schuldenregulierung, Beratung zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit. Zudem steht der Zielgruppe eine ärztliche Betreuung zur Verfügung. Dabei kann zwischen einem offenen Tagesangebot (Duschen, Wäsche waschen, Sportangebote, Beratungen) und einem kontinuierlichen Betreuungsangebot mit festem Klientenstamm (finanziert durch Krankenkassen) unterschieden werden.

Die Kosten für die Maßnahme betragen 395.469 DM. Der größte Teil der Mittel werden durch den Träger (178.500 DM Einnahmen über die Abrechnung von Ärztehonoraren bzw. Pflege-sätzen) und die Kommune (183.250 DM Finanzierung von Personalstellen) aufgebracht. An EFRE/ESF-Mitteln wurden 14.527 DM eingesetzt plus 2.905 DM Anteil Land und 1.937 DM Anteil Kommune. Weitere 14.350 DM werden vom Land gezahlt.

Finanziert werden drei Personalstellen.

30 Beratungs- und Betreuungssuchende nahmen die Angebote wahr, 14 davon können als „feste“ Klienten bezeichnet werden. Es gibt zwei bis drei Patienten pro Arztsprechstunde, der Ruheraum wird von vielen Besuchern genutzt, ca. 15 mal pro Monat wird die Duschköglichkeit in Anspruch genommen.

Im Ergebnis ist Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Teilen der Zielgruppe zu erwarten (Überwindung der Suchtkrankheit der Nutzer). Die Auswirkungen können ähnlich, wie bei der Suppenküche beschrieben werden.

6. Fluchtstätte, OP 3.1

Träger des Projektes ist der Verein „pro Jugend e.V.“. Die „Fluchtstätte“ bietet seit Oktober 1996 befristete betreute Wohnmöglichkeiten für obdachlose und sozialgefährdete Jugendliche und junge Erwachsene an. Das Wohnangebot ist auf maximal drei Monate befristet. Konzipiert wurde das Projekt für die Altersgruppe zwischen 14 und 17 Jahren. Es stehen fünf feste Ansprechpartner zur Verfügung, die Unterstützung bei Fragen der Ausbildung, Arbeitsplatzsuche und Suche nach Lebensperspektiven geben.

Gefördert wurde die Maßnahme mit 46.576 DM EFRE/ESF-Mitteln. Ansonsten wird das Projekt aus Mitteln nach dem KJHG finanziert.

Über das KJHG werden fünf Personalstellen finanziert.

Bisher wurden für 24 Jugendliche und junge Erwachsenen Kurzzeithilfen geleistet. Ergebnisse können darin liegen, daß einigen aus der Zielgruppe der Einstieg in den Arbeitsmarkt gelungen ist bzw. daß ihre Chancen zur sozialen Integration sich verbessert haben.

Die Auswirkungen können darin liegen, daß die Zahl der jugendlichen Obdachlosen und die Delinquenz in dieser Gruppe möglicherweise gesunken ist.

7. Betreutes Wohnen, OP 3.1

Träger des Projektes ist der Verein „Jugendwohnen Rostock e.V.“. Im Mai 1999 wurde eine Möglichkeit zum betreuten Wohnen für obdachlose Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren angeboten. Im Unterschied zur „Fluchtstätte“ (s.o.) besteht hier ein längerfristiges Wohnangebot von 3 bis 5 Jahren. Zielvorgabe ist das Modell der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Es wird den Jugendlichen Unterstützung bei der Suche nach eigenem Wohnraum, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sowie nach weiteren Lebensperspektiven angeboten.

Die Maßnahme wurde mit 16.477 DM EFRE/ESF-Mitteln gefördert. Sie wird ansonsten finanziert mit Mitteln nach dem KJHG und dem BSHG.

Finanziert werden drei Personalstellen nach dem KJHG.

1999 wohnten fünf Jugendliche in der Einrichtung. Diese haben Anspruch auf Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) oder Sozialhilfegesetz. Für die Jugendlichen stehen drei Sozialarbeiter zur Verfügung.

Das Ergebnis besteht in der Förderung von Chancen zur sozialen Integration der Zielgruppe. Die Auswirkungen können ein marginaler Rückgang an sozialen Konflikten sowie ein gesteigertes Sicherheitsempfinden der anderen Einwohner sein. Die Auswirkung ist jedenfalls allgemein die Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

8. Spartakuß – Animations-, Motivations- und Orientierungsphase, OP 3.1

Träger der Maßnahme ist die Gemeinschaftsinitiative „Spartakuß“ aus verschiedenen Trägern in der Stadt. Ziel der Maßnahme ist es, sozial gefährdete Jugendlichen zwischen 14 und 22 Jahren den Wiedereinstieg in die Schule bzw. den Einstieg in Ausbildung oder Beruf zu erleichtern. Hierfür wurden nach Projektstart im Mai 1999 spezielle Angebote wie Stützunterricht in allgemeinbildenden Fächern, berufsorientierende Maßnahmen, PC-Arbeit, kreatives Arbeiten und Beratungen zu den Themen Sucht, Sexualität, Gesetze und Behörden entwickelt.

Gefördert wird das Projekt mit 16.477 DM EFRE/ESF-Mitteln. Ansonsten wird das Projekt durch Kommunal- und Landesmittel finanziert.

Finanziert werden drei Personalstellen über Kommunal- und Landesmittel.

30 Teilnehmer nahmen an den unterschiedlichen Angeboten teil. Sie konnten überwiegend erfolgreich in weiterführenden Maßnahmen vermittelt werden, u.a. in die „Spartakuß - Übungsfirma“ in Toitenwinkel.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

3.3.1.3 Gegenstandsbereich: Soziale Hilfen für Behinderte

9. Kunst-Kreative Tagesstätte, OP 3.1

Träger des Projektes ist der „Förderverein Gemeindepsychiatrie e.V. Rostock“. Seit November 1999 bietet dieses Projekt unterschiedliche Hilfsangebote für maximal 15 psychisch erkrankte und/oder seelisch behinderte Menschen nach Pflegesatzregelungen an. Ziel ist die Förderung und Wiedereingliederung in möglichst viele gesellschaftliche Bereiche. Umgesetzt wurden diese Projektziele mit Gruppenangeboten in den Bereichen Malen, Musik, Theater und anderen kreativen Tätigkeiten.

Außerdem können die Teilnehmer in die Arbeitsabläufe der Einrichtung im Küchenbereich eingebunden werden. Hierbei wird ein Arbeitsvertrag geschlossen. Als Ergebnis werden zwei Kindergärten mit Mittagessen versorgt. Neben der Bezahlung spielt auch die Steigerung des Selbstwertgefühls und die Befreiung aus krankheitsbedingter sozialer Isolation bei der Konzeption der Tagesstätte eine Rolle.

Die Fördersumme des Projekts beträgt 152.614 DM, davon 74.896 DM EFRE/ESF und 77.718 DM durch das Arbeitsamt (ABM).

Finanziert wird eine Personalstelle (ABM)

Bisher nahmen 13 Erwachsene die Gruppenangebote wahr. Als Ergebnis zu erwarten sind positive Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf bzw. die Erhöhung der Selbstständigkeit des Klientels.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur sowie eine Vernetzung von Aktivitäten verschiedener Initiativen, indem dieses Projekt die Versorgung von Kindergärten mit einem regelmäßigen Mittagstisch bietet.

10. Tagesstätte „phase eins“, OP 3.1

Träger des Projektes ist der Verein „barrierefreies Rostock e.V.“. „phase eins“ bietet seit Oktober 1999 eine Tagesstätte für schwer geistig und mehrfachbehinderte Menschen nach der Pflegesatzverordnung an. Ziel dieser Einrichtung ist es, durch differenzierte pflegerische und therapeutische Angebote die Lebensbedingungen der Nutzer positiv in Richtung auf ein selbstbestimmtes Leben zu beeinflussen. Zielgruppen sind Jugendliche und Erwachsene mit Schwer- und Schwermehrfachbehinderungen.

Die Fördersumme des Projekts beträgt 152.614 DM, davon 74.896 DM EFRE/ESF und 77.718 DM durch das Arbeitsamt (ABM).

Finanziert werden vier Personalstellen, davon eine über ABM.

10 Jugendliche und Erwachsene besuchten regelmäßig die Einrichtung. Als Ergebnis zu erwarten sind positive Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf bzw. die Erhöhung der Selbstständigkeit des Klientels. Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

3.3.1.4 Gegenstandsbereich: Familien, Jugend, Kinder

11. Mütterberatungsstelle „Das Nest“, OP 3.1

Die Mütterberatungsstelle wurde von der Stadt Rostock initiiert und ist dem Gesundheitsamt angegliedert. Im Juni 1999 wurde die 1997 geschlossene Einrichtung in der KTV neu gegründet. Die Mütterberatungsstelle bietet gesundheitliche Vorsorgemaßnahmen für Kinder im Säuglings- und Kleinkindalter an. Die Angebote werden in Form von Sprechstunden, Hausbesuchen, Beratungen und Müttertreffs organisiert. Inhalte sind dabei Ernährung, Pflege und Entwicklung sowie der Umgang mit sozialen Problemlagen in der Familie bzw. der Mütter.

Die Maßnahme wurde im Rahmen von URBAN mit 13.435 DM gefördert.

Finanziert werden zwei Personalstellen über Kommunalmittel (Gesundheitsamt).

Seit Neugründung der Einrichtung wurden 76 Familien mit Säuglingen und Kleinkindern betreut.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

12. Sanierung Kindertagesstätte Ottostraße 16 – „Kastanienhaus“, OP 3.1

Träger der KITA ist das „Institut Lernen & Leben e.V.“. Projektgegenstand war die bauliche Sanierung und Aufwertung der KITA. Es fand in diesem Zusammenhang eine Vergrößerung von 54 auf 80 Betreuungsplätze statt, eine Erweiterung der Zielgruppe auch auf Krippen- und Hortkinder, sowie die Vergrößerung und Gestaltung der Außenanlagen und die Schaffung des ersten Spielplatzes in der KTV.

Gefördert wurde die Maßnahme mit 2.157.159 DM, davon 1.982.025 DM Baukosten, 97.573 DM EFRE/ESF und 77.561 DM Mittel des Arbeitsamtes (ABM).

Finanziert werden acht Personalstellen, davon fünf vom Träger und drei über ABM bzw. ESF.

Im Ergebnis können 80 Kinder wohnortnah untergebracht und versorgt werden. Zu erwarten ist eine Verbesserung der Situation der Eltern, die dadurch beide verbesserte Beschäftigungschancen haben (zur Auslastung der KITA und der Nutzungsintensität des neu geschaffenen Spielplatzes gibt es keine Angaben).

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur insbesondere in Form einer familienfreundlichen Aufwertung des Viertels.

13. Kabinett für Suchtprävention – „Spinnennetz“, OP 3.1

Das Suchtpräventionskabinett wurde von der Stadt Rostock initiiert und ist dem Gesundheitsamt angegliedert. Im Mai 1999 zog das Suchtpräventionskabinett in die KTV. Ziel war die Prävention vor Drogensucht sowie die Förderung gesundheitsbewußten Verhaltens. Zu diesem Zweck wurden Veranstaltungen durchgeführt, die über allgemeine gesundheitsbewußte Verhaltensweisen hinaus spezielle Hinweise zur Vermeidung bzw. Reduktion des Konsums von Suchtstoffen gaben. Außerdem wurden Hilfeleistungen für Betroffene bzw. Abhängige organisiert. Als Zielgruppen sind hier Kinder, Jugendliche, Eltern zu nennen. Darüber hinaus gab es Angebote für Lehrer, Sozialarbeiter und Ausbilder, die sie zur eigenständigen Durchführung von Veranstaltungen zur Suchtprävention befähigen sollten.

Die Maßnahme wurde mit 31.420 DM EFRE/ESF-Mitteln gefördert.

Finanziert wird eine Personalstelle aus Kommunalmitteln.

Die mehr als 45 Veranstaltungen wurden von mehr als 600 Teilnehmern besucht. In Einzelfällen (bisher sechs) wurde konkrete Hilfe bereitgestellt. Hauptgesprächspartner waren Kinder und Jugendliche (70%).

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und ein möglicher Rückgang von Drogensucht und deren Folgen (Beschaffungskriminalität). Damit erfolgte eine Reduzierung von Problemlagen im Quartier.

14. Jugendpressefabrik, OP 3.1

Träger der Jugendpressefabrik ist der „Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.“. Seit Januar 1999 betreut und fördert das Projekt junge Medienmacher in der KTV. Das Angebot richtet sich an Kinder und Jugendliche bzw. hauptsächlich an Schüler, um Hilfestellung bei der Herausgabe von Schülerzeitungen zu geben. Die Angebote umfaßten Seminare, Jugendmediencamps und Fahrten sowie diverse Veranstaltungen.

Gefördert wurde das Projekt durch das Arbeitsamt (27.830 DM), das Land (7.096 DM) und durch Eigenmittel des Trägers (2.673 DM). Die Förderung durch URBAN war indirekt durch die Schaffung von Räumlichkeiten im Projekthaus der Budapesterstr. 7.

Finanziert wird eine Personalstelle durch das Arbeitsamt.

Der Schwerpunkt der Angebote in der KTV liegt in der Betreuung der beiden dortigen Schulen sowie in der Mitwirkung an der Stadtteilzeitung „Waldemar & Margarete“. Die Aktivitäten des Trägers setzen dabei nicht den Angebotsschwerpunkt auf die KTV, sondern auf Rostock und darüber hinaus.

Ergebnisse sind die Verbesserung der Medienkompetenz der Teilnehmer.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

15. Verschiedene Schülerprojekte, OP 3.1

Während der Laufzeit des URBAN-Projektes fanden mehrere Schülerprojekte an der „Borwinschule-Gesamtschule Mitte“ und an der „Realschule am Margaretenplatz“ statt. Diese wurden mit URBAN-Mitteln unterstützt, als Träger fungierte dabei die jeweilige Schule. Die erste Bewilligung erfolgte zum April 1998. Inhalte waren historische und künstlerische Projekte, Sport und Spiel. Im einzelnen wurden folgende Projekte berücksichtigt: Ausstattung einer Bibliothek, Schülerprojekt „Stadtraum ist Lebensraum für Kinder“, Schülerprojekt „Arbeiterhäuser um 1900“, Aufbau einer „Schulband“, Schülerprojekt „Künstlerisches Gestalten“, „Schulhofgestaltung Sport- und Spielgeräte“. Hierbei wurden ausschließlich Sachmittel für diese Projekte gefördert.

Die Projekte wurden insgesamt mit 63.739 DM gefördert, davon 47.804 DM EFRE/ESF-Mittel, 9.561 DM Landesmittel und 6.374 DM kommunale Mittel.

Das Ergebnis ist die Existenz einer Schulband (Anschaffung von Instrumenten, Einrichtung eines Probenraumes), zusätzliche Sport- und Spielgeräte auf dem Schulhof (fünf Tischtennisplatten, eine Volleyball-, eine Basketball-Anlage und Tore für ein Kleinfeld), Erweiterung des Fachbuchbestandes der Schulbibliothek sowie eine Erweiterung des Lehrangebotes der Schulen durch die Kurse.

Eine Auswirkung kann die Steigerung der Identifikation mit der Umwelt durch die Schüler sein sowie eine Steigerung des Lernerfolges. Eine weitere Auswirkung ist die Erweiterung

des Lebens- und Erlebnisraumes für Kinder und Jugendliche im Quartier durch die Öffnung der Schulhöfe für alle Kinder, die in der KTV leben.

3.3.1.5 Gegenstandsbereich: Erweiterung des Dienstleistungsangebotes schwerpunktmäßig für sozial Benachteiligte

16. Selbsthilfewerkstatt, OP 3.1

Träger der Selbsthilfewerkstatt ist der „Arbeitslosendachverband Deutschland – Kreisverband Rostock e.V.“. Nach Eröffnung im Januar 1999 wurde nach dem Modell der „Hilfe zur Selbsthilfe“ sowohl Arbeitslosen als auch interessierten Bürgern in den Bereichen Maler-, Schlosser- und Tischlerarbeiten Beratungen, Kurse und technische Unterstützung angeboten. Materialien konnten mitgebracht werden oder wurden zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt. Die Maßnahme wurde mit einer inhaltlichen Verknüpfung zu anderen Einrichtungen im Haus Budapesterstr. 7 konzipiert.

Die Maßnahme wurde mit 175.943 DM gefördert, davon waren 51.912 DM EFRE/ESF-Mittel, 4.302 DM anteilige Landesmittel, 51.199 DM Kommunalmittel, jeweils 4.675 DM Landes- und Bundesmittel, 51.505 DM Mittel des Arbeitsamtes und 7.675 DM Eigenmittel des Trägers.

Finanziert wurden vier Personalstellen.

35 mal wurden in 1999 Hilfen außerhalb der Werkstatt im häuslichen Bereich geleistet.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des Dienstleistungsangebotes für Einkommensschwache.

17. Schreibbüro, OP 3.1

Träger des Schreibbüros ist die Arbeitsförderungs- und Fortbildungsgesellschaft (AFW). Seit Ende 1998 machte dieses Projekt kostenlose Angebote von Schreibarbeiten (z.B. Bewerbungsunterlagen, Briefe), Formulierungshilfen sowie Beratung beim Ausfüllen von Formularen. Hauptsächlich sollten die Angebote Arbeitslose bzw. Arbeitsuchende unterstützen und deren Arbeitsmarktchancen erhöhen. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung der Qualifikation der im Projekt beschäftigten ABM-Kräfte angestrebt, die auch ihre Vermittlungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöhen.

Die Maßnahme wurde mit 169.221 DM gefördert, davon 138.597 DM vom Arbeitsamt, jeweils 6.930 DM Zuschüsse von Land und Bund sowie 16.764 DM Eigenmittel des Trägers.

Beschäftigt werden vier ABM-Kräfte.

Seit Beginn des Projektes wurden insgesamt 5.518 Aufträge von 675 Nutzern bearbeitet. 450 Nutzer waren Arbeitslose, 76 Sozialhilfeempfänger, 97 Rentner und 52 gemeinnützige Vereine.

Ob und in welchem Umfang dabei Vermittlungserfolge der Nutzer die Folge waren, ist hier nicht ersichtlich. Mögliche Ergebnisse sind erfolgreiche Bewerbungsverfahren der Nutzer sowie die erreichten Qualifikationsabschlüsse der ABM-Beschäftigten.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des Dienstleistungsangebotes für Einkommensschwache.

18. Job-Club, OP 3.1

Träger des Job-Club ist die „Gesellschaft für Arbeitsförderung und Personalentwicklung mbH“ (GAP). Seit Januar 1999 hilft der Job-Club bei der gezielten Suche nach Stellen für Arbeitsuchende und der Erstellung von Bewerbungsunterlagen. Außerdem wird ein Bewerbungstraining angeboten.

Die Maßnahme wurde mit 184.500 DM gefördert, davon 157.000 DM vom Arbeitsamt, jeweils 8.750 DM Zuschüsse von Land und Bund sowie 10.000 DM Eigenmittel des Trägers.

Beschäftigt werden fünf ABM-Kräfte.

Seit bestehen des Projektes gab es knapp 600 (Neu-)Anmeldungen für die Teilnahme. 5.284 Beratungen wurden durchgeführt und 3.293 komplette Bewerbungsunterlagen erstellt. Im Jahre 1999 informierten 87 Mitglieder den Träger über die Aufnahme einer regulären Beschäftigung.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des Dienstleistungsangebotes für Arbeitsuchende/Arbeitslose sowie wahrscheinlich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in der KTV.

19. Interkulturelles Begegnungszentrum, OP 3.1

Träger des Begegnungszentrums ist der Ausländerbeirat der Hansestadt in Kooperation mit dem Ausländerbeauftragten. Der Ausländerbeirat und zahlreiche Vereine nutzen seit September 1999 gemeinsam das Interkulturelle Begegnungszentrum. Ziel der Arbeit ist die Begegnung, Beratung und Information ausländischer und deutscher Bewohner der KTV, um die soziale Integration und Partizipation zu befördern.

Die Maßnahme wurde mit 152.614 DM gefördert, davon 74.896 DM EFRE/ESF-Mittel, und 77.718 DM vom Arbeitsamt.

Finanziert wurde eine Personalstelle.

Die Akteure im Begegnungszentrum bieten ein vielfältiges Spektrum von Aktivitäten an: Individuelle Hilfe, Beratung und Weitervermittlung in Konfliktsituationen und bei sozialen Problemlagen. Darüber hinaus wird ein Angebot im sportlichen sowie kulturellen Bereich initiiert. Außerdem konnte eine Vernetzung mit anderen Institutionen aufgebaut werden.

Etwa 3.000 mal wurden die Angebote des Interkulturellen Begegnungszentrums im letzten Quartal 1999 genutzt.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und die Förderung von Toleranz und sozialer Integration.

20. „Die mobile Tonwerkstatt“, OP 3.1

Träger des Projektes ist die Musikschule „Carl Orff“ in Rostock. Ab Mai 1998 bietet die Tonwerkstatt kulturelle Betätigungsmöglichkeiten in der KTV an. Der Ansatz des Projektes umfaßt die Kombination unterschiedlicher kreativer und gestaltender Techniken: Eine mobile Töpferwerkstatt ermöglicht das Modellieren, ergänzt um Instrumentenbau und gemeinsames Musizieren (sozialmusikalische Gruppenarbeit). Zielgruppen für die Arbeit in der Tonwerkstatt sind vor allem Kinder und Jugendliche, jedoch bestehen auch zwei Erwachsenengruppen.

Die Maßnahme wurde mit 151.981 DM gefördert, davon 80.755 DM EFRE/ESF-Mittel, 9.500 DM Anteil Land, 35.526 DM Anteil Kommune und 26.200 DM Eigenmittel des Trägers.

Finanziert wird eine Personalstelle.

Es wurden fünf Veranstaltungen pro Woche in Form von Gruppenarbeit durchgeführt. Die mobilen Brennöfen ermöglichen dezentrale Aktivitäten, beispielsweise Projekte in Schulen, Vereinen und Kindereinrichtungen der KTV.

Die Auswirkung ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des Dienstleistungsangebotes.

3.3.1.6 Interventionsbereich: Arbeitsmarkt, Beschäftigung, berufliche Qualifizierung - OP 2.0 Sicherung und Förderung von Beschäftigung

-

Projekte 1 - 4: „Aufarbeitung vom Altbaumaterial auf dem Bauhof des Tiefbauamtes der Hansestadt Rostock“

Träger der am 1.6.97 begonnenen SAM-Maßnahmen war ab 1998 die AQS „lift mbH“ und ab Oktober 1999 die BQG „Neptun“ GmbH. Das Ziel war, chancenlosen langzeitarbeitslosen Personen durch geförderte Beschäftigungsprojekte wenigstens vorübergehend eine Beschäftigung zu bieten und deren soziale Problemlagen zu mildern. Die Zielgruppe waren langzeitarbeitslose und nicht vermittelbare Männer über 40 Jahren aus gewerblichen Berufen. Der Inhalt der Tätigkeit bestand darin, wertvolles Baumaterial im Rahmenplangebiet auf-

zunehmen und es auf dem Bauhof der Hansestadt Rostock wieder aufarbeiten. Die Maßnahme wurde bis 2000 viermal durchgeführt.

Die vier Maßnahmen wurde mit insgesamt 902.794 DM gefördert, davon 217.515 DM ER-FE/ESF-Mittel, 619.650 DM Mittel des Arbeitsamtes und 65.629 DM andere Mittel.

Insgesamt 41 Teilnehmer durchliefen die vier Maßnahmen.

Im Ergebnis konnten die Teilnehmer für je ein Jahr einer Beschäftigung auf dem 2. Arbeitsmarkt nachgehen. Eine Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen ist zu erwarten.

Ein weiteres Ergebnis ist das Recycling von Altmaterial und damit eine Materialkostensparnis bei den Umfeldmaßnahmen im Rahmenplangebiet. Beispielsweise konnte der Margaretenplatz kostengünstig mit hochwertigem, im Bauhof aufgearbeitetem, Naturstein gepflastert werden.

Auswirkung sind eine Verbesserung des Wohnumfeldes durch Nutzung der recycelten Materialien.

Projekt 5: Beschäftigungsmaßnahme „Ökologische Umfeldverbesserung im URBAN-Gebiet“

Träger der am 1.9.97 begonnenen und am 30.4.98 beendeten Beschäftigungsmaßnahme war die AFW-GmbH. Das Ziel war, durch eine Beschäftigungsmaßnahme (ABM) mit hohem Bildungsanteil (50%) 24 Männern und Frauen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Zielgruppe waren langzeitarbeitslose Männer (insbesondere über 40 Jahre) und Frauen. Der Inhalt der Tätigkeiten bestand in der Verbesserung des ökologischen Umfeldes in der KTV. Die Bildungsmaßnahmen wurden aus den Bereichen Ökologie, Garten- und Landschaftsbau sowie Bautechnik angeboten, die außerdem durch Kurse zur Persönlichkeitsstabilisierung, Bewerbertraining und zum Arbeits- und Sozialrecht ergänzt wurden. Zusätzlich als flankierende Maßnahme wurden über SAM (ergänzt durch URBAN Mittel) zwei weitere Arbeitskräfte beschäftigt, die Betreuungs- und Organisationsaufgaben übernahmen.

Gefördert wurde die Maßnahme mit 200.809 DM, davon 48.300 DM ESF-Mittel, 134.559 DM Mittel des Arbeitsamtes und 17.950 DM andere Mittel.

Der Output der Maßnahme bestand darin, daß 24 Teilnehmer die Maßnahme durchlaufen haben (+ zwei Koordinatoren, siehe Projekt 15) und daß einige Mißstände im Viertel (u.a. illegale Mülldeponien, Rekultivierung verwahrloster Vorgärten etc.) beseitigt wurden (Größenordnungen können nicht benannt werden).

Im Ergebnis hat die Maßnahme aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für die Teilnehmer geführt. Ob und wieviel Teilnehmer ihre Chancen durch Aufnahme einer Beschäftigung nutzen konnten, ist nicht bekannt.

Die allgemeinen Auswirkungen der Maßnahme lagen zunächst darin, daß während der Maßnahme die Gruppe der Langzeitarbeitslosen etwas kleiner geworden ist und daß es nach Abschluß zu einer Verringerung der Langzeitarbeitslosenquote (selbst wenn die Teilnehmer alle wieder arbeitslos wurden, zählen sie nicht mehr als Langzeitarbeitslose) sowie möglicherweise zu einer marginalen Verringerung der Arbeitslosenquote im Rahmenplangebiet gekommen ist. Ohne Angabe der Zahl von Arbeitsaufnahmen nach Beendigung der Maßnahme läßt sich letzteres aber nicht belegen.

Eine weitere Auswirkung der Maßnahme besteht in der Verbesserung der Wohnqualität im Rahmenplangebiet durch die Beseitigung von Mißständen.

Projekte 6 – 7: „Kombinierte schweißtechnische Fortbildungsmaßnahme“

Träger der Fortbildungsmaßnahme war die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt (SLV) des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik. Das Ziel war die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß für über 40jährige Männer aus gewerblichen Berufen über eine Weiterqualifizierung in der Schweißtechnik. Die Zielgruppe waren arbeitslose Männer aus dem gewerblich-technischen Berufen. Angeboten wurden verschiedene schweißtechnische Fortbildungsmaßnahmen mit Abschlußprüfung und Zertifizierung. Es wurde jeweils ein Lehrgang 1997 und 1999 angeboten. Die Maßnahme hatte 1999 ein verbessertes Konzept, qualifiziert wurde jetzt stufenweise.

Die Maßnahme wurde mit 776.496 DM gefördert, davon 384.146 DM EFRE/ESF-Mittel und 392.350 DM Mittel des Arbeitsamtes.

1997 nahmen 18 Teilnehmer am Lehrgang teil und 1999 waren es 22.

Das Ergebnis ist eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Zielgruppe. Das zeigt sich daran, daß aus dem Projekt 1997 4 Teilnehmer einen Arbeitsvertrag abschließen konnten und aus dem Projekt 1999 10 Teilnehmer bereits am Kursende einen Arbeitsvertrag unterzeichnet hatten.

Die Auswirkung ist eine marginale Verringerung der Arbeitslosenquote in der KTV.

Projekt 8: Berufspraktische Fortbildung im Dienstleistungsbereich unter verstärkter Einbindung in Netzwerke

Träger der am 1.9.98 begonnenen Bildungsmaßnahme ist der Bildungsträger „EDV-Frau GmbH“ und das Arbeitsamt Rostock. Das Ziel ist die Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Frauen in den Arbeitsmarkt in den Berufsbereichen Dienstleistung, Handel und HOGA. Zielgruppen sind langzeitarbeitslose ältere Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen. Angeboten werden vielfältige Lehrveranstaltungen, ein Betriebspraktikum mit begleitendem Qualifizierungsteil sowie ein reines Praktikum. Zentraler Ansatz der Maßnahme ist es, die Frauen in soziale und berufsbezogene Netzwerke einzubinden. Sie werden mit vorhandenen Strukturen bekannt gemacht und sind aufgefordert, neben den Kursen auch ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen usw. tätig zu sein, um auf diese Weise Kontakte zu knüpfen, die bei der Arbeitsuche von Bedeutung sein können.

Die Maßnahme wurde mit 584.636 DM gefördert, davon 272.636 EFRE/ESF-Mittel (einschl. Mittel des Landes und der Kommune) und 312.000 DM vom Arbeitsamt.

An den verschiedenen Maßnahmeangeboten nahmen 23 Teilnehmerinnen teil. Im Ergebnis ist eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Zielgruppen zu erwarten. Angaben über die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt liegen nicht vor.

Die Auswirkung kann entsprechend in der Verringerung der Arbeitslosenquote liegen.

Projekt 9: „M.O.N.A. – Motivation, Orientierung, Neueinstieg, Arbeit“

Träger der am 7.6.1999 begonnenen und am 31.5.2000 endenden Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahme ist die „Gesellschaft für Arbeitsförderung & Personalentwicklung mbH“. Das Ziel war, Jugendliche Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung trotz der verschärften Konkurrenz und Selektion auf dem Arbeitsmarkt zu einem Übergang in die Erwerbstätigkeit zu verhelfen. Zielgruppe waren jugendliche Arbeitslose (unter 25 Jahren) mit abgeschlossener Berufsausbildung. Nach Durchführung einer Trainingsmaßnahme von 2 Monaten werden die Teilnehmer über ein Praktikum von 8 Monaten berufspraktische Erfahrungen sammeln. Durch das Projekt erfolgt während des Praktikums weiterhin eine intensive Betreuung.

Die Maßnahme wird mit 686.885 DM gefördert, davon 515.163 DM ESF-Mittel, 167.438 DM Mittel des Arbeitsamtes und 4.284 DM andere Mittel.

24 Teilnehmer haben die Maßnahme begonnen, 19 konnten in Arbeit vermittelt werden. Ein Teilnehmer hat ein neues Ausbildungsverhältnis begonnen. Die anderen vier konnten aufgrund individueller Vermittlungshemmnisse bisher nicht vermittelt werden.

Die allgemeine Auswirkung besteht in der Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit im Viertel (was sich statistisch aufgrund fehlender Daten aber nicht belegen läßt).

Projekt 10: Interdisziplinäre Weiterbildung im Dienstleistungsbereich

Träger der Qualifizierungsmaßnahme war die „Europäische Wirtschafts- und Sprachakademie“ („ews“). Das Ziel war, junge Berufsanfänger mit interdisziplinärem Wissen und persönlichkeitsformenden Elementen auszustatten, um eine Verbesserung der Berufseinstiegschancen zu erreichen. Die Zielgruppe waren junge Arbeitslose mit einem dienstleistungsorientierten beruflichen Abschluß. Angeboten wurden theoretischer Unterricht in den Bildungsbereichen: Fremdsprachen, EDV-Training, Europakunde, Verhaltenstraining, Mobilitätstraining etc., ein 3-monatiges Auslandspraktikum (Frankreich und Schweden), um die Englisch-Sprachkenntnisse sowie die einer zweiten Fremdsprache zu vertiefen, sowie eine Unterstützung bei der Bewerbung der Teilnehmer.

Die Maßnahme wurde mit 1.102.241 DM gefördert, davon 554.240 DM EFRE/ESF-Mittel, 485.240 DM Mittel des Arbeitsamtes sowie 62.762 DM andere Mittel.

Zu Beginn des Kursus nahmen 22 Teilnehmer an dem Lehrgang teil. Zu Beginn des Auslandspraktikum verblieben 12 Teilnehmer im Lehrgang. 7 Teilnehmer legten die „IHK-Fremdsprachen-Korrespondentenprüfung Englisch“ ab. 5 Teilnehmer legten verschiedene Einzelfachprüfungen ab.

Im Anschluß an die Maßnahme konnten 11 Teilnehmer in Arbeit vermittelt werden.

Die Auswirkung besteht in der geringfügigen Verringerung der Arbeitslosenquote.

Projekt 11: Praxis- und vermittlungsorientierte Fortbildung für Jugendliche unter 25 Jahren – „Schulverschönerung“

Träger der am 1.11.98 begonnenen und am 31.10.1999 beendeten AB-Maßnahmen mit 50%tigem Bildungsanteil war die „Gesellschaft für Arbeitsförderung und Personalentwicklung (GAP). Das Ziel war praxis- und vermittlungsorientierte Fortbildung zur Verbesserung der Vermittlungschancen von Jugendlichen auf den ersten Arbeitsmarkt. Die Zielgruppe waren jugendliche Arbeitssuchende mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung.

Das Projekt beinhaltete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Bereichen: Tischlerei, Maler- und Gärtnerei mit 50 % Bildungsanteil für die Vermittlung von theoretischen fachlichen Grundlagen in Verbindung mit Fachpraxis. Die praktische Tätigkeit im Rahmen des ABM-Teils wird insbesondere an Schulen des URBAN-Gebietes durchgeführt (Schulverschönerung Margareten-Schule).

Die Maßnahme wurde mit 1.266.576 DM gefördert, davon 590.993 DM EFRE/ESF-Mittel, 608.582 DM Mittel des Arbeitsamtes und 67.000 DM andere Mittel.

Als Output sind 24 Kursteilnehmer zu nennen. 15 Teilnehmer erhielten ein Zertifikat im Bereich Trockenbau/Innenausbau, 3 Teilnehmer erhielten eine Teilnahmebestätigung. Das Ziel der Maßnahme war die Verschönerung von Schulen. Aufgrund gesetzlicher Vorschriften durften aber im Rahmen der ABM keine vollständigen handwerklichen Leistungen angeboten werden. So kam es dazu, daß zwar einzelne Wände angestrichen werden durften, aber nicht der ganze Raum. Daher griffen die Eltern der Schüler zur Eigeninitiative und führten die restlichen Malerarbeiten in ihrer Freizeit durch.

11 Teilnehmer konnten direkt nach Kursende in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Die Auswirkung liegt in der Verringerung der (Jugend-)Arbeitslosenquote im Rahmenplangebiet, sowie darin, die Zusammenarbeit zwischen den Maßnahmeteilnehmern, den Schulen und der Elternschaft gefördert zu haben, was wiederum eine höhere Identifikation mit dem Quartier zur Folge hat.

Projekt 12 - 13: Car Sharing

Träger der am 1.7.98 begonnenen ABM-Maßnahme war der „ökomobil rostock e.V.“ (im Rahmen der Fusion der Hamburger und Berliner Firmen zur Car Sharing AG wurde ab Mai 1999 auch Rostock in die AG integriert). Das Ziel ist die Reduzierung der Zahl von PKWs aus ökologischen Erwägungen. Die Zielgruppe sind Bürger der KTV sowie Rostocks.

Die Maßnahme wurde mit insgesamt 128.975 DM gefördert, davon 66.389 DM EFRE/ESF-Mittel und 62.586 DM Mittel des Arbeitsamtes.

Finanziert wurde eine ABM-Stelle im Rahmen von zwei Einzelmaßnahmen.

Der Output des Projekts besteht in der gemeinschaftlichen Nutzung von vereinseigenen Fahrzeugen sowie Beratungsgesprächen und Bildungsarbeit mit dem Ziel der Förderung ökologischen Verkehrsverhaltens der Bürgerinnen und Bürger der Region Rostock.

70 NutzerInnen (Vereinsmitglieder) buchen die Fahrzeuge, von denen 18 beim Eintritt ihr eigenes Auto abschafften. Über die Häufigkeit der Nutzung ist nichts bekannt.

Die ABM-Stelle wurde nach dem Übergang in die AG am 1.1.2000 in eine feste Stelle überführt.

Die Auswirkung kann in einer marginalen Entspannung der Parkplatzsituation in der Stadt liegen und in einem stärker nach ökologischen Gesichtspunkten orientierten Verkehrsverhalten einiger weniger Personen mit Vorbildwirkung liegen.

Projekt 14: Jobstart Rostock

Träger der SAM Maßnahme (seit August 1999) ist das „institut für neue medien“ in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Rostock. Das Ziel ist die Weiterführung und der Ausbau eines Online-Informationssystems zur Arbeitssuche. Arbeitssuchenden wird Hilfestellung zur Gestaltung eigener individueller Webpages zum Zwecke der Arbeitssuche geboten.

Das Projekt Jobstart will Arbeitssuchenden neue Formen der Arbeitsmarktkommunikation über das Internet ermöglichen. Zielgruppe für das Projekt (nicht für die konkrete SAM-Maßnahme) sind entsprechend Arbeitssuchende aus allen Berufsbereichen, die sich im Internet auf individuell gestalteten Webpages präsentieren können.

Gefördert wurde die Maßnahme mit 252.338 DM, davon 147.698 DM EFRE/ESF-Mittel und 104.640 DM Mittel des Arbeitsamtes.

Finanziert werden drei Personalstellen (SAM).

Der Output der Maßnahme sind konkrete Anleitung und Unterstützung bei der Erstellung der eigenen Bewerbungs-Webpages. Zwischen August 1999 und März 2000 wurden 172 Nutzer individuell betreut. Es fanden 58 Präsentationen mit 638 Teilnehmern statt, auf denen das Projekt sich vorstellte (auf Messen, Pressekonferenzen, in Rahmen von Trainings- und Wei-

terbildungsmaßnahmen usw.). Ende April 2000 befanden sich 373 Einträge in der Datenbank des Projektes, 160 davon waren mit individuellen Wegseiten vertreten. Im Durchschnitt gibt es etwa bis 10.000 Seitenzugriffe pro Monat (nur externe Seitenaufrufe), im November 1999 gab es knapp 31.000 Seitenzugriffe als Folge einer Pressekonferenz. Seit März 2000 gibt es eine neue Seitenstruktur, die Häufigkeit der Zugriffe lag im in diesem Monat bei 12.655.

Im Ergebnis wird eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Nutzer erwartet, zum einen durch die Bewerbungen per Internet, zum anderen durch die Aneignung neuer Medienkompetenzen.

Als Auswirkung wird eine Verringerung der Arbeitslosenquote im Rahmenplangebiet erwartet.

Projekt 15: „Zwei Koordinatoren für die ESF-Maßnahme „Ökologische Umfeldverbesserung im URBAN-Gebiet für 24 TN“

Träger siehe Projekt „Ökologische Umfeldverbesserung im URBAN-Gebiet“: Das Ziel bestand in der Betreuung- und Organisation der Maßnahme durch zwei Koordinatoren. Ihre Aufgabe war die Organisation und Betreuung der Teilnehmer o.g. Maßnahme „Ökologische Umfeldverbesserung im URBAN-Gebiet“

Die Maßnahme wurde mit 124.662 DM gefördert, davon 58.372 DM EFRE/ESF-Mittel und 66.289 DM Mittel des Arbeitsamtes.

Für die beiden Koordinatoren wurde die Maßnahme um ein Jahr verlängert, weil die Stadt eine ähnliche ABM-Maßnahme zur ökologischen Umfeldverbesserung durchgeführt hat. Nach Abschluß dieser Maßnahme hatte ein Koordinator das Rentenalter erreicht, der andere erhielt eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Projekte 16 – 17: Bürgerberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Träger der Maßnahmen war die Stadt Rostock, Geschäftsstelle URBAN. Das Ziel der Maßnahme „Einwohnerberatung“ (Projekt 16) war die Beratung von Einwohnern und Gewerbetreibenden über die einschlägigen Förderrichtlinien. Das Ziel der Maßnahme „Öffentlichkeitsarbeit“ (Projekt 17) war die professionelle Darstellung des Konzeptes, der Beratungsangebote und der Arbeit von URBAN in der Öffentlichkeit. Beide Maßnahmen waren in der Geschäftsstelle URBAN angesiedelt.

Finanziert wurden die Maßnahmen mit 90.526 DM, davon 9.050 DM EFRE/ESF-Mittel und 81.476 DM Mittel des Arbeitsamtes.

Finanziert wurden zwei Personalstellen (ABM).

Das Ergebnis sind eine Vielzahl von Beratungen sowie eine Vielzahl von Veröffentlichungen (Faltblätter, Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel) über die Arbeit der Geschäftsstelle, der verschiedenen Maßnahmeträger usw.

Beide ABM wurden über eine SAM verlängert (Projekt 18).

Die Auswirkung war die wachsende Akzeptanz von URBAN im Quartier (über qualifizierte Beratung) und die Förderung eines positiven Entwicklungsklimas (Öffentlichkeitsarbeit).

Projekte 18 - 23: Lohnkostenzuschüsse für diverse beschäftigungsfördernde Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität im Rahmenplangebiet URBAN

Dieses Projekt wurde als eine Art Pool angelegt, aus dem heraus verschiedene Einzelprojekte unterstützt werden sollten. Zwei SAM wurden in der Geschäftsstelle URBAN realisiert für die „Beratung der Bürger zu den Förderrichtlinien“ (Projekt 18) und für „Öffentlichkeitsarbeit“ (Verlängerung der bisherigen ABM-Stellen). Zwei SAM wurden in der Selbsthilfwerkstatt realisiert (eine Verlängerung, eine zusätzliche Stelle) (Projekt 19). Eine SAM wurde im Kinderfreizeitzentrum im „Kastanienhaus“ realisiert (Projekt 20). Drei SAM erhielt der Waldemarhof zur Weiterführung seiner Projekte (Projekt 21). Eine SAM wurde der Tonwerkstatt bewilligt (Projekt 22) und zwei SAM wurden für die Förderung eines neuen Modellprojektes, das „Gerontopsychiatrische Zentrum“, bewilligt (Projekt 23). Insgesamt wurden 11 SAM-Stellen vergeben.

Diese Maßnahmen wurden mit 1.541.579 DM gefördert, davon 808.430 DM EFRE/ESF-Mittel und 733.149 DM Mittel des Arbeitsamtes.

11 Personen sind über Lohnkostenzuschüsse vorübergehend beschäftigt.

Die Maßnahme dient hauptsächlich dazu, begonnene Projekte fortzuführen und auszubauen.

Projekt 24: Bürgerhaus KTV

Dieses Projekt bestand in der Finanzierung der Stellen für die Ideenwerkstatt bzw. die Arbeit des Bürgerhauses. Nähere Angaben siehe oben in Maßnahme 1.

3.3.2 Zur Problematik der Messung von Ergebnissen und Auswirkungen der Einzelmaßnahmen

Einzelmaßnahmen im sozialen Bereich (einschließlich Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen) sind i.d.R. Angebote an bestimmte Zielgruppen, sich weiterzubilden, eine vorübergehende öffentlich geförderte Beschäftigung anzunehmen, sich beraten zu lassen, eine Therapie zu machen, Hilfe zur Selbsthilfe zu suchen, eine Dienstleistung in Anspruch zu nehmen, sich politisch und gesellschaftlich zu betätigen oder einfach eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu finden. Die Art der Angebote ist denkbar groß, besonders, wenn man sich bemüht, möglichst Angebote für verschiedene Zielgruppen zu machen.

Entsprechend der Vielfalt der Angebote müssen auch die eingesetzten Mittel sehr verschiedenartig sein, sie müssen zum jeweiligen Zweck der Maßnahme passen. Und ebenso vielfältig wie der Input fällt auch der Output der Maßnahmen aus. Es gibt letztlich kein übereinstimmendes Kriterium, das für alle Maßnahmen gleichermaßen gilt und mit dem sie in irgendeiner Form meßbar, d.h. vergleichbar und Bezug zum Input auf ihre Effizienz hin in gleicher Form überprüfbar wären.

Es mag buchhalterisch interessant sein, zu wissen, daß ein Input von 50.000 DM drei Faltblätter in einer Auflage von 1000 Stück erbracht haben, oder daß am Ende einer Qualifizierungsmaßnahme 24 Zertifikate verteilt wurden. Für eine Überprüfung von Ergebnissen und Wirkungen einer Maßnahme ist das im Sinne einer soziologischen Analyse aber vergleichsweise sekundär.

Bei den konkreten Ergebnissen einer Maßnahme kann man noch einen gewissen direkten Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Output (Zertifikat, Information, Therapie etc.) und der Veränderung in der sozialen Lage der jeweiligen Teilnehmer, des Klientel bzw. der Nutzer eines Angebotes erkennen. Ein erworbenes Zertifikat kann dazu geführt haben, daß ein Maßnahmeteilnehmer einen neuen Arbeitsplatz gefunden hat. Ein therapeutisches Angebot kann im Einzelfall dem Nutzer eine Verbesserung der gesundheitlichen Situation gebracht und ihn befähigt haben, sein Leben wieder selbstverantwortlicher gestalten usw.

Bei der Messung eines solchen Einzelergebnisses einer Maßnahme tritt allerdings schon das Problem auf, daß dieses Ergebnis die *Folge* einer Intervention ist, im Regelfall also erst im Anschluß an eine Maßnahme, z.T. sogar erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung sichtbar wird. Ohne eine eigene Erhebung unter den Teilnehmern, Nutzern usw. durchzuführen, kann man daher überhaupt nicht in Erfahrung bringen, ob die Maßnahme im Einzelfall tatsächlich das gewünschte Ergebnis gebracht hat. Aus einigen Projekten ist zwar bekannt, bei wieviel Personen sich bereits im Laufe der Maßnahme eine Veränderung ergeben hat und einige wenige Projekte können auch angeben, wieviel Teilnehmer direkt im Anschluß eine Verbesserung ihrer Situation erreichen konnten. Diese Informationen sind jedoch eher sporadisch und nicht systematisch genug, um daraus tatsächlich auf die Effizienz und den

Nutzen aller Maßnahmen schließen zu können. Der Versuch einer Evaluation gleicht bereits auf dieser Ebene einem Stochern im Nebel.

Etwas lichten könnte man den Nebel, wenn die Projektträger verpflichtet würden, regelmäßig nach vorgegeben Kriterien Bericht zu erstatten, was sie, je nach Maßnahme genau spezifiziert, angeboten haben, wer die Nutzer sind, wieviele Nutzer es in einem bestimmten Zeitraum sind und wie das Angebot jeweils angenommen wird. Letzteres bedeutet, daß die Träger eine regelmäßige Nutzer-/Teilnehmeranalyse durchführen und daß sie möglichst auch nach Beendigung einer konkreten Maßnahme Kontakt zu ihrer Klientel halten müßten, um über beide Wege in Erfahrung zu bringen, welchen Nutzen die Maßnahme denn tatsächlich für das Klientel hatte. Eine Nutzeranalyse könnte auch klären, ob eine Veränderung einer Situation tatsächlich etwas mit der Maßnahme zu tun hatte, oder ob sie nicht auch ohne diese zustande gekommen wäre. Das heißt, ein wesentliches Moment einer Nutzeranalyse wäre es auch, die subjektive Einschätzung des Klientels, was ihnen die Teilnahme, die Nutzung des Angebotes eigentlich bringt oder gebracht hat, in Erfahrung zu bringen. Objektive Daten allein (Teilnehmerzahlen etc.) reichen gerade bei Maßnahmen im sozialen Bereich nicht aus, um das Ergebnis zu beurteilen, auch der bei der Konzeption der Maßnahme unterstellte Wirkungszusammenhang kann und muß hinterfragt werden.

Nun sind alle Maßnahmen und Projekte im Rahmen der GI URBAN nicht nur darauf gerichtet, für ein begrenztes Klientel konkret faßbare Ergebnisse zu erbringen, sondern sie haben letztlich eine inhaltliche Zielstellung, die über eine buchhalterische Bilanz hinausgeht. Der wie auch immer geartete Output einer einzelnen Maßnahme (Zertifikate, Informationsbroschüren, persönliche Betreuung und Dienstleistung etc.) und auch die Ergebnisse, die Einzelne aus einer Zielgruppe betreffen, sind eigentlich nur Mittel zum Zweck, nämlich zu erreichen, daß beispielsweise über die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen Einzelner dazu beigetragen wird, die Arbeitsmarktsituation im Gebiet insgesamt zu entspannen, oder zu erreichen, daß sich z.B. über die Schaffung von besseren Möglichkeiten zur Kommunikation und Partizipation das soziale und politische Klima im Viertel verbessert bzw. sich eine höhere Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier einstellt und auf diese Weise Selbsthilfepotentiale geweckt werden. Die Einzelmaßnahmen zielen mithin darauf, zur Lösung eines *allgemeinen* Problems beizutragen.

Bei der Messung der Folgewirkungen wird der Nebel noch dichter, denn direkte Wirkungszusammenhänge zwischen Einzelmaßnahmen und der Veränderung der sozialen Situation in einem ganzen Wohngebiet lassen sich vielleicht noch theoretisch konstruieren, in der Praxis nachweisen lassen sie sich aber höchstens noch mit einem enormen Aufwand an empirischer Forschung. Die Einzelmaßnahmen sind i.d.R. zu klein, um eine unmittelbare Wirkung auf einen viel größeren sozialräumlichen Zusammenhang auszuüben, sie schlagen z.B. statistisch nicht durch. Ihr Einfluß ist indirekt, d.h. ein unmittelbarer linearer Zusammenhang mit sozialen Entwicklungen in einem bestimmten Gebiet kann i.d.R. nicht einfach unterstellt werden. Soziale Entwicklungen sind äußerst dynamische und komplexe Prozesse, in denen eine Vielzahl von objektiven Faktoren, individuellen Verhaltensweisen, subjektiven Einschätzungen, Wert- und Handlungsorientierungen usw. eine Rolle spielen. Sie können nur auf der

Ebene der Abstraktion von Einzelfällen nachvollzogen und abgebildet werden. Entsprechend ist es unwahrscheinlich, daß jeweils ein direkter linearer Zusammenhang zwischen Einzelintervention und Veränderungen auf der Makroebene vorhanden ist. Vielmehr können sich Wirkungen eher auf Umwegen einstellen, was man aber nicht in jedem Fall in jeder Verästelung eines Wirkungszusammenhanges, weder umfassend theoretisch noch empirisch, nachvollziehen kann. Nach Auswirkungen einer Einzelmaßnahme zu fragen, ist zwar theoretisch sehr anspruchsvoll, praktisch aber kaum zu beantworten, besonders dann nicht, wenn außer einigen Input- und Outputinformationen, wenigen sporadischen Ergebnissen und einigen Daten zur allgemeinen Situation keine weiteren Informationen vorhanden sind.

Um den Einfluß von Einzelmaßnahmen auf das allgemein gesteckte Ziel der Verbesserung der Lebensverhältnisse bzw. auf die Bewältigung von allgemeinen Problemlagen zu ziehen, sind über Nutzeranalysen der Träger hinaus empirische Erhebungen notwendig, die optimal als Längsschnittuntersuchung angelegt sind, oder die zumindest in Form von wiederholten Querschnittsuntersuchungen einen Vergleich erlauben und die mit Prozeßanalysen gekoppelt sind. Nur auf dieser Grundlage könnten verlässliche Aussagen über die Auswirkungen von Einzelmaßnahmen getroffen werden.

Aus den bisher vorliegenden Angaben kann zumindest für die sozialen und die Beschäftigungsmaßnahmen (einschl. Bürgerhaus) folgendes als allerdings völlig unvollständiges, da hauptsächlich für den Bereich Beschäftigung geltendes, Ergebnis festgehalten werden:

- In den 20 sozialen Projekten und den 24 einzelnen Beschäftigungsprojekten sind 171 (überwiegend befristete) Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen worden, auf denen ca. 163 Personen beschäftigt wurden⁵,
- 138 Personen hatten im Rahmen von öffentlicher Beschäftigungsförderung (ABM/SAM/ESF) einen vorübergehenden Arbeitsplatz,
- 25 Personen waren auf anderweitig finanzierten Stellen (1. Arbeitsmarkt) tätig (KJHG, Landesmittel, kommunale Mittel),
- 109 Personen nahmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil,
- die durch diese Personen im Rahmen der Maßnahmen geschaffenen Angebote wurden von insgesamt etwa 3.074 Personen genutzt (als Teilnehmer, Ratsuchende, Mitglieder etc.) (wobei die Aufzählung unvollständig ist, da nicht alle Träger über die Zahl der Nutzer berichtet haben bzw. einige Maßnahmen noch laufen),
- von den 138 Personen in Beschäftigungsmaßnahmen fanden 13 direkt im Anschluß daran eine Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt (9,4%),
- von den 109 Teilnehmern der Qualifizierungsmaßnahmen konnten 45 direkt im Anschluß an die Maßnahmen in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden (41,3%),

⁵ Beim LKZ-Pool sind offensichtlich einige Beschäftigungsstellen über SAM mit den gleichen Personen fortgeführt worden. Daher haben nur 163 verschiedene Personen an den 171 Beschäftigungsmöglichkeiten partizipieren können.

- von den 3.074 Nutzern der Angebote konnten 87 auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Insgesamt trugen die Maßnahmen dazu bei, daß mindestens 145 zuvor arbeitslose Personen eine neue reguläre Beschäftigung fanden.

Um sich eine ungefähre Vorstellung von einer möglicherweise dadurch induzierten Veränderung der Arbeitslosenquote zu machen, könnte man (methodisch allerdings völlig unkorrekt, da hier die Arbeitsmarktdynamik nicht berücksichtigt wird) von der Zahl der in der Sozialstudie festgestellten Arbeitslosen ausgehen (etwa 980). Diese Zahl reduziert um die 145 würde einen Rückgang der Arbeitslosenquote von 1996 um etwa 5% bedeuten. Tatsächlich scheint aber die Arbeitslosenquote erheblich stärker gesunken sein (s.u.), so daß nur ein Teil des Rückgangs durch diese konkreten Ergebnisse der Maßnahmen erklärt werden kann. Ein anderer Teil geht auf eine insgesamt etwas verbesserte Arbeitsmarktsituation in Rostock zurück und ein weiterer Teil auf Verdrängungsprozesse aufgrund der Sanierungs- und Wohnungsmarktdynamik im Rahmenplangebiet. Hier lassen sich keine genaueren Angaben mehr machen.

Dennoch, auf die Beschäftigungssituation im Rahmenplangebiet hatten die Maßnahmen einen durchaus in Wertgrößen meßbaren positiven Einfluß.

Die hohe Zahl der Nutzer, Teilnehmer usw. der Maßnahmen zeigt außerdem, daß in den verschiedenen Gegenstandsbereichen ein Bedarf an den verschiedenen Angeboten vorhanden war und auch gedeckt werden konnte. Insofern haben die Maßnahmen auch hier einen positiven Effekt erzielt, indem bei diversen Problemlagen verschiedenster Bevölkerungsgruppen Hilfestellung gegeben bzw. zur Lösung dieser individuellen Probleme beigetragen werden konnte. Die Auswirkung der Maßnahmen liegt also in einer ganz allgemeinen Verbesserung der Problemsituation im Rahmenplangebiet, auch wenn dies nicht quantifizierbar ist.

Die Maßnahmen hatten bzw. haben nur eine begrenzte Laufzeit im Rahmen der GI URBAN. Ob sie ihre zweifellos positive Wirkung auch in Zukunft entfalten können, hängt davon ab, ob sie sich auch ohne URBAN-Förderung halten können. Bei den meisten sozialen Projekten dürfte dies der Fall sein, da sie über die normale Arbeitsmarktförderung oder auf andere Weise eine Finanzierung ihrer Aktivitäten erreichen können. Insbesondere jene Projekte, die von vornherein auf einer Mischfinanzierung beruhen, bzw. die überwiegend eher mit Sachmitteln gefördert wurden oder welche die URBAN-Förderung als eine Startinvestition betrachtet haben, werden gute Chancen haben, auch in Zukunft ihre Angebote in den sozialen Projekthäusern anzubieten. Ob und inwieweit dies der Fall sein wird, kann erst eine spätere ex-post Analyse ergeben.

4 Die Entwicklung der KTV auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Daten

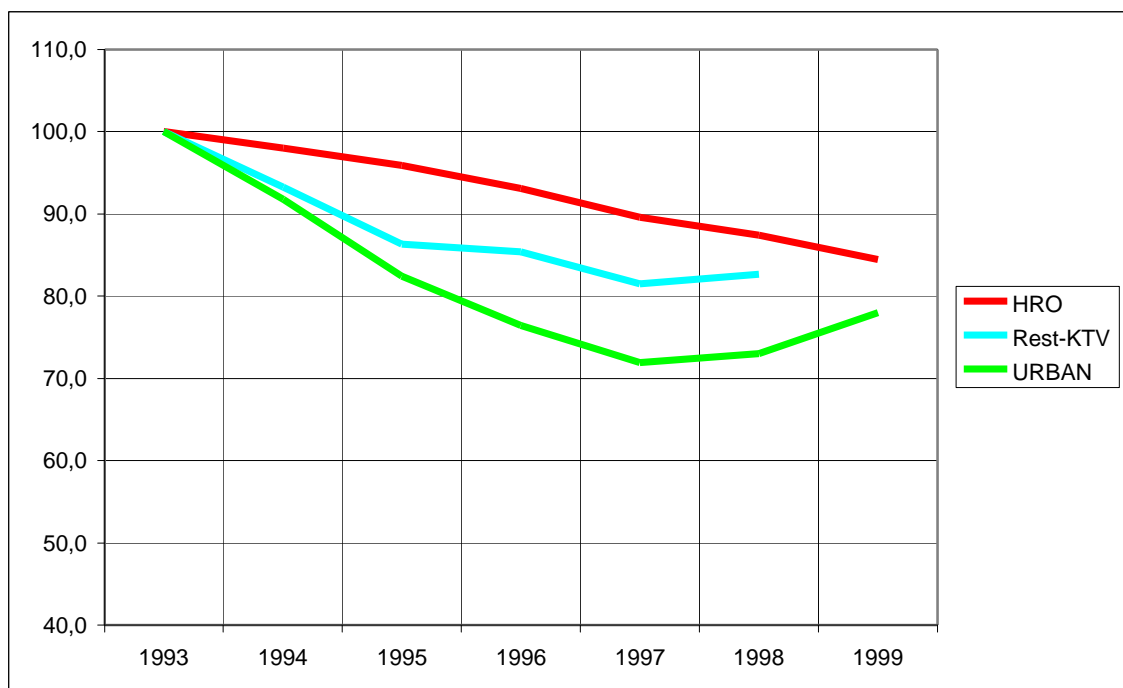
4.3.1 Bevölkerungstruktur und –entwicklung

4.3.1.1 Bestandsveränderungen 1995-99

Nach einem vorübergehenden sehr starken Bevölkerungsverlust nimmt die Zahl der Einwohner im Rahmenplangebiet seit 1998 wieder zu.

Ähnlich, wie in der Hansestadt insgesamt, hat auch im Rahmenplangebiet die Zahl der Einwohner seit der Wende drastisch abgenommen. Im Verhältnis zur Gesamtstadt sowie auch im Verhältnis zu den anderen Teilen des Stadtteils KTV war der Bevölkerungsverlust im Rahmenplangebiet sogar noch deutlich höher.

1. Entwicklung der Einwohnerzahlen zwischen 1993 und 1999 (Index 1993 = 100, Bevölkerungsstand jeweils 31.12. des Jahres, nur Einwohner mit Hauptwohnsitz)



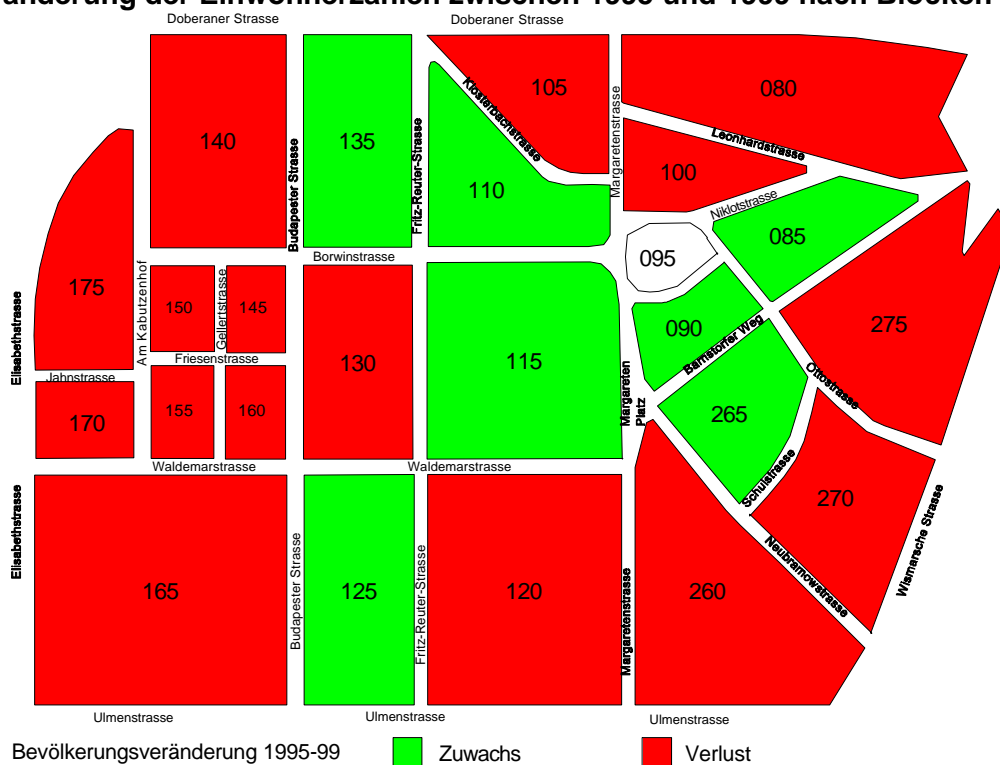
Anders als in Rostock insgesamt allerdings ist im Rahmenplangebiet seit 1998 wieder eine positive Entwicklung zu beobachten. Der Tiefpunkt der Entwicklung war 1997 erreicht, als von den etwa 6.800 Einwohnern des Jahres 1993 nur noch 4.938 (= -28,1%) im Rahmenplangebiet wohnten. Inzwischen ist die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz wieder auf 5.356 angestiegen (Ende 1999) (= -22% gegenüber 1993 bzw. +8,4% gegenüber 1997). Rechnet man die Einwohner mit Nebenwohnsitz hinzu, dann lebten Ende 1999 wieder 6.163 Personen im Rahmenplangebiet (gegenüber schätzungsweise 7.170 im Jahre 1993⁶).

⁶ Für 1993 und 1994 liegen keine genauen Zahlen vor. Die Zahl der Bewohner wurde aufgrund der Zu- und Abwanderungen sowie der natürlichen Bevölkerungsbewegung errechnet. Die Zahl der Einwohner mit Nebenwohnsitz wurde aufgrund von deren jährlichen Steigerungsraten zwischen 1995 und 1999 geschätzt.

Die Ursache für den zunächst überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlust sind wahrscheinlich überwiegend der anfänglich schlechte Zustand des Wohnraumes in der KTV, der viele Bewohner zum Fortzug bewegt hat. Hinzu kommen die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen in und an den Häusern, die zu weiteren Fortzügen geführt haben. Daneben schließlich spielen auch jene Gründe eine Rolle, die für die Entwicklung der Stadt insgesamt gelten, d.h. etliche Bewohner sind in andere Regionen abgewandert oder in den suburbanen Raum der Stadt in ein Eigenheim gezogen. Die natürliche Bevölkerungsbewegung hat nur wenig Einfluß auf die Bestandsveränderungen.

Nach Blöcken ist die Entwicklung unterschiedlich verlaufen. Insbesondere im Bereich Margaretenplatz/Barnstorfer Weg und Reuter- und Budapesterstraße gibt es seit 1995 eine positive Bilanz, während in den anderen Bereichen, insbesondere im „hinteren“ Teil des Rahmenplangebietes nach wie vor eine Bevölkerungsschwund zu verzeichnen ist.

2. Veränderung der Einwohnerzahlen zwischen 1995 und 1999 nach Blöcken



Die positiven Bestandsveränderungen seit 1998 bedeuten, daß wieder mehr Personen in das Rahmengenbiet zogen als weggezogen sind. Inzwischen ist ein Großteil der Bausubstanz saniert worden und entsprechend hat sich das, zuvor durch Sanierungsarbeiten verknappte Angebot an verfügbarem, nach modernen Standards ausgestatteten Wohnraum wieder vergrößert. Dies und die aufgrund seiner Lage besondere Attraktivität des Quartiers führen zu einem vermehrten Zuzug und damit wieder zum Anwachsen der Bevölkerung.

Allerdings sind Bestandsveränderungen nur ein sehr schwacher Indikator, um eine Aufwertung des Viertels zu belegen. Die Wirkungszusammenhänge können durchaus andere sein.

Näheren Aufschluß über die Qualität der Veränderungen können erst Strukturvergleiche sowie eine Analyse der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen ergeben.

4.3.1.2 Bevölkerungsstruktur

Für die Analyse der Bevölkerungsstruktur stehen nur Angaben zum Geschlecht, Familienstand und zum Alter sowie zur Nationalität der Einwohner zur Verfügung.

Geschlecht

Das Verhältnis von Frauen und Männern ist relativ ausgeglichen, es hat sich in den letzten Jahren nicht nennenswert verändert.

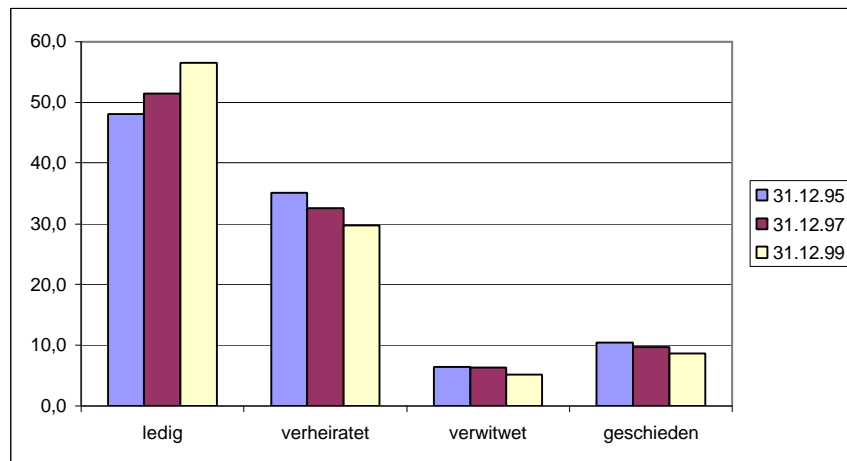
Allerdings muß erwähnt werden, daß zwischen 1995 und 1997 der Anteil der Frauen zunächst überproportional gesunken ist. 1995 machten Frauen einen Anteil von 49,3% aus, 1997 nur noch 48,4%. Zwischen 1997 und 1999 sind dann überproportional junge Frauen ins Rahmenplangebiet gezogen, so daß ihr Anteil heute wieder 49,2% beträgt.

Familienstand

Der bereits zuvor überproportional hohe Anteil von Ledigen im ist weiter gestiegen. Inzwischen ist fast jeder zweite Erwachsene im Rahmenplangebiet ledig und nur noch jeder dritte verheiratet.

Der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung hat seit 1995 um 8,4 Prozentpunkte auf 56,5% zugenommen und der Anteil der Verheirateten ist um 5,3 Prozentpunkte auf 29,8% zurückgegangen.

3. Familienstand



Läßt man die (ledigen) Kinder außer Betracht, dann fällt bei den 20 Jahre und älteren Einwohnern die Zunahme der Ledigen noch höher aus. Deren Anteil hat von 36,2% auf 48,1% zugenommen.

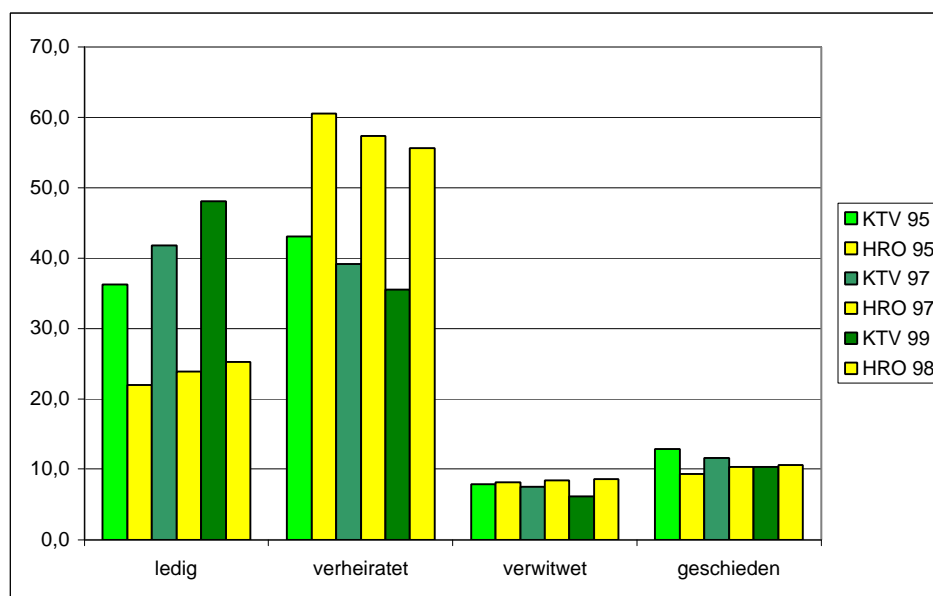
Allgemein betrachtet hat sich im Rahmenplangebiet zunächst eine ähnliche Entwicklung vollzogen, wie in der Stadt Rostock insgesamt. Die Zahl der Ledigen hat jeweils zugenommen und die Zahl der Verheirateten ist zurückgegangen. Indem sich im Rahmenplangebiet die im Prinzip gleiche Entwicklung vollzogen hat, ist es zu keiner Angleichung der Verhältnisse ge-

kommen, sondern die schon in der Sozialstudie beschriebenen Unterschiede haben sich weiter verfestigt. Der Anteil der Ledigen im Rahmenplangebiet ist im Verhältnis zur Gesamtstadt sogar überproportional gewachsen. In der Stadt insgesamt ist der Anteil der Ledigen um 8,2% gestiegen (1995 bis 1998), im Rahmenplangebiet jedoch um 29,3% (1995 bis 1999). Der Anteil der Verheirateten ist in Rostock um 13,7% und im Rahmenplangebiet um 20% gesunken.

Eine gegenläufige Entwicklung zur Stadt gibt es nur bei den Verwitweten und Geschiedenen. Während deren Anteile in Rostock leicht zugenommen haben, sind sie im Rahmenplangebiet zurückgegangen.

Bei den Verwitweten erklärt sich das aus dem etwas überproportionalen Rückgang der älteren Einwohner über 60 Jahren im Rahmenplangebiet (s.u.). Etwa 80% der Verwitweten befinden sich in dieser Altersgruppe. Es sind also mehr Verwitwete verstorben oder weggezogen als neu hinzugezogen sind.

4. Familienstand im Rahmenplangebiet und in der Stadt Rostock (in Prozent)

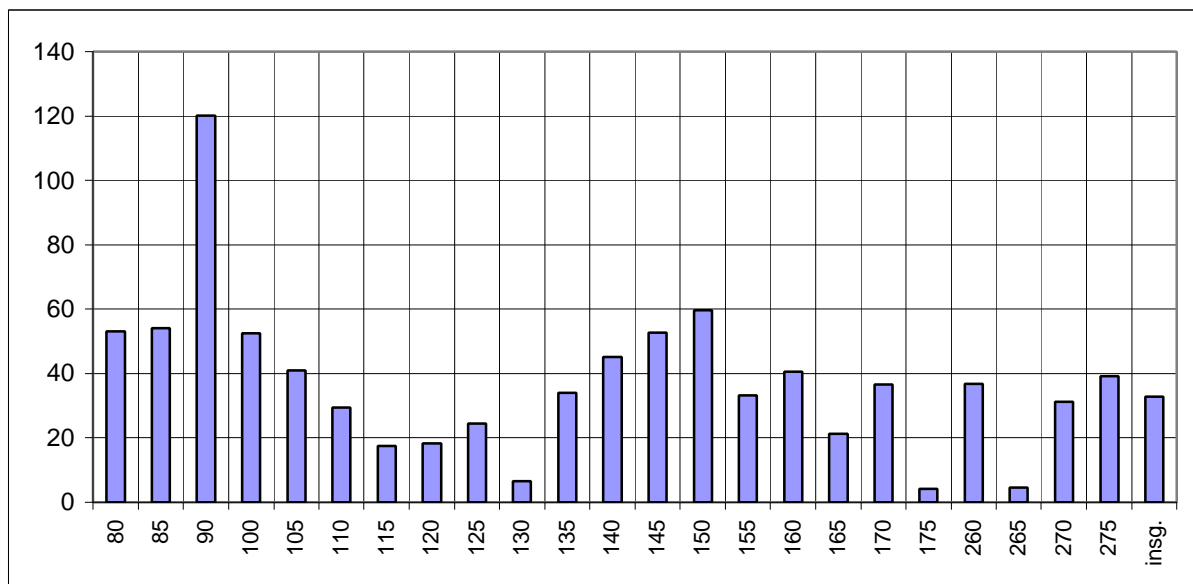


Bei den Geschiedenen ist die Erklärung nicht so offensichtlich. Hier können nur Vermutungen geäußert werden. Eine Ursache des Rückgangs dieser Gruppe könnte es sein, daß insbesondere (weibliche) Alleinerziehende (die Mehrzahl davon ist i.d.R. geschieden) aus dem Rahmenplangebiet verdrängt wurden, weil gestiegene Mieten nach einer Sanierung für sie nicht zu finanzieren waren. Alleinerziehende verfügen oft über ein geringes Haushaltseinkommen, so daß sie auf billigen Wohnraum angewiesen sind (vgl. Freigang/Gerdes/Minx 1998), der inzwischen nicht mehr, wie im früheren Umfang, im Rahmenplangebiet angeboten wird. Eine andere Ursache könnte darin liegen, daß unter den sog. ehemaligen „Problembürgern“ wahrscheinlich (männliche) Geschiedene überproportional vertreten sind. Diese meist alleinstehenden Männer mit großen Integrationsproblemen können ebenso stärker verdrängt worden sein als andere. Die Analyse der Sozialhilfe bestätigt letzteres (s.u.).

Innerhalb des Rahmenplangebietes haben sich die Veränderungen in unterschiedlicher Weise vollzogen. Gegenüber 1995 zeigt sich eine Dreiteilung: Überdurchschnittlich viele Ledige wohnen im Bereich Niklot- und Leonardstrasse, sowie im Bereich Waldemar- und Budapesterstrasse. Unterdurchschnittlich sind sie eher im Bereich westlich des Barnstorfer Weges und in der Mitte des Rahmenplangebietes vertreten.

Entsprechend spiegelbildlich hat der Anteil der Verheirateten dort überproportional abgenommen, wo der Ledigenanteil gestiegen ist. In den Blöcken 130, 135 und 175 gibt es sogar einen leichten Zunahme des Verheiratetenanteils auf Kosten der Geschiedenen und Verwitweten.

5. Veränderung des Ledigenanteils nach Blöcken zwischen 1995 und 1999 (nur 20 Jahre und älter, in Prozent)



Insgesamt haben sich schon mit Blick auf den Familienstand seit 1995 relativ starke Veränderungen in der Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung ergeben. Die Bevölkerungsstruktur hat sich noch weiter hin zu unverheirateten Personen verschoben. Noch deutlicher wird diese Verschiebung, wenn man die Veränderungen in der Altersstruktur betrachtet.

Altersstruktur

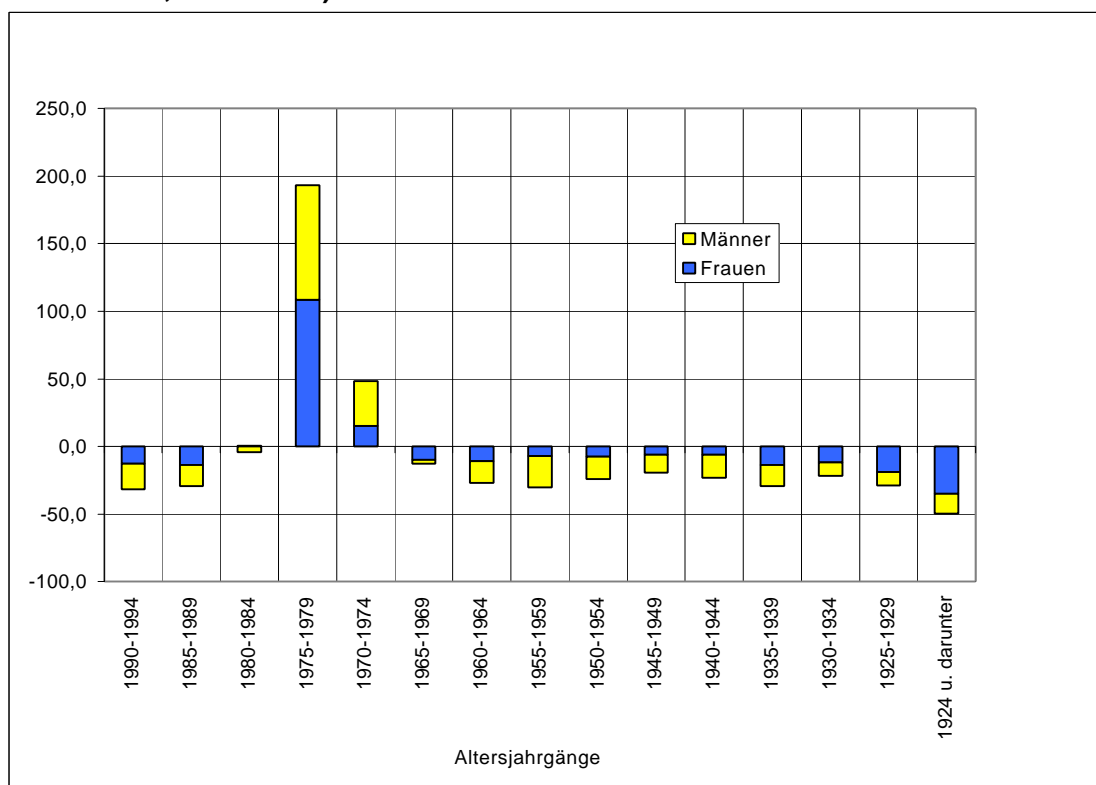
Die Bevölkerung des Rahmenplangebietes hat sich in den letzten Jahren weiter verjüngt, sie wird altersstrukturell 1999 noch stärker als schon 1995 von der Generation der 20- bis 30jährigen geprägt.

Zwischen 1995 und 1999 haben fast alle Geburtsjahrgänge, mit Ausnahme der zwischen 1970 und 1979 Geborenen, Verluste erlitten. Besonders gesunken ist die Zahl der zwischen 1985 und 1994 geborenen Einwohner (Kinder) und der zwischen 1955 und 1964 Geborenen (Elterngeneration). Während diese Bevölkerungsverluste fast ausschließlich auf Wanderungsprozesse zurückzuführen sind, spielt bei den älteren Jahrgängen auch die natürliche

Bevölkerungsbewegung eine Rolle. Mit Ausnahme der zwischen 1970 und 1979 Geborenen haben von den anderen Altersjahrgängen mehr Personen das Rahmenplangebiet verlassen oder sind verstorben, als durch Zuwanderungen oder Geburten hinzugekommen sind. Demgegenüber wohnen heute deutlich mehr Personen zwischen 20 und 30 Jahren im Rahmenplangebiet als noch 1995. Dabei hat sich die Zahl der Frauen insbesondere bei den 20- bis 25jährigen stärker erhöht als die der Männer.

Wie diese Bestandsveränderungen nach Geburtsjahrgängen zeigen, hat sich die Bevölkerung im Rahmenplangebiet weiter verjüngt. Ende 1995 betrug das ungefähre Durchschnittsalter⁷ der Einwohner 36,7 Jahre und Ende 1999 nur noch 35,4 Jahre. Dies geht ausschließlich auf den Zuwachs durch 20- bis 29jährige zurück, denn die Zahl der Kinder ist zurückgegangen und auch die älteren Jahrgänge sind geringer vertreten als 1995.

6. Bestandsveränderung nach Geburtsjahrgängen zwischen 1995 und 1999 (Männer und Frauen, in Prozent)



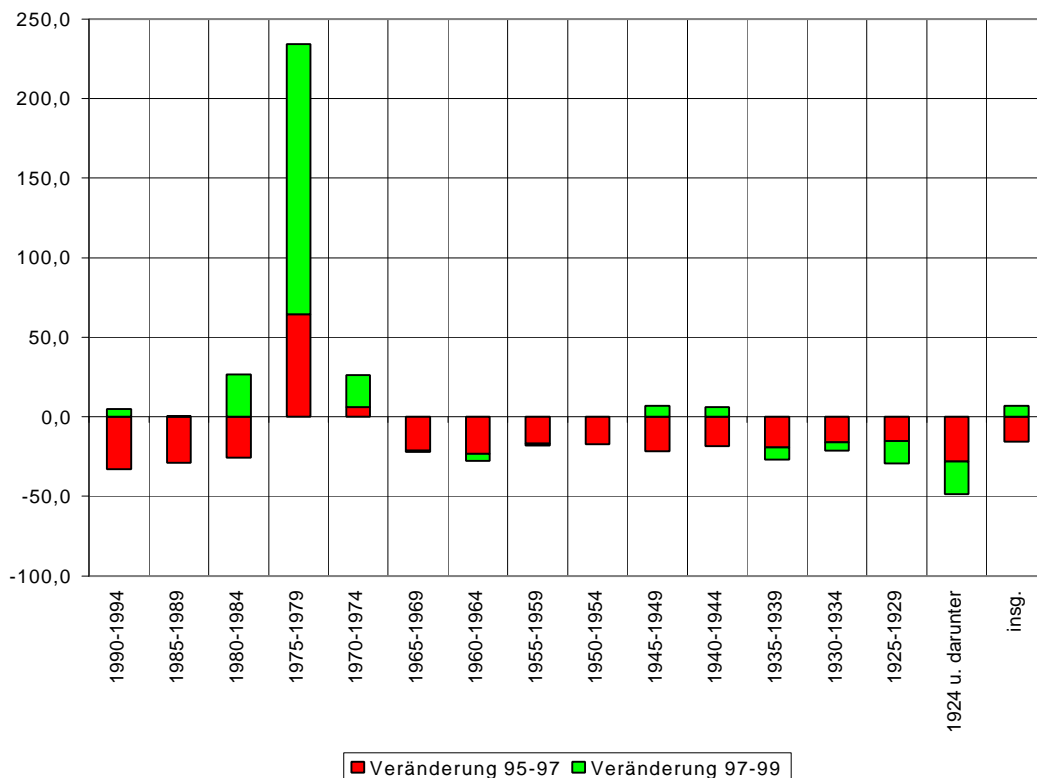
Die Entwicklung ist allerdings nicht einheitlich verlaufen. Zwischen 1995 und 1997 war der Zuwachs der 20- bis 29jährigen noch nicht ganz so groß, wie in den beiden Jahren danach und es gab in allen anderen Geburtsjahrgängen eine negative Bilanz.

Zwischen 1997 und 1999 hat es dann eine deutlich stärkere Zuwanderung insbesondere 20- bis 24jähriger gegeben und die anderen Jahrgänge hatten nur geringe oder gar keine Verluste mehr. Bei den zwischen 1980 und 1984 Geborenen (15- bis 19jährige), den 1940 bis

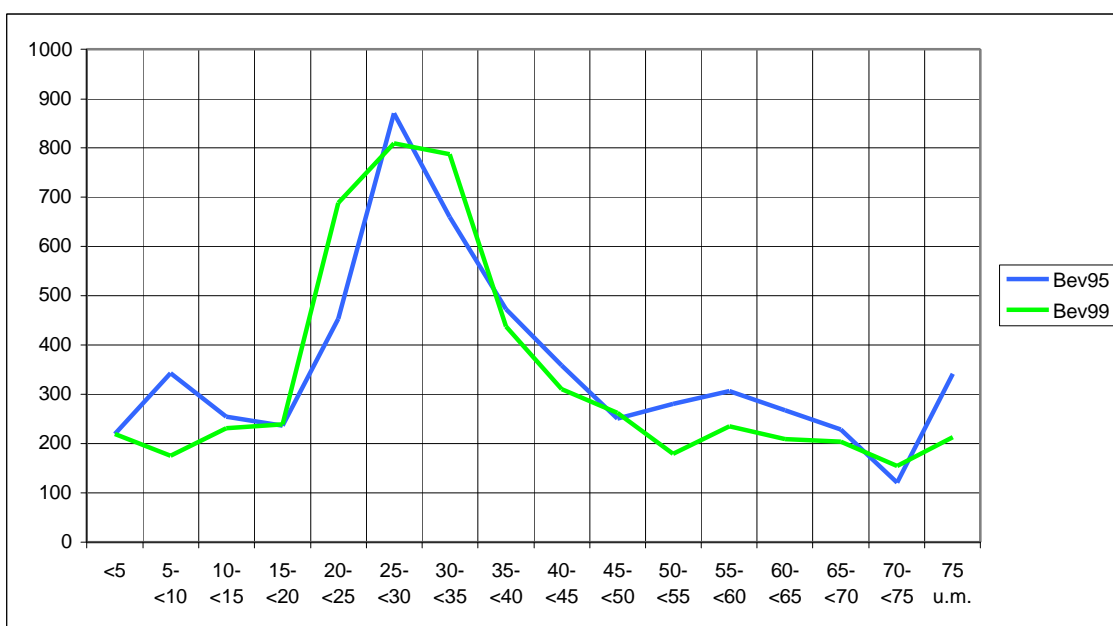
⁷ Das "Durchschnittsalter" wurde über die Mittelwerte der Alterskategorien ermittelt, stellt also nicht das wahre Durchschnittsalter dar, sondern nur einen Annäherungswert, weil eine Gleichverteilung in den Kategorien unterstellt wird.

1949 Geborenen (50- bis 59jährigen) sowie den 5- bis 9jährigen gab es in dieser Zeit sogar wieder leichte Zuwächse. In der Bilanz ergibt sich daraus wieder ein Bevölkerungszuwachs seit Ende 1997.

7. Bestandsveränderungen nach Geburtsjahrgängen zwischen 1995 und 1997 sowie zwischen 1997 und 1999 (in Prozent)



8. Altersstruktur 1995 und 1999 (absolute Werte)



Durch den Zuwachs der 20- bis 29jährigen hat sich die Dominanz dieser Altersgruppe im Rahmenplangebiet weiter verstärkt. Das Rahmenplangebiet bleibt offensichtlich ein „junges Viertel“ mit wenig Kindern und vielen Heranwachsenden. Anzumerken ist allerdings, daß die Verjüngung zwar nur geringfügig, aber mit steigender Tendenz durch eine zunehmende Anzahl von Kindern unter 7 Jahren bzw. durch eine steigende Zahl von Geburten beeinflusst wird. Die Zahl der Kinder unter 7 Jahren ist 1999 wieder genauso hoch wie schon 1995. Stark abgenommen hat dagegen die Zahl der Kinder zwischen 7 und 15 Jahren.

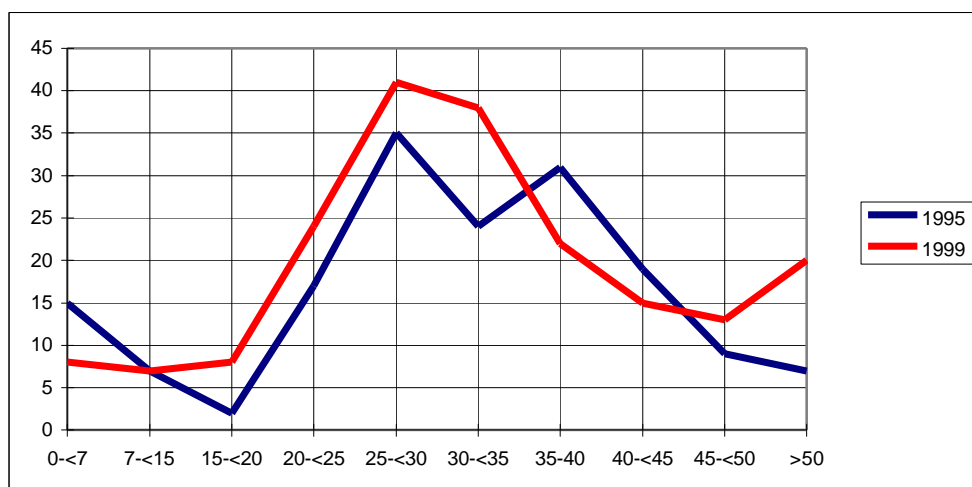
Nach Wohnblöcken hat sich die Entwicklung der Altersstruktur unterschiedlich vollzogen. Einige schon 1995 „junge“ Blöcke haben sich noch weiter „verjüngt“ In anderen Blöcken, in denen 1995 eine etwas ältere Bevölkerung lebte, hat es einen Wandel hin zu Jüngeren gegeben. In einigen Blöcken schließlich hat es auch eine Zunahme des Altersdurchschnitts gegeben und zwar hauptsächlich dort, wo schon 1995 ein überdurchschnittliches mittleres Alter zu verzeichnen war. Insbesondere das Gebiet zwischen Barnstorfer Weg, Wismarscher Strasse und Margaretenstrasse hat sich weiter zu einem Quartier mit einem relativ großen Anteil an älterer Bevölkerung entwickelt. Hier leben offensichtlich viele Alteingesessene und es hat eine leichte Zunahme an über 70jährigen gegeben. Abweichend davon ist im Block 130 das geringe Durchschnittsalter etwas angestiegen. Verantwortlich dafür ist wahrscheinlich der Fortzug von Familien mit Kindern und ein Zuwachs von 25- bis 29jährigen.

Ausländeranteil

Die Zahl der im Rahmenplangebiet wohnhaften Ausländer ist zwischen Ende 1995 und Ende 1999 von 166 auf 196 Personen gestiegen. Der Ausländeranteil stieg dabei von 2,9% auf 3,7%.

Hinsichtlich der Altersstruktur dominieren unter den Ausländern die 25- bis unter 35jährigen. Abgenommen hat die Zahl der 35- bis unter 45jährigen.

9. Altersstruktur der Ausländer 1995 und 1999



Verändert hat sich insbesondere die Struktur der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit. 1995 kamen die Ausländer aus 28 verschiedenen Nationen, unter ihnen do-

minierten mit 62% die Vietnamesen. Sowohl relativ als auch absolut hat der Anteil der Vietnamesen sich auf 21,4% reduziert, mehr als die Hälfte sind aus dem Viertel weggezogen. Dafür ist heute die Bandbreite der Nationalitäten erheblich breiter, die Statistik zählt Ende 1999 59 Nationalitäten. Die Vietnamesen stellen immer noch die größte Einzelgruppe, mit Abstand folgen Einwohner russischer Nationalität mit einem Anteil von 5,6%. Alle anderen Nationalitäten machen jeweils weniger als 5% Anteil aus.

4.3.1.3 Bevölkerungsbewegung

Die beobachteten Bestandsveränderungen sind die Folge von Wanderungen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Rahmenplangebiet. Dabei tragen die Wanderungen über die Stadtgrenze und insbesondere Wanderungen innerhalb der Hansestadt die Hauptverantwortung für die Strukturveränderungen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Die natürliche Bevölkerungsbewegung hat nur geringen Einfluß auf die Bestands- und Strukturveränderungen im Rahmenplangebiet. Zu beobachten ist allerdings eine positive Entwicklung, der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist seit 1998 positiv. Außerdem ist die Fruchtbarkeitsziffer im Rahmenplangebiet inzwischen höher als in der Stadt insgesamt und die ehemals überproportionale Sterberate im Rahmenplangebiet ist unter den gesamtstädtischen Durchschnitt gesunken.

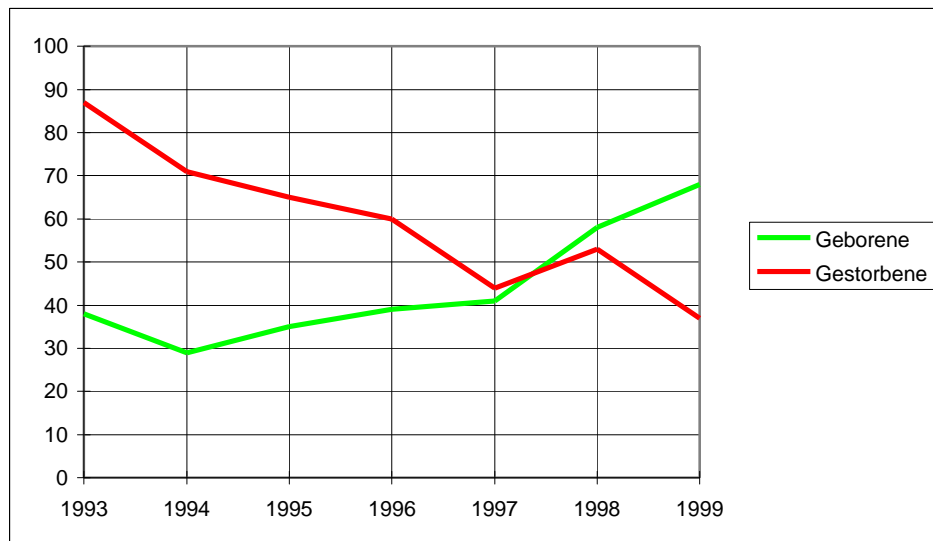
In den Jahren 1995 bis 1999 sind im Rahmenplangebiet 241 Kinder geboren worden und starben 245 Personen. In diesem Gesamtzeitraum liegt damit der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung bei -5 (-2%). Im Zeitraum zwischen 1993 und 1999 liegt der Saldo sogar bei -95 (-30%).

Während 1993 bis 1997 ein negativer Saldo zu verzeichnen war, ist er 1998 und 1999 positiv. Die Ursache dafür ist sowohl, daß seit 1998 wieder mehr Kinder im Rahmenplangebiet geboren werden als Personen sterben, als auch, daß die Anzahl der Sterbefälle erheblich zurückgegangen ist. Letzteres geht zum einen darauf zurück, daß die Sterberate der unter 60jährigen sich von 0,69% auf 0,18% verringert hat, während die der über 60jährigen bei um die 4% relativ konstant geblieben ist. Zum anderen ist die Zahl der über 60jährigen um 18% zurückgegangen, so daß es bei einer gleichbleibenden Sterberate der Älteren weniger Sterbefälle gibt.

Der Rückgang der Sterberate bei den unter 60jährigen könnte als ein Indiz dafür gewertet werden, daß entweder die in dieser Gruppe gesundheitlich Gefährdeten (sog. „Problembürger“, Alkoholiker) nicht mehr im Rahmenplangebiet wohnen oder daß deren Lebensbedingungen sich soweit verbessert haben, daß Sterbefälle seltener vorkommen. Wahrscheinlich sind beide Vermutungen zutreffend. Aufgrund der Datenschutzbestimmungen liegen keine genauen Daten über die Sterbefälle von Männern und Frauen nach Alter vor (Fallzahlen von

weniger als drei sind nur gepunktet). Für 1993 und 1994 jedoch wird erkennbar, daß besonders bei den Männern ein relativ hoher Anteil von unter 60jährigen zu verzeichnen war.

10. Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Rahmenplangebiet 1993 bis 1999 (absolute Werte)



Die steigende Zahl der Geburten kann als ein Indiz für die im Sozialbericht geäußerte These, daß das Rahmenplangebiet den Charakter eines Familiengründungsviertels hat, gewertet werden. Allerdings nicht nur in der Form, daß hier zunächst Ehepaare zusammenfinden, sondern daß hier offensichtlich zunehmend mehr Paare zusammenfinden und vielfach uneheliche Kinder geboren werden. Von den 1999 geborenen Kindern beziehen immerhin 18% Sozialhilfe im Rahmen eines Alleinerziehendenhaushalts (s.u.). Wie groß der Anteil der Alleinerziehenden insgesamt ist, läßt sich allerdings nicht ermitteln.

Im Verhältnis zur Hansestadt insgesamt ist die ehemals überdurchschnittliche Sterberate im Rahmenplangebiet von 11,5‰ im Jahre 1993 (Rostock = 9,3‰) auf 6,9‰ gesunken (Rostock = 9,1‰). Die schon zuvor etwas höhere Geburtenrate hat sich hingegen verdoppelt von 6,2‰ im Jahre 1995 (Rostock = 5,1‰) auf 12,7‰ 1999 (Rostock = 6,8‰). Die höhere Geburtenrate geht nicht nur darauf zurück, daß im Rahmenplangebiet in der Relation zur Gesamtbevölkerung mehr Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) leben als in anderen Stadtteilen, sondern auch darauf, daß die Fruchtbarkeitsziffer, d.h. die Zahl der Geburten im Jahr pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter höher ist als in der Stadt insgesamt. Die Fruchtbarkeitsziffer lag 1999 in Rahmenplangebiet bei 44,9‰, in der Stadt insgesamt hingegen bei etwa 34‰⁸. Der Grund dafür wiederum ist der hohe Anteil der 20- bis unter 30jährigen und der geringere Anteil der 15- bis unter 20jährigen.

⁸ Der Grund dafür ist nicht, wie man angesichts der Altersstruktur und dem allgemein gestiegenen Alter für Erstgeburten annehmen könnte, der im Verhältnis zu anderen Stadtteilen höhere Anteil der 20- bis unter 30jährigen und der geringere Anteil der 15- bis unter 20jährigen im Rahmenplangebiet, sondern auch bei den 20- bis unter 45jährigen Frauen ist die Quote mit 49‰ höher als im städtischen Durchschnitt mit etwa 40‰.

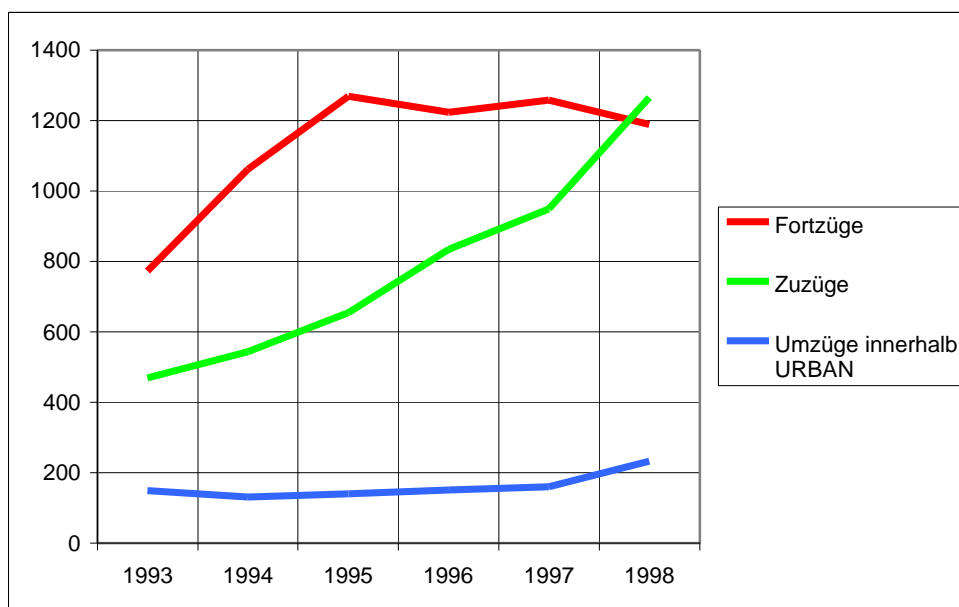
Räumliche Bevölkerungsbewegung

Die Strukturveränderungen im Rahmenplangebiet gehen hauptsächlich auf Wanderungsbewegungen der Stadtteilbevölkerung zurück. Die Fluktuation im Rahmenplangebiet, d.h. die zusammengenommene Zahl der Zu- und Wegzüge in Relation zur ansässigen Bevölkerung ist die höchste in ganz Rostock. Das Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegung ist seit 1998 wieder positiv. Den Hauptanteil daran haben Zuwanderungen von außerhalb der Hansestadt. Das Wanderungsgeschehen im Rahmenplangebiet wird durch die hoch mobile Altersgruppe der 20- bis 30jährigen geprägt.

Zwischen Anfang 1993 und Ende 1998 sind 7.739 Personen aus ihrer bisherigen Wohnung im Rahmenplangebiet ausgezogen. 967 davon haben eine neue Wohnung im Rahmenplangebiet bezogen (Binnenwanderung im Rahmenplangebiet), 1.973 davon sind in einen Ort außerhalb Rostocks verzogen (Abwanderung) und 4.799 sind in einen anderen Stadtteil Rostocks verzogen bzw. in einen anderen Teil der KTV außerhalb des Rahmenplangebietes (innerstädtische (Umzugs-)Wanderung).

Abgesehen von den 967 Personen, die innerhalb des Rahmenplangebietes umgezogen sind, stehen dem Fortzug von 6.772 Personen aus dem Rahmenplangebiet 4.716 Zuzüge gegenüber. Davon kamen 1.716 Personen aus einem anderen Ort jenseits der Stadtgrenzen und 2.955 aus anderen Stadtteilen der Hansestadt bzw. aus anderen Teilen der KTV.

11. Entwicklung der Wegzüge, Zuzüge und Umzüge innerhalb des Rahmenplangebietes 1993 bis 1998 (absolute Werte)



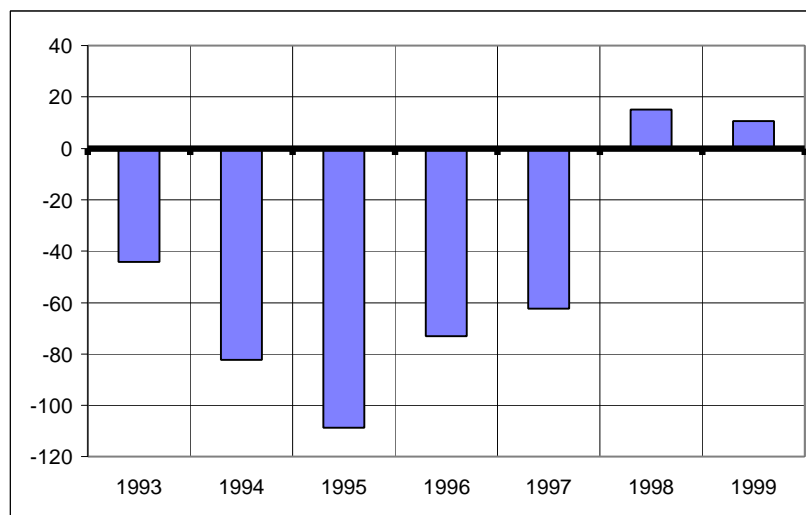
Seit Anfang 1993 sind insgesamt 13.422 Aus- und Einzüge (Gesamtfluktuation) im Rahmenplangebiet registriert worden⁹. Die Gesamtfluktuation hat seit 1993 stetig zugenommen.

⁹ Die Binnenwanderung im Rahmenplangebiet wird dabei jeweils als Auszug aus und als Einzug in eine Wohnung gezählt. Nicht gezählt sind die zusätzlichen Wohnungswechsel innerhalb eines Hauses, die, weil sie keinen Adressenwechsel darstellen, von der Statistik nicht gezählt werden.

Wurden 1993 noch 1.539 Ein- und Auszüge gezählt, so waren es 1998 mit 2.920 fast doppelt so viele. Die Gesamtflyktuationsrate, d.h. alle registrierten Bewegungen bezogen auf die Bevölkerung am Ende des jeweiligen Jahres betrug 1993 nur 22,4% und steigerte sich bis 1998 auf 58,2%.

Dabei haben sich Zuzugs- und Wegzugsbewegungen allerdings unterschiedlich entwickelt. Zwischen 1993 und 1995 haben die Wegzüge stark zugenommen und Schere zwischen Weg- und Zuzügen hat sich immer weiter geöffnet. Die Zahl der Wegzüge pro Jahr verharrt seit 1995 auf hohem Niveau. Gleichzeitig ist aber ein steiler Anstieg der Zuzüge zu verzeichnen, so daß die Schere sich wieder geschlossen hat und 1998 erstmals ein positives Wanderungssaldo erreicht wurde. Auch 1999 ergibt sich ein positives Saldo, was man aus der Steigerung der Einwohnerzahl errechnen kann.

12. Wanderungssaldo pro 1000 Einwohner 1993 bis 1999 (in Promille)



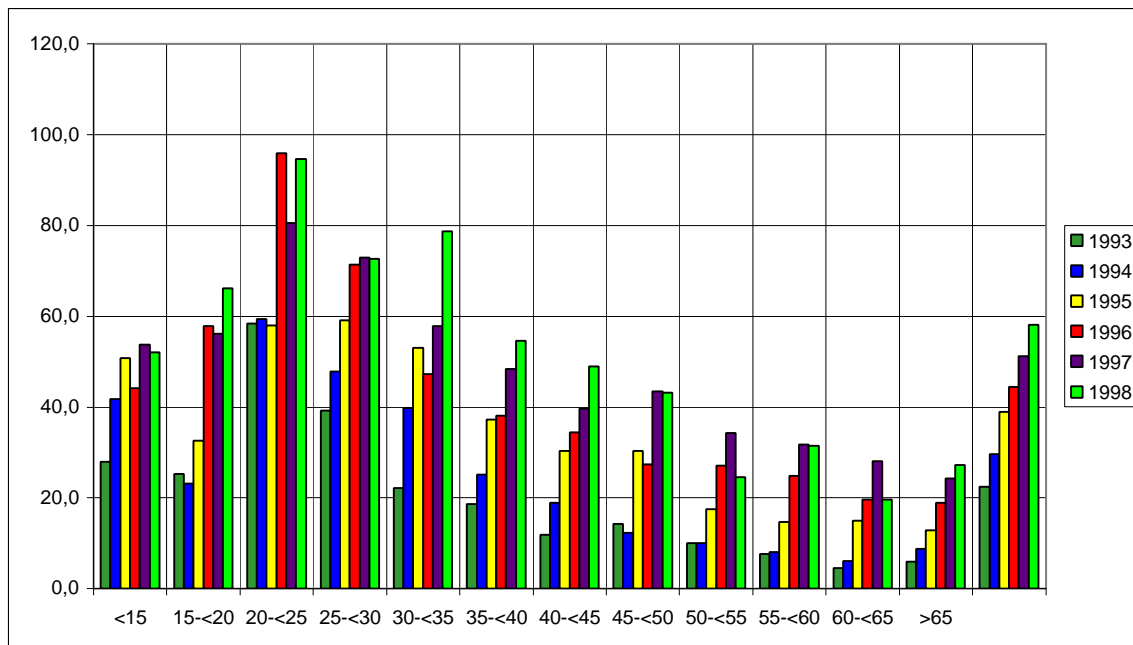
Der Höhepunkt der negativen Entwicklung war 1995, als der Bevölkerungsverlust -108 Personen pro 1.000 Einwohner erreichte. Inzwischen liegt der Wanderungssaldo wieder bei +10,6 pro 1.000 Einwohner.

Zwar können Aussagen über den Umfang der Wanderungen gemacht werden, nicht jedoch über die Qualität, d.h. welche sozialen Gruppen (wohin) wandern. Nur über die Wanderung nach Altersgruppen läßt sich etwas aussagen. Danach sind die mobilsten Altersgruppen die 20- bis unter 35jährigen, ihre Gesamtflyktuationsquote liegt deutlich über dem Durchschnitt. Sie machen unter den Zuzügen etwa zwei Drittel aus und unter den Wegzügen knapp die Hälfte. Mit zunehmendem Alter sinkt die Umzugshäufigkeit, mit jedem Jahr nimmt der Anteil der Älteren aber tendenziell zu.

In absoluten Zahlen ausgedrückt sind bei einem mittleren Bestand von 1.314 Personen in der Altersgruppe der 20- bis unter 30jährigen pro Jahr durchschnittlich etwa 410 Personen aus ihrer Wohnung im Rahmenplangebiet ausgezogen und sind im Mittel 440 Personen in

eine Wohnung neu eingezogen. Bei den über 55jährigen hingegen sind es bei einem mittleren Bestand von 1.215 Personen nur durchschnittlich 141 Wegzüge und 59 Zuzüge pro Jahr.

13. Gesamtfluktuationsquoten nach Altersgruppen 1993 bis 1998 (pro 100 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe)

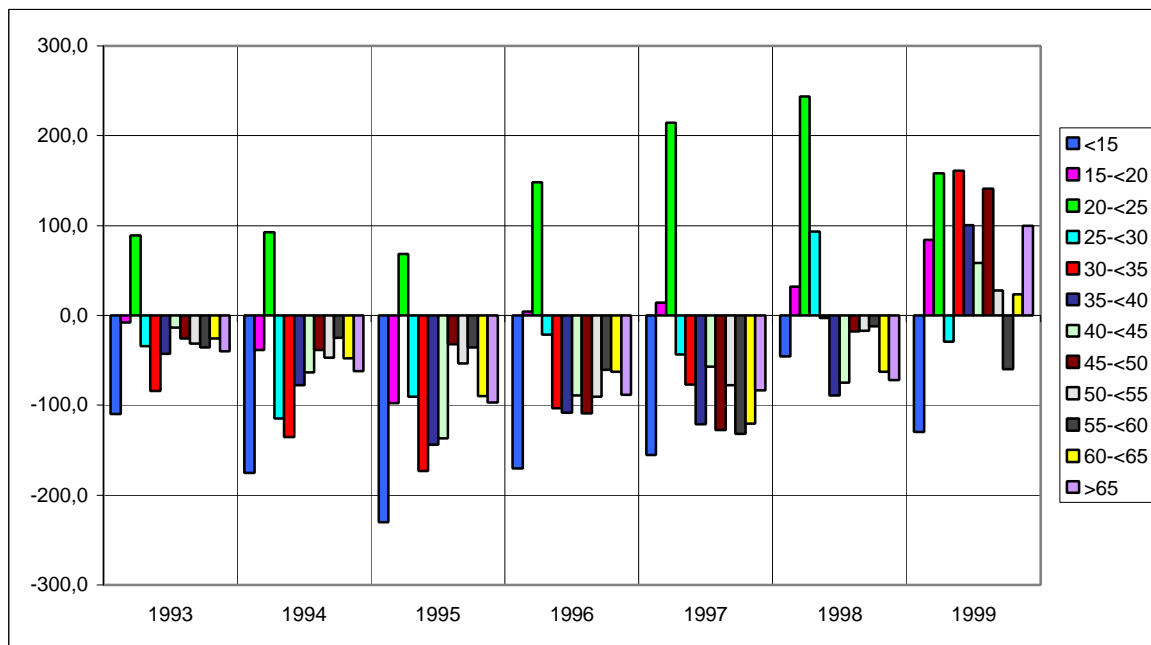


Bekanntlich wandern allgemein jüngere Personen häufiger als ältere. Im Rahmenplangebiet ist entsprechend aufgrund des Übergewichts von 20- bis unter 30jährigen in der Bevölkerung die Fluktuation zwangsläufig höher als in anderen Stadtgebieten mit ausgeglichenerer Altersstruktur. Allerdings ist es wahrscheinlich, daß auch in dieser Altersgruppe die Fluktuation im Rahmenplangebiet noch über der in der Gesamtstadt liegt, denn hier konzentrieren sich offensichtlich, wie in der Sozialstudie festgestellt, Single-Haushalte von Heranwachsenden, die überwiegend in der Ausbildung sind und von denen angenommen werden kann, daß sie häufiger umziehen als andere junge Leute, die bereits eine Familie gegründet haben bzw. noch im Elternhaus leben. Leider gibt es keine Angaben auf der Ebene der Gesamtstadt über die Altersstruktur bei der Wanderung. Nur für Groß Klein liegen vergleichbare Daten vor, die aber nur die 15- unter 25jährigen erfassen. Dort betrug 1998 die Gesamtfluktuationsrate in dieser Altersgruppe nur 49,2% gegenüber 86,9% im Rahmenplangebiet.

Ein durchgehend positives Wanderungssaldo nach Altersgruppen unterschieden hatten in der Zeit zwischen 1993 und 1998 lediglich die 20- bis unter 25jährigen. Pro 1.000 Einwohner dieser Altersgruppe betrug die Quote des Wanderungssaldos 1993 nur +88,3‰. Bis 1998 hat sich die Quote fast verdreifacht auf +243,1‰. Für 1999 deutet sich aufgrund der Bestandsveränderungen allerdings ein Rückgang auf +158,2‰ an. Positive Wanderungssalden weisen sonst nur noch die 15- bis unter 20jährigen seit 1996 und die 25- bis unter 30jährigen im Jahr 1998 auf. Erst für 1999 deutet sich auch für andere Altersgruppen ein positiver Saldo an. Allerdings fehlen die genauen Wanderungsdaten für dieses Jahr und man kann nur anhand der Bestandsveränderungen und der Zahl der Geburten und Sterbefälle eine ungefähre

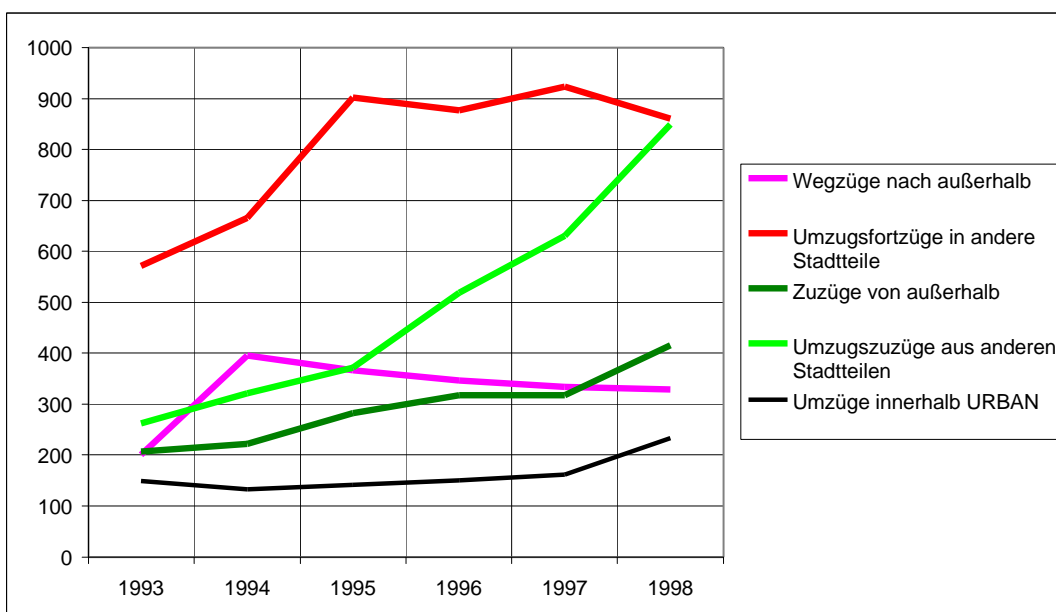
Berechnung anstellen. Danach erreichen auch die 30- bis unter 55jährigen ein positives Saldo sowie die über 60jährigen. Der höchste Zuwachs ergibt sich in diesen Gruppen bei den 30- bis unter 35jährigen und den 45- bis unter 50jährigen (+161,4‰ bzw. +141,2‰).

14. Wanderungssalden pro 1.000 Einwohner nach Altersgruppen (in Promille)



Die fast durchgängig höchsten Wanderungsverluste pro 1.000 Einwohner finden sich bei den unter 15jährigen (1999 noch -129,2‰). Schon bei den Bestandsveränderungen zeigt sich hier ein überdurchschnittlicher Rückgang. Daß dieser Rückgang nicht noch gravierender ausfällt, ist allein der zunehmenden Zahl von Geburten geschuldet, die in dieser Altersgruppe zumindest einen Teil der Wanderungsverluste auffangen.

15. Zu- und Wegzüge im Rahmenplangebiet 1993 bis 1998 (absolute Werte)



Binnenwanderung im Rahmenplangebiet

Von allen registrierten Wanderungsbewegungen finden 14,4% innerhalb des Rahmenplangebietes statt. Jährlich wechseln dort etwa 150 Personen ihre Wohnung. Diese Binnenwanderung macht im Zeitraum 1993 bis 1998 22,8% aller Zuzüge in und 12,9% aller Auszüge aus einer Wohnung aus. Ihr Umfang ist seit 1993 relativ stabil, die Bruttobinnenwanderungsquote beträgt um die 5%, 1998 allerdings ist sie auf 9,3% angestiegen und liegt damit etwas über der Bruttobinnenwanderungsrate in den Rostocker Stadtteilen insgesamt mit 7,4%.

Wie das Wanderungsgeschehen insgesamt, so wird auch die Binnenwanderung vor allem durch die Altersgruppe der 20- bis unter 35jährigen bestimmt. Ihr Anteil an der Binnenwanderung beträgt fast die Hälfte (49,4%), ihr Anteil an der Bevölkerung hingegen nur 41% (1998).

Wanderungen über die Stadtgrenzen

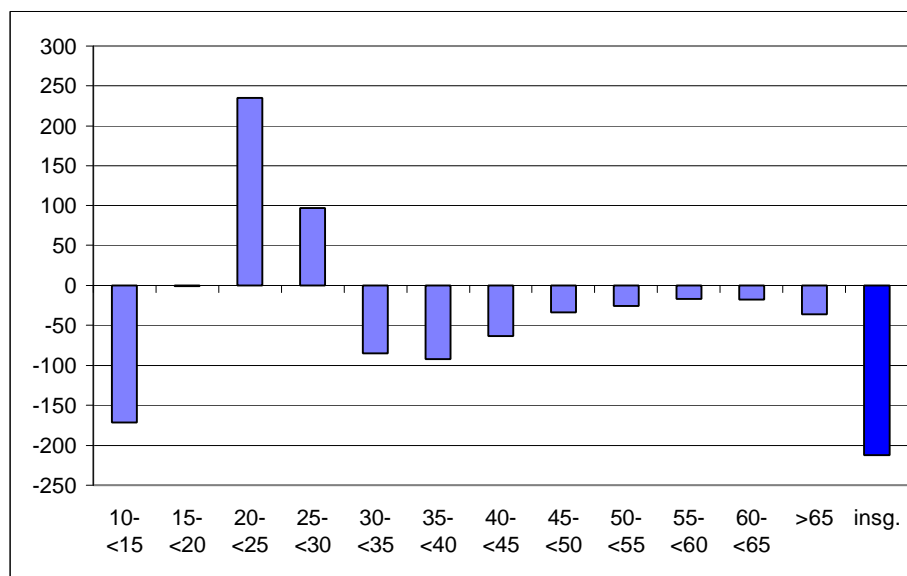
Die Wanderungen über die Stadtgrenze machen 27,8% aller Wanderungsbewegungen aus. Zwischen 1993 und 1997 gab es mehr Weg- als Zuzüge. 1998 und wahrscheinlich auch 1999 ist hingegen die Wanderungsbilanz mit Gebieten außerhalb der Stadt Rostock positiv.

Im Jahre 1994 ist die Abwanderung nach außen stark angestiegen. Danach ist sie dann leicht, aber kontinuierlich zurückgegangen. Die Zuwanderung hingegen ist stetig angestiegen, inzwischen wandern pro Jahr wieder mehr Personen zu als beim Höhepunkt der Entwicklung 1994 abgewandert sind.

Die Wegzugsrate (Wegzüge pro 1.000 Einwohner) ist von 29,3‰ im Jahre 1993 auf 65,6‰ im Jahre 1998 angestiegen. Zwischen 1995 (64,8‰) und 1998 hat sie sich dabei kaum noch verändert. Die Zuzugsrate ist von 30,1‰ auf 82,7‰ gestiegen, allein zwischen 1997 und 1998 stieg sie um 18 Promillepunkte. In der Hansestadt betrug die Wegzugsrate 1998 etwa 65‰ und die Zuzugsrate 35‰.

Die höchsten Zuzugs-, wie auch die höchsten Wegzugsraten haben wiederum die 20- bis unter 35jährigen, wobei die Zuzugsraten jeweils höher sind als die Wegzugsraten. Im gesamten Zeitraum von 1993 bis 1998 ist das Saldo der Außenwanderung nur bei den 20- bis unter 30jährigen positiv. Bei allen anderen Altersgruppen ist es negativ. Angesichts der Altersverteilung sind per Saldo aus dem Rahmenplangebiet offensichtlich mehr Familien mit Kindern abgewandert als zugewandert. Dafür spricht ein negativer Saldo bei den Kindern unter 15 Jahren und bei den 30- bis unter 40jährigen, die als deren Elterngeneration gelten können. Möglicherweise handelt es sich hier teilweise um typische Abwanderungen von Familien in ein Eigenheim an Stadtrand. Ersetzt wurden die Familien durch Heranwachsende, Studenten, Auszubildende und erwerbstätige Singles von außerhalb des Stadtgebietes. Über die Herkunft der Zugezogenen und das Zielgebiet der Fortgezogenen liegen keine Angaben vor.

16. Wanderungssaldo über die Stadtgrenzen im Zeitraum von 1993 bis 1998



Innerstädtische Wanderungen

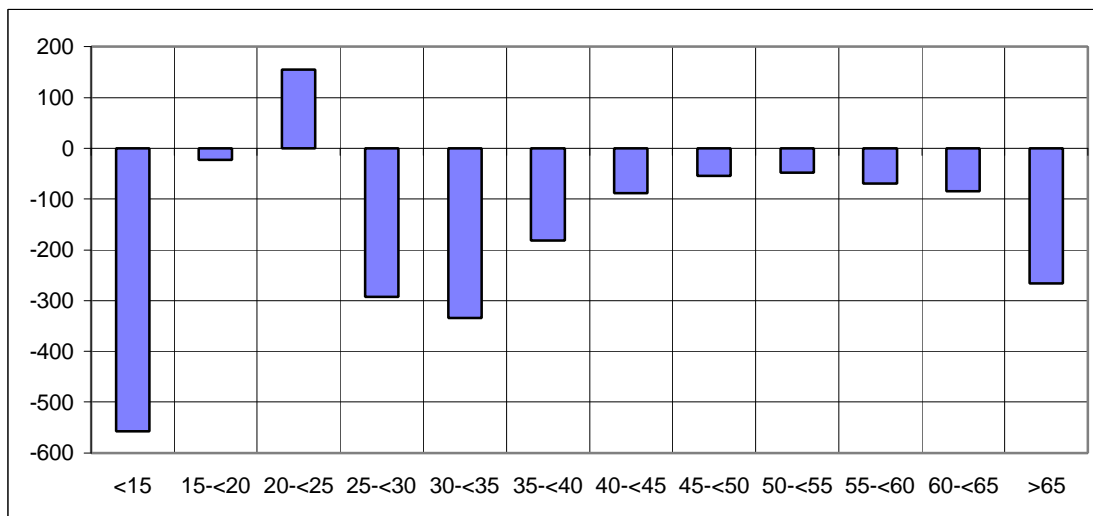
Die Fort- und Zuzüge in und aus anderen Stadtteilen machen 57,8% aller Wanderungsbewegungen im Zeitraum von 1993 bis 1998 aus. Während die Zahl der Zuzüge und entsprechend die Zuzugsquote kontinuierlich gewachsen sind, ist die Zahl der Wegzüge im Jahr 1995 sprunghaft angestiegen und bewegt sich seitdem auf einem Niveau von etwa 900 Wegzügen pro Jahr. 1998 ist ein leichter Rückgang der Abwanderung in andere Stadtteile zu verzeichnen. Das Rahmenplangebiet hat insgesamt mehr Einwohner an andere Stadtteile verloren als durch Wanderungen über die Stadtgrenzen.

Die Wegzugsrate ist von 1993 mit 83,1‰ auf 171,3‰ 1998 gestiegen, die Zuzugsquote von 38,1‰ auf 169,4‰. Beide Quoten haben sich inzwischen also stark angenähert, 1999 übertrifft der Zuzug möglicherweise auch hier den Wegzug. Bis 1998 allerdings blieb der Wanderungssaldo mit anderen Stadtteilen negativ. Dies bedeutet, daß der Bevölkerungszuwachs 1998 ausschließlich auf Zuwanderungen über die Stadtgrenzen zurückzuführen ist, was angesichts der Vielzahl von Studenten, die sich in der Altersgruppe der 20- bis unter 30jährigen befinden, erklärlich ist.

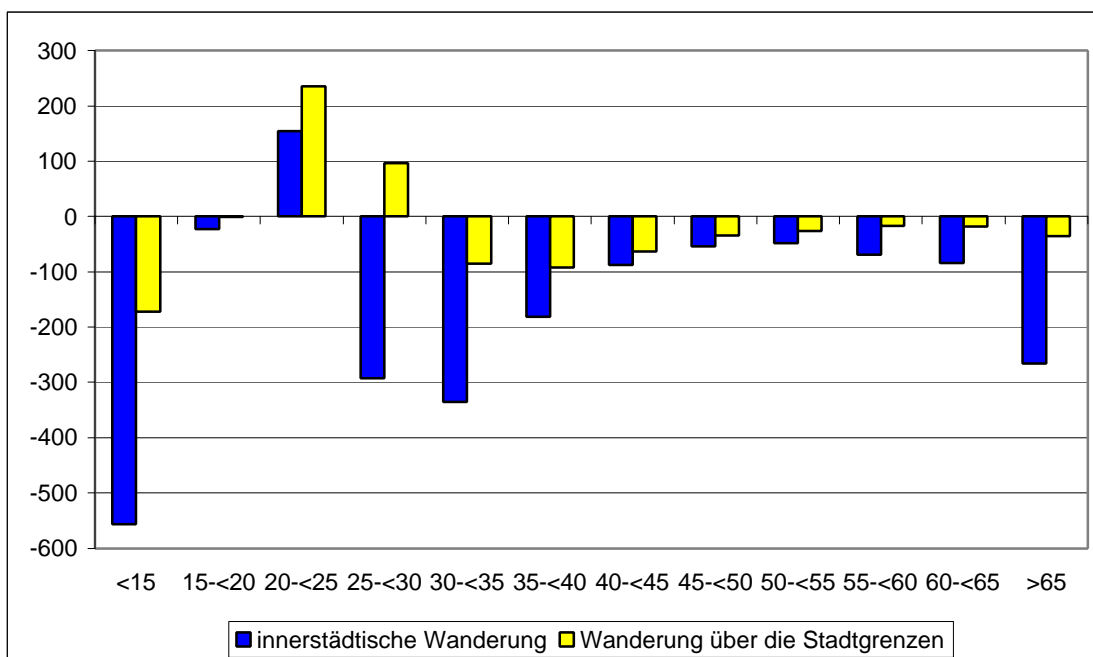
Auch bei der innerstädtischen Wanderung zeigen sich wieder sehr hohe Verluste bei den Kindern unter 15 Jahren und deren Elterngeneration ab 30 Jahren. Negativ ist der Saldo allerdings auch bei den 25- unter 30jährigen.

Im Vergleich der innerstädtischen zur Außenwanderung zeigt sich nicht nur, daß ganz offensichtlich sehr viele Familien mit Kindern (inkl. Alleinerziehende) in andere Stadtteile gezogen sind und weniger ins Umland, sondern auch, daß weniger 25- bis unter 30jährige und auch deutlich weniger über 65jährige in das Rahmengenbiet zu- als weggezogen sind.

17. Wanderungssalden nach Altersgruppen der innerstädtischen Wanderung im Zeitraum 1993 bis 1998



18. Vergleich der Wanderungssalden zwischen innerstädtischer und Außenwanderung im Zeitraum zwischen 1993 und 1998 (absolute Werte)

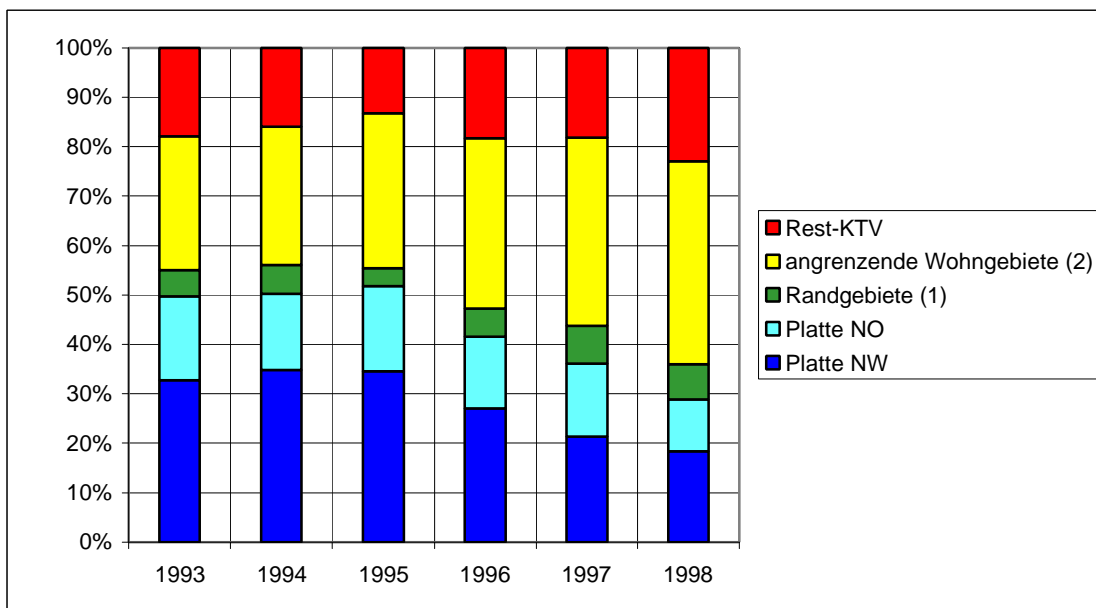


Gleichwohl wird das innerstädtische Wanderungsgeschehen auch wieder deutlich von der Altersgruppe der 20- bis unter 35jährigen dominiert. Dies gilt insbesondere für die Zuzüge, von denen 57,8% aus dieser Altersgruppe stammen. Bei den Wegzügen ist der Einfluß geringer, hier liegt der Anteil bei 45,4%. Dies erklärt sich hauptsächlich aus der Tatsache, daß dreimal soviel Kinder fort- als zugezogen sind und daß 349 über 65jährige fort- und nur 83 zugezogen sind.

Aus diesen Daten wird ersichtlich, daß ein wesentlicher Teil der ursprünglichen Quartiersbevölkerung aus Familien und Senioren aus dem Rahmenplangebiet weggezogen ist und dieser Verlust keinen Ausgleich durch entsprechend strukturierte Zuzüge gefunden hat.

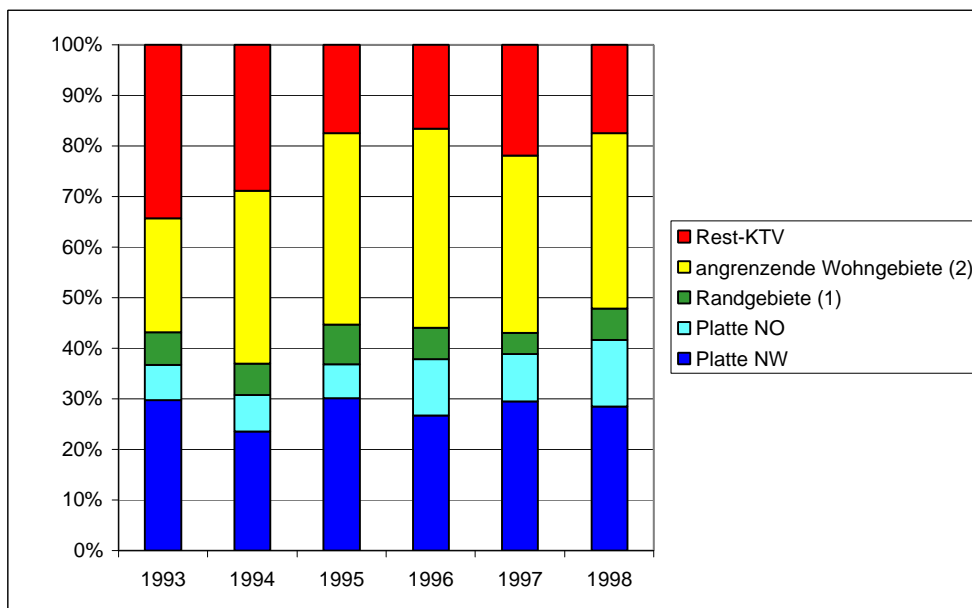
Im Gegensatz zur Außenwanderung können bei der innerstädtischen Wanderung auch Aussagen zu Ziel und Quelle gemacht werden.

19. Wegzüge in andere Stadtteile (ohne Umzüge innerhalb des Rahmenplangebietes) 1993 - 1998



- 1) Randgebiete = Warnemünde, Rostock Heide, Gartenstadt, Biestow, Brinckmansdorf, Dierkow Ost und West, Gehlsdorf, Rostock Ost
- 2) angrenzende Stadtteile = Reutershagen, Hansviertel, Südstadt und Stadtmitte

20. Zuzüge aus anderen Stadtteilen (ohne Umzüge innerhalb des Rahmenplangebietes) 1993 bis 1998

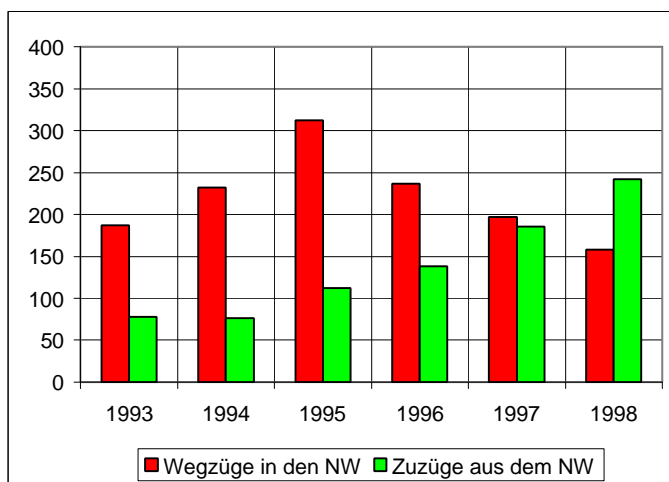


- 1) Randgebiete = Warnemünde, Rostock Heide, Gartenstadt, Biestow, Brinckmansdorf, Dierkow Ost und West, Gehlsdorf, Rostock Ost
- 2) angrenzende Stadtteile = Reutershagen, Hansviertel, Südstadt und Stadtmitte

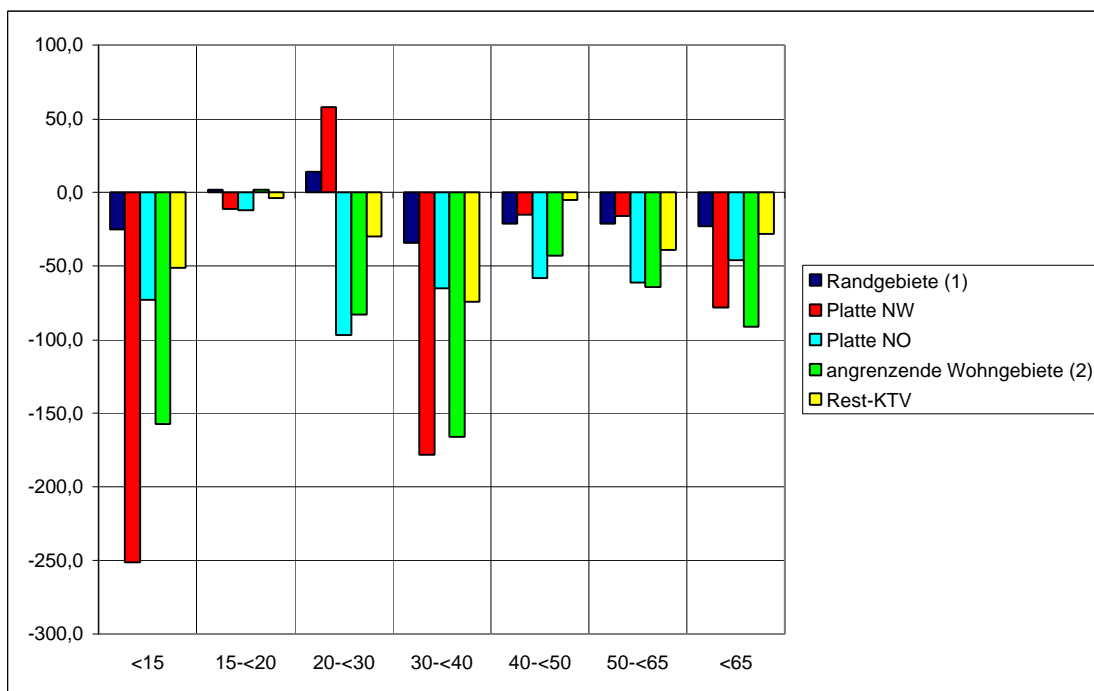
Im gesamten Zeitraum von 1993 bis 1998 führten etwa die Hälfte aller Wegzüge entweder in den restlichen Teil der KTV bzw. in angrenzende Stadtteile (51,8%) oder in die Plattenbaugebiete (42,3%). Die anderen Gebiete der Stadt spielen nur eine untergeordnete Rolle. Bis 1995 führten noch gut die Hälfte der Fortzüge in den Nordwesten oder Nordosten der Stadt. Seit 1995 geht der Anteil der Fortzüge in die Plattenbaugebiete kontinuierlich zurück und die Wegzüge in näher gelegene Wohngebiete nehmen zu.

Bei den Zuzügen zeigt sich eine umgekehrte Tendenz. Die Zuzüge aus der Rest-KTV nehmen ab und es steigt der Anteil der Zuzüge aus den Plattenbaugebieten.

21. Wegzüge in und Zuzüge aus den nordwestlichen Stadtteilen



22. Wanderungssaldo nach Altersgruppen und zusammengefaßten Stadtbereichen im Zeitraum von 1993 bis 1998



Insbesondere bei den Plattenbaugebieten im Nordwesten der Stadt zeigt sich die umgekehrte Tendenz. Ergab sich aus den Wanderungen bis 1996 ein stark negatives Saldo, so ist der Saldo 1998 positiv. Dies gilt ebenso für Toitenwinkel und Dierkow. Diese Entwicklung gilt nicht nur für das Rahmenplangebiet, sondern auch für den Rest der KTV, wobei der Höhepunkt der Abwanderung in die Plattenbaugebiete erst 1996 und nicht schon ein Jahr zuvor, wie im Rahmenplangebiet, stattfand.

Betrachtet man die altersspezifischen Wanderungssalden mit den jeweiligen Verflechtungsräumen, dann wird deutlich, daß offensichtlich relativ viele Familien in den Nordwesten gezogen sind. Die angrenzenden Stadtgebiete stehen erst an zweiter Stelle, gefolgt vom Nordosten der Stadt. Es hat offensichtlich eine massive Abwanderung von Familien mit Kindern in die Plattenbaugebiete gegeben. Auch etliche über 65jährige sind in diese Gebiete gezogen. Von dort sind umgekehrt – trotz Steigerung der Zuzugsraten – weitaus weniger Personen aus den gleichen Altersgruppen ins Rahmenplangebiet gezogen.

Sehr viele sind allerdings bereits vor Beginn der URBAN-Maßnahmen in die Großwohnsiedlungen gezogen. Bei dieser Gruppe handelt es sich mit gewisser Wahrscheinlichkeit um jene Durchgangsbewohner, die ursprünglich, noch vor 1990, in die KTV gezogen waren, um von dort dann in eine bessere Wohnung in die Großwohnsiedlungen umzuziehen. Bis 1995 war erst relativ wenig saniert worden und die einzig reale Chance, eine Wohnung mit modernen Standards zu erhalten, bestand damals darin, in eine Plattenbauwohnung zu ziehen. Hinzu kam, daß ein freier Wohnungsmarkt erst als relativ kleines Segment in Rostock existierte. Die sanierten Wohnungen in diesem Segment waren nicht nur rar, sondern auch sehr teuer (Mieten von 17,- DM/qm waren die Regel). Die Mehrzahl der Wohnungen in der Stadt gehörten der kommunalen Wohnungsgesellschaft oder den Wohnungsgenossenschaften. Diese Wohnungen wurden vor 1995 nur über einen, vom Wohnungsamt ausgestellten, Wohnberechtigungsschein vergeben. Insgesamt war die Mobilität auf dem Wohnungsmarkt stark eingeschränkt und fand entweder nur auf dem kleinen freien Wohnungsmarkt oder innerhalb des Bestandes an Plattenbauwohnungen über Berechtigungsscheine bzw. über einen Wohnungstausch statt. Die Abwanderungen vor 1995 sind also nicht unbedingt als Verdrängung zu werten, sondern stellen – zumindest teilweise – die Fortsetzung der individuellen Wohnungsmarktstrategie der Durchgangsbewohner dar.

Allerdings sind auch die Abwanderungen in die Plattenbaugebiete nach 1995 noch erheblich. Hier dürfte es sich häufiger um eine typische Sanierungsverdrängung handeln, vor der insbesondere einkommenschwache und benachteiligte Gruppen betroffen waren.

Die hohe Fluktuation im Rahmenplangebiet hat zwangsläufig dazu geführt, daß ein Großteil der ursprünglichen Bewohnerschaft nicht mehr dort lebt. Da aus der Statistik die Wohndauer der Bevölkerung nicht zu entnehmen ist, läßt sich nicht feststellen, in welchem Ausmaß tatsächlich ein Austausch der Bevölkerung stattgefunden hat. Man kann lediglich Modellrechnungen anstellen, um das Ausmaß in etwa abzuschätzen. Mehr als ein ungefährender Richtwert kommt dabei allerdings nicht heraus, denn eine solche Modellrechnung enthält eine Reihe

von Unwägbarkeiten, die ohne weitere Daten nicht behoben werden können. Für eine Modellrechnung kann man z.B. folgende Annahmen zugrunde legen:

- Jeder Fortzug aus dem Gebiet führt zu einem Sinken der Anzahl der Ursprungsbevölkerung.
- Unter den Fortzügen in einem bestimmten Beobachtungszeitraum befinden sich aber auch Personen, die erst im Jahr bzw. in den Jahren zuvor zugezogen sind. Da der Anteil der Fortzüge unter den Zugezogenen nicht bekannt ist, wird dabei zugrunde gelegt, daß von den Zugezogenen der Vorjahre mindestens jeweils so viele wieder fortziehen, wie im Durchschnitt des gesamten Gebietes.
- Da die Fluktuation nach Altersgruppen sehr unterschiedlich ist, wird die Berechnung nach Altersgruppen durchgeführt.
- Bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird zugrunde gelegt, daß unter den Zugezogenen anteilmäßig ebensoviel Personen versterben, wie im Gesamtdurchschnitt des Rahmenplangebietes.
- Geburten zählen als Zugang zur Altersgruppe der unter 15jährigen.
- Da die Bestandsdaten aus methodischen Gründen der amtlichen Statistik nicht genau durch Bewegungsdaten zu errechnen sind, d.h., es gibt immer wieder kleinere Abweichungen zwischen dem, aus den Bewegungsdaten errechneten und dem tatsächlichen Bestand, muß die Berechnung durch kleinere „Korrekturen“ (aufgrund von Plausibilitäts-erwägungen) ergänzt werden.

Als Ergebnis einer solchen Modellrechnung ergibt sich, daß von der ursprünglichen Bevölkerung des Jahres 1993 nur noch ein Viertel im Rahmenplangebiet lebt. Dies sind insbesondere die heute über 50jährigen, von denen ungefähr 45% schon vor 1993 dort ansässig waren. Die hohe Fluktuation der 20- bis unter 35jährigen hingegen hat nach dieser Rechnung dazu geführt, daß nur noch zwischen 10% und 15% dieser Altersgruppe schon 1993 dort gewohnt hat. Dieser Prozeß des Austausches hat schon vor Beginn der URBAN-Maßnahmen eingesetzt und hat sich während der Projektlaufzeit weiter vollzogen. Nachdem jetzt der größte Teil der Häuser und Wohnungen saniert ist, gehen die Fluktuationsraten (vor allem der über 30jährigen) tendenziell zurück und es ist allmählich eine Phase der Konsolidierung absehbar. Allerdings wird sich erst in einigen Jahren zeigen, in welcher Weise sich – sozialstrukturell und milieubezogen – eine neue Bevölkerung etabliert hat und ob die gegenwärtig erfolgreich eingerichteten Infrastrukturen, Einrichtungen, Betriebe etc. dann noch paßgenau sind.

Aus der Modellrechnung geht heute schon hervor, daß Ende 1999 nur noch knapp ein Drittel der Bewohner schon 1993 oder früher im Viertel gelebt hat. Dies sind insbesondere ältere Personen über 50 Jahre (knapp zwei Drittel dieser Altersgruppe bzw. 15% aller Bewohner) sowie die mittlere Generation zwischen 35 und 49 Jahren einschließlich der Personen unter 20 Jahren als (vermutet) deren Kinder (knapp ein Drittel dieser Altersgruppe bzw. 11% aller Bewohner). Weiter 6% der Bewohner von Ende 1999 sind junge Erwachsene zwischen 20 und 35 Jahren, die schon vor 1994 hier gewohnt haben (etwa 14% dieser Altersgruppe). Die

restlichen 68% der Bewohner sind seit 1993 zugezogen. Die größte Gruppe der Zugezogenen sind junge Erwachsene zwischen 20 und 35 Jahren, vermutlich überwiegend Studenten, Auszubildende sowie erwerbstätige Singles und Paare (DINKs) (etwa 37% aller Bewohner). Die nächste Gruppe sind Personen zwischen 35 und 50 Jahren (vermutlich Familien, Paare und einige Singles) einschließlich Kinder unter 20 Jahren (etwa 24% aller Bewohner). Acht Prozent der Bewohner schließlich sind zugezogene ältere Personen über 50 Jahre.

Da außer dem Alter nichts über die Bewohner von 1999 bekannt kann man nur spekulieren, wie weit die Gentrifizierung des Viertels bereits fortgeschritten ist. Nimmt man die Zugezogenen der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren als typische Gruppe der sog. „Pioniere“ (vgl. Blasius 1997) (junge Heranwachsende, Alternative, Szenepublikum etc.) und geht man davon aus, daß die Zugezogenen der Altersgruppe zwischen 30 und 45 Jahren überwiegend relativ gut verdienende Erwerbstätige, also eher typische Gentrifier sind, dann sind etwa ein Viertel der Einwohner des Rahmenplangebietes sog. „Pioniere“ und etwa ein Fünftel zählt zu den „Gentrifiern“. Etwa 15% gehören zur Gruppe der „Älteren“ ab 60 Jahren und etwa 40% gehören zu den „Anderen“, d.h. den Alteingesessenen bzw. Zugezogenen, auf die die Merkmalskombinationen der Pioniere und Gentrifier nicht zutreffen. Wenn diese Abschätzung in etwa stimmt, dann hat nicht nur die Gruppe der Pioniere gegenüber der Untersuchung von 1996/97 um etwa 10%punkte zugenommen (was sehr wahrscheinlich ist aufgrund der Zunahme der entsprechenden Altersgruppen), sondern auch die Zahl der Gentrifier hätte sich ungefähr verdoppelt. Während der Anteil der „Älteren“ nur wenig zurückgegangen ist, hat insbesondere die Gruppe der „Anderen“ die größten Verluste erlitten (von 58% auf 40% Anteil).

Ob diese groben Schätzungen das tatsächliche Ausmaß der Gentrification im Viertel wiedergeben, mag dahingestellt bleiben, angesichts der hohen Fluktuation im Rahmenplangebiet und der offensichtlichen Strukturveränderungen in der Altersstruktur und im Familienstand der Einwohner ist es jedoch sehr wahrscheinlich, daß dieser bereits in der Sozialstudie aufgezeigte Prozeß sich fortgesetzt hat. Auch die folgenden Informationen zur Arbeitslosigkeit, zur Sozialhilfe und zum Wahlverhalten sind Indizien, welche die These vom fortgesetzten Prozeß der Gentrification im Rahmenplangebiet stützen.

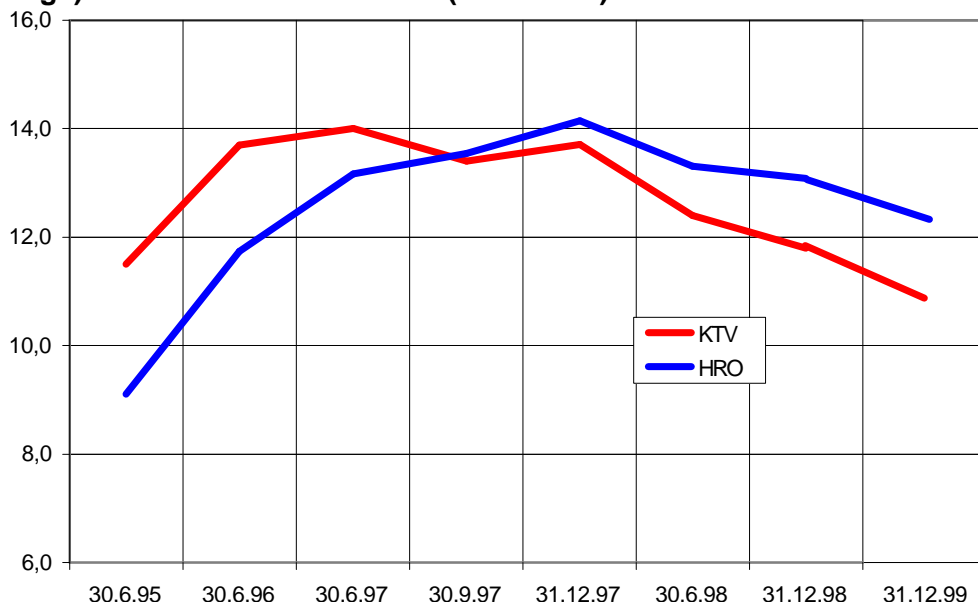
4.3.2 Arbeitslosigkeit

Einer der im OP genannten wesentlichen Zielgrößen ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Rahmenplangebiet. Leider läßt sich die Veränderung dieses Faktors nicht eindeutig messen. Angaben zur Arbeitslosigkeit im kleinräumigen Maßstab des Rahmenplangebietes werden amtlicherseits nicht erhoben. Die Angaben im Sozialbericht stammen aus einer Bevölkerungsbefragung und sind zudem mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor belastet. Gleichwohl konnte festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit im Rahmenplangebiet erheblich über dem Durchschnitt lag, egal, ob man nun eine erhobene Arbeitslosenquote von 35% oder realistischerweise von eher geschätzten 28% zugrunde legt.

Da eine vergleichbare Befragung gegenwärtig nicht realisierbar ist und es auch keine amtlichen Daten für das Rahmenplangebiet gibt, kann man hilfsweise nur die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der gesamten KTV beschreiben. Für diesen Stadtteil liegt immerhin seit 1997 die Zahl der Arbeitslosen vor. Für die beiden Jahre davor liegen nur Angaben zum Postleitzahlbezirk 18057 vor. Dieser umfaßt die KTV nicht vollständig, dafür aber auch das Hansaviertel und Teile der Gartenstadt. Die auf die KTV bezogenen Größenordnungen lassen sich für 1995 und 1996 also höchstens schätzen, indem man aufgrund der späteren Anteile von 1997/1998 die Arbeitslosen des Hansaviertels und der Gartenstadt herausrechnet. Daraus ergibt sich ein Annäherungswert, anhand dessen man die Entwicklung seit 1995 nachvollziehen kann (Im Hansaviertel und besonders in der Gartenstadt war der Anteil der Arbeitslosen seit 1997 immer deutlich unter dem in der KTV, davon kann auch für die Jahre davor ausgegangen werden)

Errechnen kann man auf der Grundlage dieser Arbeitslosenzahl allerdings nur, welchen Anteil die Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65 Jahre) ausmachen, nicht aber, welche Arbeitslosenquote die KTV hat. Die Arbeitslosenquote hingegen drückt aus, welchen Anteil die Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen (= Arbeitslose und Erwerbstätige) haben. Weil die Zahl der Erwerbstätigen in der KTV unbekannt ist, kann nur der o.g. Bevölkerungsanteil errechnet werden, der wiederum nicht mit der Arbeitslosenquote verglichen werden kann.

23. Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65jährige) in der KTV 1995 bis 1999 (in Prozent)



Bis zum 30.6.97 handelt es sich um geschätzte Werte, ab dem 30.9.97 um für die KTV ausgewiesene Werte

Im Ergebnis der Berechnungen zeigt sich, daß die Entwicklung in der KTV günstiger verlaufen ist als in der Hansestadt insgesamt. 1995 lag der Anteil der Arbeitslosen in der KTV über dem gesamtstädtischen Durchschnitt, seit 1997 geht die Arbeitslosigkeit in der KTV hingegen stärker zurück als in der Gesamtstadt und der Anteil liegt unter dem Durchschnitt.

Etwas stärker zurückgegangen als in Rostock insgesamt ist auch die Zahl bzw. der Anteil der Langzeitarbeitslosen (> 1 Jahr Arbeitslosigkeit). Von einem leicht überdurchschnittlichen Wert von 28,9% (Rostock 27,1%) Ende 1997 sank der Anteil der Langzeitarbeitslosen in der KTV auf 24,4% Ende 1999, während in Rostock insgesamt der Wert auf 29,8% leicht gestiegen ist.

Erstmals für Ende 1999 liegen auch Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Stadtgebiet KTV vor. Auf dieser Grundlage läßt sich zwar nicht genau, aber zumindest eine annähernde Arbeitslosenquote errechnen aus dem Anteil der Arbeitslosen an der Summe der Arbeitslosen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (= Großteil der Erwerbspersonen). Diese Quote lag Ende 1999 mit 17,3% unter der in der Gesamtstadt mit 17,8%.

Weitere Angaben lassen sich zur Arbeitslosigkeit nicht machen. Es bleibt die Frage, welche Ursachen der überproportionale Rückgang der Arbeitslosenzahlen in der KTV hat. Angesichts der enormen Fluktuation nicht nur im Rahmenplangebiet, sondern in der gesamten KTV, der spezifischen Altersstruktur der Wandernden und der Wanderungsziele nach Altersgruppen bleibt der Schluß übrig, daß Arbeitslose, einkommensschwache Familien und sog. Problembürger überdurchschnittlich aus dem Gebiet abgewandert sind und durch Gruppen ersetzt wurden, die weniger Arbeitsmarktprobleme haben. Angesichts der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die im Rahmen von URBAN durchgeführt wurden und angesichts der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Rahmenplangebiet, kann andererseits auch der Schluß gezogen werden, daß zumindest ein Teil des Rückgangs, insbesondere des Anteils an Langzeitarbeitslosen, damit in Zusammenhang steht. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird beides einen Einfluß auf die Arbeitsmarktstatistik gehabt haben, strittig bleibt aber das jeweilige Ausmaß des Einflusses. Dazu müßte insbesondere mehr darüber bekannt sein, wieviel Personen aus der Arbeitslosigkeit einen Weg in die neu geschaffenen Jobs gefunden haben.

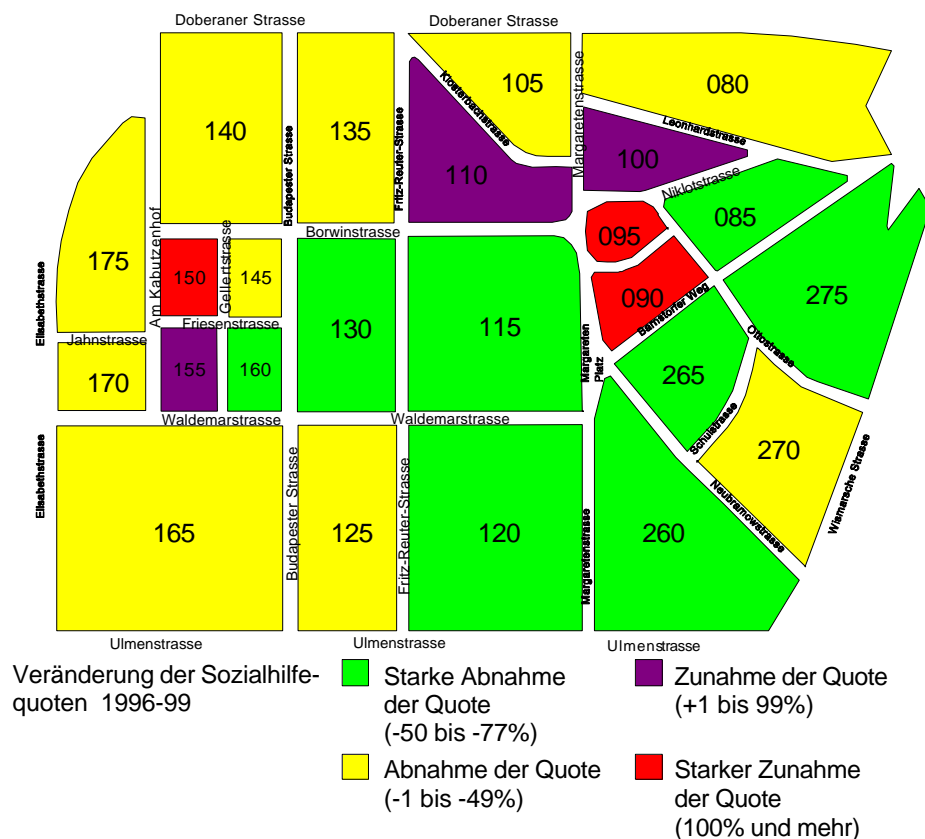
4.3.3 Sozialhilfe

Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) ist von Ende 1996 (355 Personen) bis Ende 1999 (225 Personen) um 36,6% zurückgegangen. Erhielten 1996 noch 6,3% der Einwohner Hilfe zum Lebensunterhalt durch das Sozialamt, so hat sich dieser Anteil bis 1999 auf 4,2% verringert und liegt damit im städtischen Durchschnitt.

Die Entwicklung vollzog sich allerdings nicht gleichmäßig innerhalb des Rahmenplangebietes. Besonders starke Rückgänge (sowohl relativ im Verhältnis zur Zahl der Einwohner = Quote als auch absolut) finden sich im Gebiet Barnstorfer Weg, Margaretenplatz und westliche Margaretenstrasse, südliche Waldemarstrasse, Neubramowstrasse und Fritz-Reuter Strasse. Im restlichen Gebiet sind die Rückgänge eher durchschnittlich oder es ist sogar zu einer Zunahme von Sozialhilfeempfängern gekommen (sowohl relativ als auch absolut).

Weniger stark abgenommen bzw. sogar zugenommen hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger eher in den „Randbereichen“ des Rahmenplangebietes, während im „Zentrum“, d.h. eher zur City hin und damit dort, wo konzentriert Maßnahmen durchgeführt wurden, heute deutlich weniger Sozialhilfeempfänger wohnen¹⁰.

24. Veränderung der Quoten von Sozialhilfeempfängern zwischen 1996 und 1999 nach Blöcken (Veränderung der Quoten in Prozent)



Warum die Zahl der Sozialhilfeempfänger gesunken ist, kann nicht ermittelt werden. Es können nur Vermutungen angestellt werden, für die es allerdings Indizien aus der Veränderung der Alters- und Geschlechterstruktur der Sozialhilfeempfänger gibt. Anzunehmen ist aufgrund der Fluktuation im Rahmenplangebiet sowie aufgrund der Erfahrung, daß auch innerhalb der Sozialhilfe immer eine gewisse Fluktuation vorherrschend ist, daß inzwischen vielfach andere Personen im Sozialhilfebezug sind als noch Ende 1996. Das heißt, ein Teil der damaligen Sozialhilfeempfänger kann sich heute in einer (u.a. durch URBAN initiierten) Beschäftigungs- oder Fortbildungsmaßnahme befinden oder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß gefaßt haben. Ein anderer Teil wird aufgrund der fortschreitenden Sanierungsaktivitäten aus dem Rahmenplangebiet verdrängt worden sein. Andere wiederum wohnen nach wie vor in der KTV, zum Teil aber möglicherweise in einer anderen Wohnung (Verdrängung an den „Rand“). Neben diesen Veränderungen, über deren Größenordnung es keine Informationen

¹⁰ Eine gewisse Ausnahme bildet der Wohnblock an der Kirche (Block 95 und 90), der einen starken Zuwachs zu verzeichnen hat. Dies ist allerdings eher ein statistisches Problem. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger war und ist hier äußerst gering. Ein Zuwachs von nur einer Person ergibt bereits eine hohe Steigerungsrate.

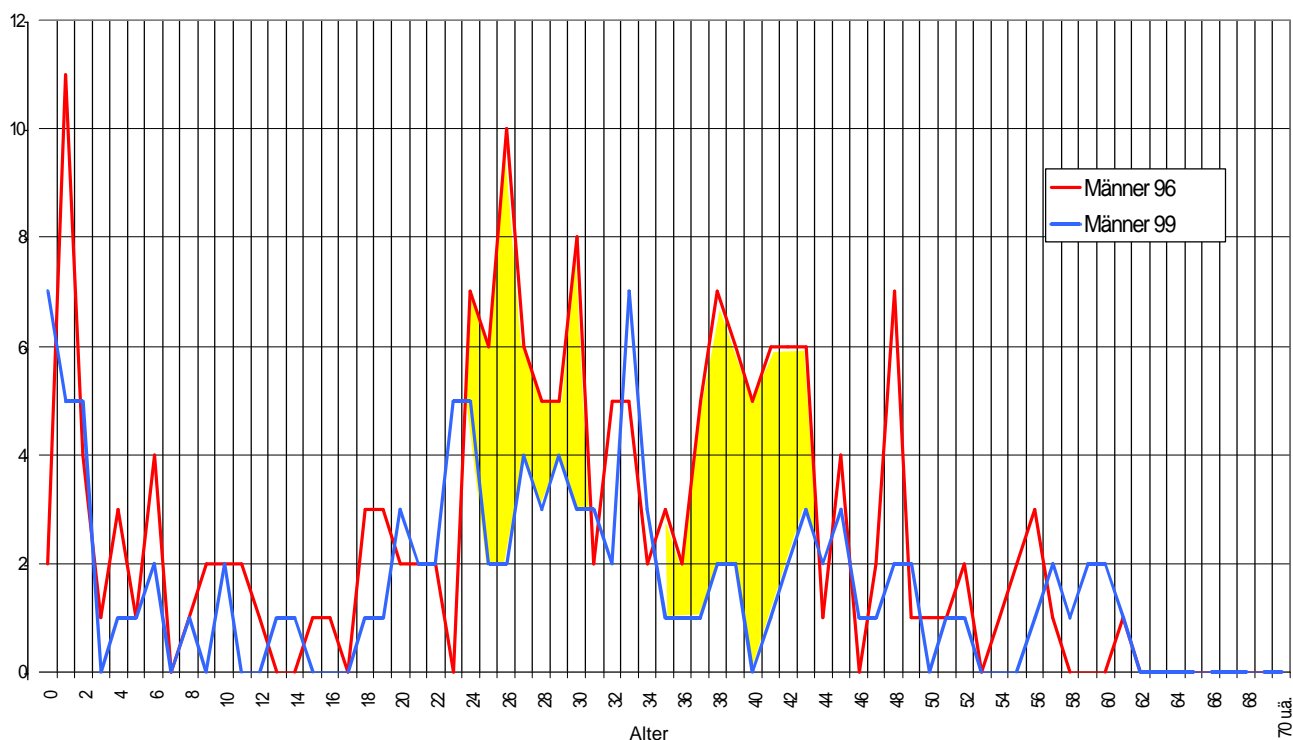
gibt, von denen man aber u.a. aufgrund der Expertengespräche ausgehen kann, sind auch andere Bewohner in die Sozialhilfe „abgerutscht“ bzw. sind möglicherweise auch Sozialhilfeempfänger zugezogen.

Etwas stärker zurückgegangen ist die Zahl der männlichen Sozialhilfeempfänger (-37,9%), bei den Frauen liegt der Rückgang nur bei -30,7%. Den höchsten Rückgang verzeichnen die Männer in der Altersgruppe der 35- bis unter 45jährigen (-68,1%) und den geringsten Frauen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren (-21%). Trotzdem ist es nach wie vor so, daß – unter den Erwachsenen - Frauen zwischen 20 und 30 Jahren und Männer zwischen 40 und 60 Jahren die höchsten Sozialhilfequoten aufweisen (4,8% bzw. 5%).

Die altersspezifischen Quoten sind in allen Altersgruppen gesunken, jedoch in unterschiedlicher Höhe. Am stärksten gesunken ist die Quote bei den 35- bis unter 45jährigen und zwar insbesondere bei den Männern. 1996 betrug die Quote in dieser Altersgruppe insgesamt noch 8,4%, 1999 nur noch 4%. Bei den Männern sank sie von 9,5% auf 3,4% und bei den Frauen von 6,8% auf 4,9%.

Vergleicht man die Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger von 1996 und 1999, dann wird deutlich, daß 1999 hauptsächlich zwei Gruppen unter den Sozialhilfeempfängern weniger vertreten sind als noch 1996: Zum einen die Gruppe der Männer um 40 Jahre (etwa 35 bis 42 Jahre alt) sowie die Gruppe der Männer zwischen 25 und 31 Jahren. Bei den weiblichen Sozialhilfeempfängern gibt es nach Altersgruppen keine so ausgeprägten Unterschiede, allenfalls bei den 21 bis 25jährigen ist ein erkennbar deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

25. Männliche Sozialhilfeempfänger im Rahmenplangebiet nach Alter 1996 und 1999



Bei den Männern handelt es sich überwiegend um Alleinstehende in den genannten Altersgruppen. Der Rückgang der männlichen Sozialhilfeempfänger in bestimmten Altersgruppen kann dahingehend interpretiert werden, daß insbesondere die Problemgruppe der Alkoholiker (typischerweise alleinstehende Männer in der mittleren Altersgruppe) sowie teilweise auch die sog. "Bunten", eher Mittzwanziger aus den verschiedenen Subkulturen (Punks etc.) heute nicht mehr in dem Maße in der Quartiersbevölkerung vertreten sind als noch drei Jahre zuvor.

4.3.4 Wahlverhalten

Eine weitere Möglichkeit, auf Veränderungen in der Sozialstruktur zu schließen, ist die Analyse von Wahlen. Veränderungen in den Parteipräferenzen sowie der Anteil der Nichtwähler und der Briefwähler können Indizien für Verschiebungen im sozio-kulturellen Milieu sein. Die Analyse läßt sich für das Rahmenplangebiet auf der Ebene von Wahlbezirken nur bedingt durchführen, da das Gebiet durch Wahlbezirke nicht eindeutig eingegrenzt ist, d.h. einige Stimmbezirke im Kern umfassen auch Teile des Ausstrahlungsgebietes und einige Stimmbezirke des Ausstrahlungsgebietes ragen in das Viertel hinein. Hinzu kommt die Schwierigkeit, daß die Briefwähler den einzelnen Stimmbezirken nicht zuzuordnen sind. Bei den Parteipräferenzen können also nur Angaben zu den Urnenwählern gemacht werden, die mit den Urnenwählern der Stadt insgesamt verglichen werden. Weil die Briefwähler nicht genau zugeordnet werden können, wird auch die Berechnung der Wahlbeteiligung erschwert. Um die Briefwähler mit in die Berechnung einbeziehen zu können, wurde hilfsweise angenommen, daß der Prozentsatz der Wähler mit Wahrscheinlichkeit, die tatsächlich ihre Stimme abgeben, in den einzelnen Stimmbezirken genauso hoch ist, wie im gesamten Wahlbereich 7. Von denjenigen, die sich einen Wahrscheinlichkeit abholen, geben i.d.R. über 90% tatsächlich ihre Stimme ab, sind also als Wähler zu zählen.

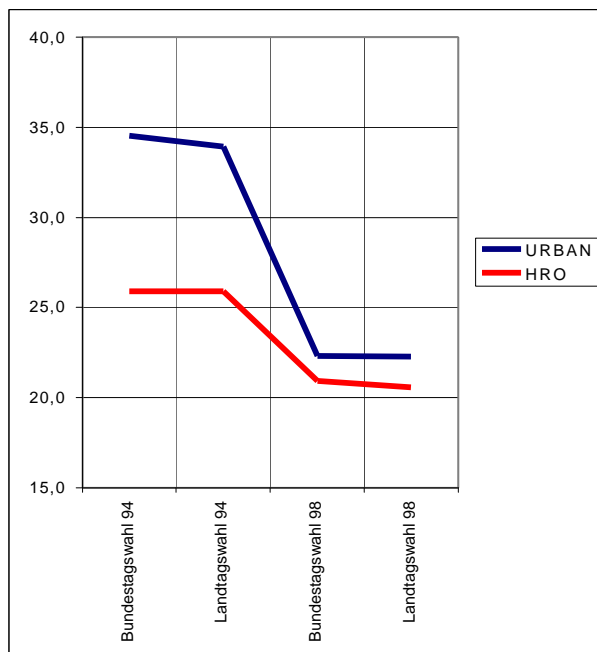
Das Rahmenplangebiet beinhaltet im wesentlichen die Wahlbezirke 205, 206 und 208 bzw. für die Wahlen von 1994 die Stimmbezirke 84, 86 und 87 mit etwa 3.870 Wahlberechtigten 1994 und ca. 3.150 Wahlberechtigten 1998.

Bei den Landes- und Bundestagswahlen 1994 haben sich 7,6% der Wahlberechtigten einen Wahrscheinlichkeit für die Briefwahl besorgt gegenüber 8,6% in Rostock insgesamt. Von den Wählern haben damals 10,5% per Briefwahl gewählt gegenüber 11% in der Stadt insgesamt. Bei den Landes- und Bundestagswahlen 1998 haben demgegenüber 10,8% im Rahmenplangebiet einen Wahrscheinlichkeit beantragt und nur 9,2% in der Stadt insgesamt. Per Briefwahl gewählt haben 13% der Wähler (Rostock = 10,9%). Der Anteil der Briefwähler im Rahmenplangebiet ist also überproportional gestiegen. Auch bei den Kommunalwahlen 1999 lag er bei 13%, gestiegen ist der Anteil der Briefwähler in Rostock insgesamt (12,6%).

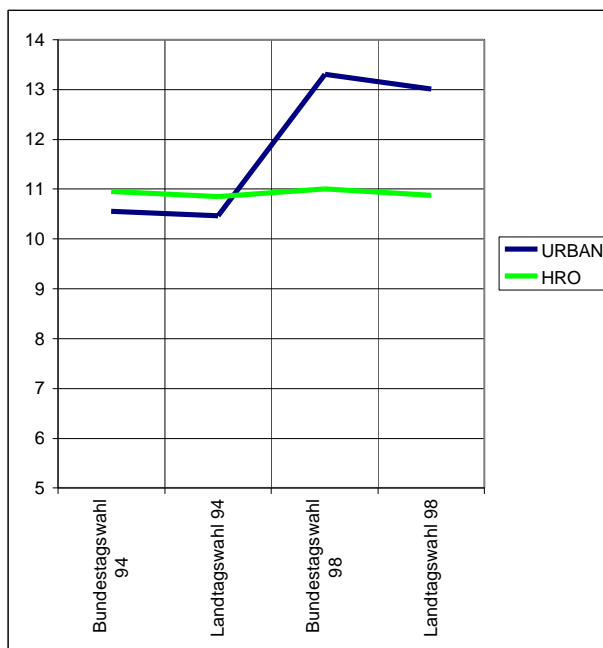
Die Wahlbeteiligung lag 1994 in Rostock bei 74% und im Rahmenplangebiet bei nur 66%, der Anteil der Nichtwähler damit lag im Rahmenplangebiet mehr als 8%punkte über dem

städtischen Durchschnitt. Bei der Wahl 1998 war die Wahlbeteiligung insgesamt höher als vier Jahre zuvor. In Rostock gingen 79% und im Rahmenplangebiet knapp 78% zur Wahl. Der Unterschied betrug nur noch 1,4%punkte. Auch bei den Kommunalwahlen 1999, die insgesamt eine nur eine äußerst geringe Wahlbeteiligung hatten, lag die Wahlbeteiligung im Rahmenplangebiet im Durchschnitt der Stadt.

26. Anteil der Nichtwähler an den Bundes- und Landtagswahlen 1994 und 1998 in den Wahlbezirken des Rahmenplangebietes im Vergleich zur Stadt insgesamt (in Prozent)



27. Anteil der Briefwähler an den Bundes- und Landtagswahlen 1994 und 1998 in den Wahlbezirken des Rahmenplangebietes im Vergleich zur Stadt insgesamt (in Prozent)



Der gestiegene Anteil der Briefwähler und der deutlich gesunkene Anteil der Nichtwähler lassen vermuten, daß heute im Viertel weniger sozial Benachteiligte (mit meist geringerer Wahlbeteiligung) leben und dafür mehr Erwerbstätige bzw. Personen mit größerer Mobilität (mehr Briefwähler).

Tab. 1: Wahlergebnisse der Urnenwahl bei den Landtags- und Bundestagswahlen 1994 und 1998 (ohne Briefwähler) (in Prozent)

	CDU	SPD	PDS	FDP	GRÜNE	rechte Parteien	Andere Parteien
Bundestagswahl 94							
Rahmenplangebiet	29,9	33,2	24,4	2,6	7,8	1,2	0,8
Rostock	28,0	33,5	29,5	2,5	4,7	0,9	0,9
Bundestagswahl 98							
Rahmenplangebiet	22,2	37,0	24,4	2,6	9,2	1,9	2,8
Rostock	21,4	40,2	28,2	1,9	3,7	2,0	2,6
Landtagswahl 94							
Rahmenplangebiet	29,2	33,8	23,1	2,3	8,4	1,3	1,7
Rostock	26,5	34,6	28,8	2,9	4,9	1,0	1,4
Landtagswahl 98							
Rahmenplangebiet	22,4	35,5	26,8	1,9	8,3	3,0	2,1
Rostock	21,9	38,3	29,9	1,3	3,3	3,5	1,8

Die Wahlergebnisse im Rahmenplangebiet folgen 1994 und 1998 jeweils dem Trend der Gesamtstadt, gravierende Unterschiede gibt es nicht. Es gibt im Rahmenplangebiet einen leicht erhöhten Anteil an CDU- und FDP-Wählern, was vielleicht durch hier ansässige Kleingewerbetreibende und Grundbesitzer erklärt werden kann, welche regelmäßig eher zu diesen Parteien neigen. Die SPD und die PDS werden im Rahmenplangebiet etwas weniger häufig gewählt als in der Stadt insgesamt. Lagen die Anteile zwischen Stadt und Rahmenplangebiet 1994 noch sehr nahe beieinander, so ist 1998 der Abstand etwas gewachsen. Das traditionelle Wählerpotential beider Parteien ist im Rahmenplangebiet offenbar zurückgegangen. Dafür hat das schon 1994 überdurchschnittliche Wählerpotential für die GRÜNEN insbesondere bei den Bundestagswahlen noch etwas zugenommen. Diese Partei wird im Rahmenplangebiet mehr als doppelt so häufig gewählt als im städtischen Durchschnitt. Das grün-alternative Milieu hat sich im Viertel also gefestigt bzw. ist noch etwas gewachsen.

Auch wenn die Analyse der Wahlergebnisse keine dramatischen Veränderungen ergibt, so wird doch deutlich, daß die Sozialstruktur sich allmählich zu verändern beginnt, daß zunehmend andere Milieus als noch zu Beginn der 90er Jahre im Viertel ansässig werden.

Weitere einschlägige Daten zur Analyse der sozialen Entwicklung stehen nicht zur Verfügung.

5 Zusammenfassung

Nach einer Phase überdurchschnittlicher Einwohnerverluste wächst seit 1998 die Zahl der Einwohner mit jährlich steigender Tendenz wieder an. Die anfangs durch die schlechten Wohnbedingungen und später dann durch die Sanierungsaktivitäten beförderte Abwanderung scheint also weitgehend gestoppt, nunmehr überwiegen die Zuzüge in das Viertel.

Dabei ist allerdings nach wie vor die Bevölkerungsentwicklung im Rahmenplangebiet durch eine überdurchschnittliche Dynamik gekennzeichnet, deren Merkmale eine sehr hohe Fluktuation und deutliche Bestandsveränderungen sind. Innerhalb weniger Jahre haben sich große Teile der Bevölkerung ausgetauscht, was zwangsläufig zu Strukturveränderungen geführt hat. Die Sozialstruktur ist durch junge ledige Personen geprägt, Familien mit Kindern und ältere Paare werden tendenziell immer mehr in die Position einer Minderheit gedrängt. Die Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger hat ebenfalls sehr deutlich abgenommen.

Aus den Ergebnissen der Datenanalyse kann geschlußfolgert werden, daß inzwischen viele der Probleme und Problemkonstellationen, die Anlaß für die Implementierung der GI URBAN in diesem Viertel waren, abgebaut worden sind. Die meisten Werte für das Rahmenplangebiet liegen heute im Durchschnitt der gesamten Stadt bzw. im positiven Sinne darüber (weniger Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, höhere Geburtenrate usw.).

Aus der Analyse geht auch hervor, daß die strukturelle Zusammensetzung der Viertelbevölkerung sich zwar in den letzten Jahren verschoben, aber nicht grundlegend verändert hat. Nach wie vor findet sich im Rahmenplangebiet eine bunte Mischung aus verschiedenen Altersgruppen, Alteingesessenen, Zugezogenen und Durchgangsbewohnern, Arbeitern und Angestellten, Erwerbstätigen, Studenten, Arbeitslosen, Einkommensstarken und -schwachen sowie verschiedenen Haushalts- und Familientypen. Die in der Sozialstudie beschriebene Konstellation von verschiedenen sozialen Milieus, die sich als ein spezifisches „buntes“ und tolerantes Wohnmilieu ausprägen, scheint nach wie vor zu existieren. Insofern konnte das in Rostock verfolgte Ziel des *weitgehenden* Milieuerhalts offensichtlich erreicht werden.

Allerdings ist es eben nur *weitgehend* erhalten worden und nicht völlig. Und wenn, wie es anhand der Daten zu schlußfolgern ist, die wesentlichen sozialen Probleme in dem *Viertel* behoben zu sein scheinen, so heißt das nicht, daß die Probleme für die davon *betroffenen Menschen* auch tatsächlich gelöst sind. Die hohe Fluktuation sowie der aus der Segregationsforschung bekannte Zusammenhang zwischen Aufwertung von Wohnraum, Wohnumfeld und Verdrängung nicht zahlungskräftiger Nachfrage in andere Wohngebiete, spricht dafür, daß ein Teil der Probleme dadurch „gelöst“ wurde, daß wesentliche Teile der Problemgruppen in andere Gebiete der Stadt abgedrängt wurden.

Immerhin läßt sich aus der Datenanalyse auch schlußfolgern, daß der Anteil der Einkommensstärkeren zu- und der Anteil der Einkommensschwächeren im Rahmenplangebiet ab-

genommen hat. Insofern hat sich die Sozialstruktur zu Ungunsten der sozial Schwächeren verschoben. Sicherlich hatten auch die durchgeführten Maßnahmen einen gewissen Einfluß darauf, daß Einzelne aus ihrer sozial schwachen Position in eine stärkere Position aufrücken und dadurch im Viertel bleiben konnten, jedoch geht der größte Teil der Strukturveränderung auf selektive Wanderungen zurück, bedingt durch die erhebliche Aufwertung des Viertels. Zu dieser Aufwertung hat die GI URBAN durch ihre verschiedenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Projekte maßgeblich beigetragen. Insofern hat sie nicht nur versucht, der Verdrängung entgegenzuwirken, sondern hat sie auch wesentlich mit befördert.

Die Datenanalyse spricht geradezu für einen idealtypischen Verlauf der sog. Gentrifikation, die sich in einem „doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklus“ (Dangschat 1988) vollzieht. In der ersten Phase der Wiederaufwertung kommen sog. „Pioniere“ (Alternative, Studenten etc.) in ein Viertel und verdrängen Alteingesessene. Sie errichten bzw. ziehen eine neue soziale und kulturelle Infrastruktur an (Kneipen, kulturelle Einrichtungen, Läden für ihren Bedarf, exotische Angebote). Ist ein Viertel soweit aufgewertet, folgt der zweite Invasions-Sukzessions-Zyklus, indem sog. Gentrifizierer (einkommenstärkere Singles und Paare mit urbanen Lebensstilen) nunmehr Alteingesessene und zunehmend auch die Pioniere wieder verdrängen, weil jene die steigenden Mieten nicht mehr zahlen können. Die Daten sprechen dafür, daß der erste Zyklus allmählich zu Ende geht und verstärkt der zweite Zyklus einsetzt (Rückgang der Zuwanderung von 20- bis 30jährigen seit 1999, dafür Zunahme der Zuwanderung von älteren Personen).

Allerdings kann das genaue Ausmaß der Entwicklung nicht aus den wenigen zur Verfügung stehenden Daten abgelesen werden. Was als ziemlich gesichert angesehen werden kann, ist die weitgehende Verdrängung von spezifischen Randgruppen (Alkoholikern, „unangepaßte“ Nachbarn, ein Teil der ehemaligen Schwarzbewohner-Szene). Weniger erkennbar, aber sehr wahrscheinlich aufgrund der Wirkungsmechanismen des Wohnungsmarktes, ist auch die Verdrängung von relativ Einkommensschwachen in weniger attraktive Lagen.

Obwohl diese Prozesse im Rahmenplangebiet ganz offensichtlich stattfanden und stattfinden, haben sie bisher nur zur beschriebenen Verschiebung der Sozialstruktur geführt. Wenn die Entwicklung sich aber weiter so vollzieht, wie dies die jüngsten Daten tendenziell zu erkennen geben, dann kann nicht nur die Sozialstruktur, sondern auch der Charakter des Viertels sich in den nächsten Jahren nachhaltig verändern. Die Opfer wären nicht nur *einige* Einkommensschwache und viele aus den sog. „auffälligen Problemgruppen“, wie das jetzt schon der Fall ist, sondern es wären dann die meisten Einkommensschwachen und auch viele der heutigen Pioniere.

Mit der GI URBAN hat man in diese Zusammenhänge allerdings auch gar nicht eingreifen können, weil geeignete Instrumente dafür nicht zur Verfügung gestellt wurden. Möglicherweise hat man von Seiten der EU wohlweislich auf entsprechende Instrumente verzichtet, denn es gleicht schon einer Quadratur des Kreises, einerseits die Aufwertung eines Wohnviertels betreiben und gleichzeitig die vorhandene Sozialstruktur dabei nicht zerstören zu wollen.

Solange die Entwicklung wesentlich durch Marktmechanismen vorangetrieben wird, bleibt keine reelle Chance, anders als durch direkte Einwirkung auf diese Marktmechanismen (z.B. Verordnung von Mietobergrenzen o.ä.) eine Aufwertung so zu steuern, daß es keine „Opfer“ unter der ansässigen Bevölkerung gibt. Eine solches Interventionsinstrument wurde im Rahmen der GI nicht zur Verfügung gestellt und auch die Stadt hat es abgelehnt, ihren gesetzlichen Handlungsrahmen in dieser Beziehung auszuschöpfen.

Vor diesem Hintergrund kann es bei der Beurteilung der sozialen Auswirkungen der GI URBAN in der KTV nicht darum gehen, ob eine Verdrängung vollständig verhindert werden konnte oder nicht, sondern nur darum, ob es den Akteuren *trotz des* (Prozeß-)logischen und insofern unvermeidlichen Verdrängungseffekts einer Aufwertung gelungen ist, diesen so zu gestalten, daß er nicht in seiner ganzen Radikalität wirksam wurde.

Zu Beurteilung dieser Frage können weniger die statistischen Daten herangezogen werden, sondern müssen vielmehr die Ergebnisse der sozialen Maßnahmen betrachtet werden. Dabei zeigt sich, daß die GI URBAN mit einzelnen Maßnahmen durchaus einen gewissen positiven Einfluß auf die Verdrängungswirkung gehabt hat.

In direkter Form hat hier zunächst die Maßnahme „Arbeitsgemeinschaft Bürgerberatung“ gewirkt, indem sie bei akut oder latent drohendem Wohnungsverlust aufgrund von Sanierung und Mietsteigerung für ihr Klientel Lösungen gefunden, den Betroffenen also einen Verbleib in ihrem Viertel ermöglicht hat. Direkt wirkten sich auch die Wohnprojekte aus, die sozial gefährdeten Jugendlichen das Wohnen im Viertel ermöglichten.

Eher indirekt haben hingegen die meisten anderen Maßnahmen gewirkt, wobei hier aufgrund der Datenlage nur vermutete Wirkungszusammenhänge genannt werden können. Plausibel erscheint es jedenfalls, daß die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu einem geringeren Grad an Verdrängung beigetragen haben. Indem sich durch eine vorübergehende – und bei einigen auch längerfristige – Beschäftigungsaufnahme die wirtschaftliche Situation der betroffenen Personen verbessert hat, sind auch deren Chancen gestiegen, sich auf dem Wohnungsmarkt besser durchzusetzen. Ein anderer Wirkungszusammenhang kann auf der Ebene einer gewachsenen Identifikation und Bindung an das Viertel aufgrund der Teilnahme an Maßnahmen bzw. der Nutzung von neuen Angeboten liegen. Dies kann dazu geführt haben, sich nicht widerstandslos einer drohenden Verdrängung gefügt, sondern sich z.B. um Transferleistungen bemüht zu haben, um im angestammten Wohngebiet bleiben zu können. Ein weiterer Zusammenhang könnte darin bestehen, daß, da URBAN den Randgruppen viel Augenmerk geschenkt hat, ein Teil davon trotz der verschärften Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt im Viertel wohnen bleiben konnte und zwar wegen einer möglicherweise durch die Teilnahme an den Maßnahmen verbesserten Integrationsfähigkeit.

Ob diese indirekten Wirkungen tatsächlich gegeben waren und welches Ausmaß sie hatten, läßt sich allerdings nicht ohne eine, nur qualitativ zu erhebende, Kenntnis von individuellen Handlungsstrategien der Einwohner beantworten.

Ein weiterer Effekt der sozialen Maßnahmen bzw. der Schaffung von sozialen Projekthäusern ist, daß die Randgruppen, die auf der einen Seite zunehmend aus dem Viertel verdrängt werden, auf der anderen Seite in der Öffentlichkeit des Viertels aber präsent bleiben. Die Einrichtungen/Angebote für sie befinden sich im Viertel und sie bilden dadurch Kommunikationspunkte für die jeweilige Klientel aus dem Viertel und jenen, die (jetzt) außerhalb des Viertels wohnen. Ein Effekt davon kann im übrigen sein, daß das Viertel durch diese Einrichtungen, die jetzt ihren festen Platz dort haben, wieder etwas abgewertet wird, zumindest für jene sozialen Milieus, die an einem ruhigen, störungs- und konfliktfreien Wohngebiet interessiert sind bzw. die der nunmehr erhaltenen sozialen Vielfalt im Gebiet wenig positives abgewinnen können. Die Schaffung der Projekthäuser hat zweifellos zum Erhalt einer großen Vielfalt im Leben des Stadtviertels beigetragen.

Insgesamt führt das oben Gesagte zu der Einschätzung, daß durch die Intervention von URBAN die Aufwertung des Rahmenplangebietes schneller vorangetrieben wurde, daß gleichzeitig aber im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten erfolgreich versucht wurde, einerseits vorhandene (alte) soziale Problemlagen einzelner zu mildern und andererseits die (neuen) sozialen Folgen der Aufwertung zu minimieren. Legt man die wenigen genannten Zielvorstellungen im OP der Hansestadt Rostock als Indikatoren zugrunde, dann wurde sowohl das Ziel der Reduzierung der Arbeitslosenquote um 3% nicht nur erreicht, sondern übertroffen und die Verbesserung der sozialen Infrastruktur durch Etablierung von mindestens sechs neuen sozialen Einrichtungen im Rahmenplangebiet wurde ebenfalls mehr als erreicht. Profitiert haben davon die meisten Menschen im Viertel sowie die Stadt insgesamt.

6 Vorschlag zur Bildung von Indikatoren zur prozeßbegleitenden Erfolgskontrolle bei Stadtentwicklungsmaßnahmen

Indikatoren sind im sozialen Bereich ganz allgemein „Anzeiger“ für soziale Sachverhalte, Eigenschaften oder Prozesse. Ein Indikator repräsentiert nach dem Prinzip des „pars pro toto“ als einzelner Wert, einzelne Aussage, einen umfassenderen Sachverhalt. So wird beispielsweise zur Messung des Sozialprestiges meist der Indikator „Beruf“ gewählt, d.h. der Beruf gilt dabei als Ausdruck für ein bestimmtes Ansehen, das ein Berufstätiger in der Gesellschaft besitzt und er sagt etwas aus über seine Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie. Ein Indikator beruht damit auf bestimmten Vorstellungen und Theorien über die Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen eines gesellschaftlichen Prozesses. Wird ein Indikator gebildet und zur Messung eines umfassenderen Sachverhaltes herangezogen, dann wird immer der mitgedachte Wirkungszusammenhang unterstellt, d.h. man schließt mit gewisser Wahrscheinlichkeit auf damit verbundene Eigenschaften, Merkmale und Zusammenhänge z.B. innerhalb eines sozialen Raumes. Ein Indikator ist daher letztlich nie eine genaue Meßgröße, sondern immer nur ein plausibler „Hinweis“ auf bestimmte Zustände, Entwicklungstendenzen und -mechanismen. Daraus folgt, daß Indikatoren nie wissenschaftlich exakt im Sinne von eindeutig entwickelt werden können, denn in ihnen steckt bereits eine Aussage bzw. Schlußfolgerung, die je nach theoretischem Ansatz unterschiedlich ausfallen kann.

Der Wert von Indikatoren hängt nicht nur vom jeweils dahinter stehenden theoretischen Konstrukt ab, sondern auch davon, was man eigentlich mit seiner Anwendung bezweckt. Welcher Indikator wird also für welchen Zweck gebildet. Dabei sollte man unterscheiden zwischen

- *Zustands-Indikatoren*, die einen Ist-Zustand beschreiben bzw. aus denen man auf jeweils aktuelle soziale Problemlagen schließen kann,
- *Zielindikatoren*, die beschreiben, welcher Soll-Zustand zu erreichen beabsichtigt ist,
- *Erfolgsindikatoren*, die gemessen am Ausgangs-Zustand beschreiben, wie hoch der Grad der Zielerreichung ist.

Werden Indikatoren zur Erfolgskontrolle bei Interventionen in Stadtentwicklungsprozessen eingesetzt, so hängt deren Auswahl letztlich von den jeweils verfolgten Zielen ab. Man kann Indikatoren also zunächst danach bilden, welche Ziele explizit mit den eingesetzten Maßnahmen verfolgt werden.

Damit Indikatoren nicht nur Aussagen sondern auch Meßgrößen werden, benötigt man allerdings auch die jeweils dazugehörigen Parameter, um den jeweiligen Wert eines Indikators bestimmen zu können. Parameter können statistische Meßgrößen, aber auch qualitative Aussagen auf empirischer Grundlage sein. Welche Parameter verwendet werden, hängt nicht nur vom jeweiligen inhaltlichen Bezug zum Indikator ab, sondern auch von der jeweils zur Verfügung stehenden Datenbasis. Im Folgenden werden Indikatoren, dazugehörige Pa-

parameter sowie mögliche Datenquellen aufgelistet, die zusammen ein Indikatoren-Grundgerüst zur sozial-räumlichen Analyse von Stadtteilen bieten.

Zustands-Indikatoren:	Parameter	Quelle
- (physische) Attraktivität der Wohnlage (Lagemerkmale, Vor- und Nachteile)	<ul style="list-style-type: none"> - Ausdehnung des Quartiers (Fläche) - Lage des Wohngebietes in der Stadt (Entfernung zur Innenstadt, Entfernung zu zentralen Versorgungseinrichtungen, Entfernung zu Naherholungsmöglichkeiten, Abstand zu anderen Wohngebieten) - Bebauung (Haustypen, Geschößzahl, Baualter, Gebäudezustand, Überbauungsgrad, Anordnung) - Bebauungsdichte (Bebaute Fläche/qkm) - Verhältnis von Wohn- und Nichtwohngebäuden (jeweilige Flächeninanspruchnahme, Mischverhältnis Wohnen/Arbeiten) - Anteil leerstehenden Gewerberaumes - Verkehrsanbindung (Straßen, Anbindung und Erreichbarkeit des ÖPNV) - Störende Einflüsse durch Industrie/Verkehr (Nähe zu Industrieanlagen, Durchgangsstraßen) 	<ul style="list-style-type: none"> Statistik Statistik, Karten Statistik, Begehung Statistik Statistik, Karten Evtl Statistik (GWZ) Statistik, Karten Karten, Begehung
- Attraktivität des Wohnraumes (Wohnraumsituation, für welche Bedarfe geeignet)	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsstruktur (Zahl der verfügbaren Wohnungen nach Zimmerzahl und Fläche) - Zustand der Wohnungen (Sanierungszustand) - Wohnungsausstattung (IWC, Bad, Heizung, Balkon, Küche, Nebenräume) - Wohnungsleerstand (incl. Gründe und Dauer) - Eigentumsverhältnisse (privat, kommunal, genossenschaftlich, vom Eigentümer genutzt) - Mietpreise (Durchschnittspreise Kaltmiete nach Wohnungsgrößen und Eigentumsformen) - Belegungsdichte (Zimmer pro Einwohner, Wohnfläche pro Einwohner) 	<ul style="list-style-type: none"> Statistik Statistik (GWZ) Statistik (GWZ), Umfragen Statistik (GWZ 95), Umfragen Statistik Umfragen Statistik
- Attraktivität des Wohnumfeldes	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil Grünflächen, Brachland etc. - Durchgeführte Wohnumfeldmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> Statistik Umfragen

<p>(Situation des Wohnumfeldes, Zustand des öffentlichen Raumes, Entfaltungsmöglichkeiten)</p>	<p>men</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anzahl/Fläche von Ruhezonen, Spielplätzen, Sportplätzen - Art der Bebauung (Innenhöfe, Zeilen etc.) - Fließender und ruhender Verkehr (Verkehrsfrequenz, Verlärmungsgrad, Stellplätze, Parkplätze, Parkhäuser) - Umfang und Zustand der „Stadtmöblierung“ (Haltestellen, Telefonhäuschen, öffentliche Toiletten, Kunst im öffentlichen Raum etc.) 	<p>Statistik, Begehung Karten, Begehung Karten, Begehung Begehung</p>
<p>- Funktionsfähigkeit und Attraktivität der Infrastruktur (Situation der Infrastruktureinrichtungen)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl von Versorgungseinrichtungen sowie Größenordnungen pro Einwohner (Ladenfläche pro Einwohner etc.) - Versorgung mit Dienstleistungseinrichtungen (Büros etc.) - Ärzte und Zahnärzte pro 100.000 Einwohner - Öffentliche Einrichtungen (Ämter etc.) - Anzahl, Art und Zustand von Freizeiteinrichtungen (Sportplätze, Fitneßstudios, Diskos, Kneipen, Restaurants etc.) - Anzahl, Art und Zustand von Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Senioren und Behinderte (Spielplätze, Jugendclubs, Seniorenclubs, Pflegeheime etc.) - Anzahl und Art von sozialen Einrichtungen (Arbeitslosentreffs, Mütterzentren etc.) - Anzahl, Art und Zustand von kulturellen Einrichtungen (Kinos, Spielstätten, Vortragsräume etc.) (jeweils Einrichtungen pro 1.000 EW) - Bildungseinrichtungen (Schulen etc.) - Auslastungsgrad der Kindereinrichtungen - Nutzungsgrad der sozialen und kulturellen Einrichtungen (Zahl der Nutzer) 	<p>Evtl. Ämter-Statistik Umfragen Begehung, Statistik Statistik Begehung, Statistik, Umfragen Begehung, Umfragen Statistik, Begehung, Umfragen Begehung, Umfragen, Dokumentenanalyse Begehung, Umfragen, Dokumentenanalyse Statistik Statistik Umfragen</p>
<p>- Gesundheitsniveau (Kennzeichen für die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, läßt Rückschlüsse auf</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Durchschnittliche Lebenserwartung - Sterberate (pro 1.000 Einwohner) - Anteil der meldepflichtigen Erkrankungen nach Art 	<p>Statistik Statistik Ämter-Statistik</p>

Umwelteinflüsse und die soziale Situation zu – Armut macht krank)	gen nach Art - Anteil Suchtkranker	Statistik, Aktenana- lysen Umfragen, Aktenana- lysen
- Sicherheitsniveau (Kennzeichen für Kriminalität)	- Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner - Ermittelte Straftäter je 1.000 Einwohner - Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner - Kriminalitätsfurcht	Ämter- Statistik Ämter- Statistik Ämter- Statistik Umfragen
- Soziale Mischung (Kennzeichen für sozialräumliche Segregation)	- Altersstruktur - Familienstand - Geschlechterverhältnis - Ausländeranteil, ethnische Minderheiten (Aussiedler) - Erwerbssituation (Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, Studenten, etc.) - Anteil der Sozialhilfeempfänger - Anteil der Wohngeldempfänger - Einkommenssituation - Qualifikation und Beruf - Haushaltsstruktur (Anteil der Ein- und Mehrpersonenhaushalte)	Statistik Statistik Statistik Statistik, Umfragen, Ämter- Statistik Statistik, Umfragen Statistik Ämter- Statistik Umfragen Umfragen Umfragen
- Soziale Entwicklung (Kennzeichen für Entwicklungstendenzen bzw. für soziale Veränderungen)	- Vergleich der o.g. Strukturdaten mit Ergebnissen für die Vorjahre - Zeitreihen - Subjektive Einschätzung der Veränderung	Statistik Statistik, Umfragen Umfragen
- Bevölkerungsentwicklung (kann Kennzeichen für sinkende/steigende Attraktivität eines Quartiers sein, ist bezogen auf Strukturmerkmale Kennzeichen für soziale Veränderungen)	- Vergleich des Bevölkerungsbestandes zu bestimmten Stichtagen - Bestandsveränderungen nach ausgewählten Merkmalen (Geburtsjahrgänge, Familienstand, Erwerbsstatus etc.)	Statistik Statistik, Umfragen
- Natürliche Bevölkerungsbe- wegung	- Saldo der natürlichen Bevölkerungsbe- wegung	Statistik

(neben Wanderung evtl. Kennzeichen für soziale Stabilität oder Instabilität, Kennzeichen für „Lebensfähigkeit“ des Quartiers aus eigener Kraft)	<ul style="list-style-type: none"> - Geburtenziffer - Fruchtbarkeitsziffer - Reproduktionsziffer 	<p>Statistik</p> <p>Statistik</p> <p>Statistik</p>
- Fluktuation (Wanderung) (evtl. Kennzeichen für soziale Stabilität oder Instabilität, Kennzeichen für Wandel)	<ul style="list-style-type: none"> - Saldo der räumlichen Bevölkerungsbe- wegung - Wegzugsquote - Zuzugsquote - Ziel- und Quellgebiete der Wanderung - Sozialstruktur der Wandernden 	<p>Statistik</p> <p>Statistik</p> <p>Statistik</p> <p>Statistik, Umfragen</p>
- Wahlverhalten (evtl. Kennzeichen für das Vor- kommen bestimmter sozialer Gruppen – Annahmen bezüglich der Parteipräferenz etc.)	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der Nichtwähler - Anteil der Briefwähler - Parteipräferenz - Veränderung der Anteile zwischen ver- schiedenen Wahlen 	<p>Statistik</p> <p>Statistik</p> <p>Statistik</p> <p>Statistik</p>
- Partizipation (Kennzeichen für soziale Inte- gration und das Vorhandensein endogener Potentiale)	<ul style="list-style-type: none"> - Formelle politische Institutionen (Orts- beiräte, Parteibüros) - Einrichtungen der Bürgerselbstverwal- tung (Beiräte, Foren, Bürgerinitiativen) - Nutzung von Angeboten der Bürgerbe- teiligung (Veranstaltungsbesucher je. 1.000 Einwohner) - Nachbarschaftseinrichtungen - Bereitschaft zur Partizipation 	<p>Statistik, Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p>
- Subjektive Zufriedenheit (Kennzeichen für soziale Inte- gration und Bindung an das Ge- biet)	<ul style="list-style-type: none"> - Zufriedenheit mit der Wohnsituation - Zufriedenheit mit der Lebenssituation - Zufriedenheit mit dem Wohngebiet - Zufriedenheit mit der Nachbarschaft - Nachbarschaftskonflikte - Zufriedenheit mit Ausstattungsmerkma- len des Wohngebietes - Identifikation mit dem Quartier - Bisherige Wohndauer - Verbleibsperspektive (Umzugsabsicht) 	<p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p> <p>Umfragen</p>
- Direkte Maßnahmeergebnisse (Kennzeichen für eine mögliche Wirkung von eingesetzten Maß- nahmen)	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl und Art der implementierten sozialen Maßnahmen - Finanzieller Input - Input an Humankapital (Zahl der in den Maßnahmen Beschäftigten) - Output in Form von Angeboten (Quali- tät und Quantität) - Anzahl der Nutzer/Begünstigten (Struk- 	<p>Akten</p> <p>Akten</p> <p>Akten</p> <p>Umfragen</p>

	tur der Nutzer, Anzahl/Häufigkeit der Inanspruchnahme etc.) - Nutzen der Angebote für die Nutzer – Ergebnisse (Vermittlung in Beschäftigung, Steigerung der Zufriedenheit etc.)	Umfragen Umfragen
--	--	--------------------------

Anhand der Indikatoren und der dazugehörigen Parameter läßt sich die soziale Situation eines Stadtteil in den wesentlichen Grundzügen beschreiben. Aus einem Vergleich mit den Durchschnittswerten der Stadt insgesamt können so Rückschlüsse auf allgemeine soziale Entwicklungen im Stadtteil sowie auf einzelne Defizite gezogen werden.

Anhand der ermittelten Defizite können dann Ziel-Indikatoren formuliert werden (z.B.: Erhöhung der Attraktivität durch Verbesserung der Infrastruktur o.ä.). Durch laufende Überprüfung der einzelnen Parameter können dann Ergebnis-Indikatoren gebildet werden, die den Grad der Zielerreichung beschreiben. Dies läßt sich hier nicht vorwegnehmen, da beides von den Ergebnissen der Ist-Analyse abhängt. Ein Indikatoren-Modell zur Erfolgskontrolle funktioniert im übrigen nur so gut, wie jeweils die Ausgangssituation beschrieben wird.

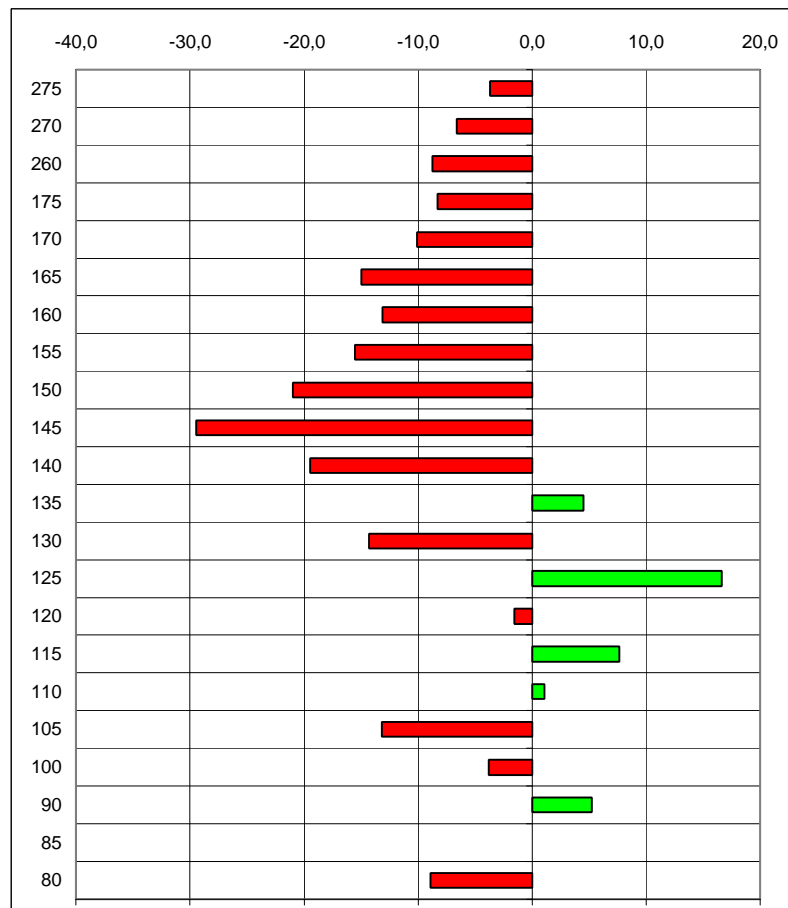
Die Quellenangaben bedeuten:

- Statistik = Angaben der amtlichen Statistik können überwiegend für Teilbereiche der Stadt aufbereitet werden.
- Ämter-Statistik = prinzipiell in den einzelnen Ämtern vorhandene Informationen
- Dokumenten- bzw. Aktenanalyse = Datenrecherche innerhalb von Ämtern, Institutionen
- Karten = Informationen, die man Karten der Stadt ermitteln kann (Entfernungsrechnungen etc.)
- Begehung = Erfassung von Informationen mittels einer Begehung des Gebietes (Bestandskartierung o.ä.)
- Umfrage = mündliche und/oder schriftliche Befragung von Einwohnern und Gebietsexperten (quantitativ und/oder qualitativ)

Anhang:

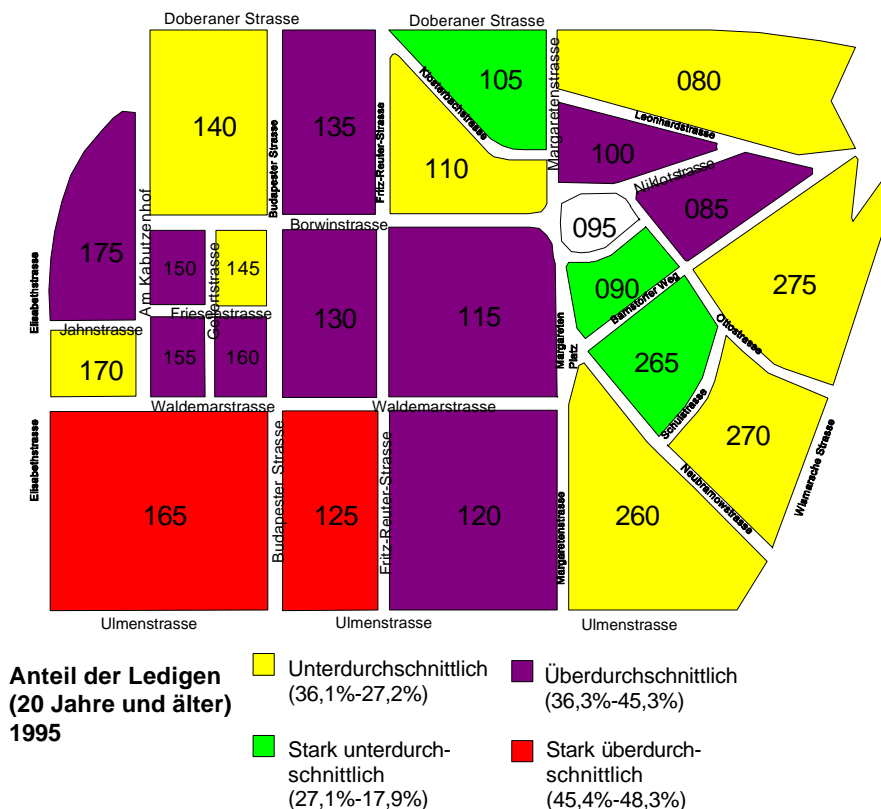
A) Zusätzliche Daten zur Analyse der sozialen Entwicklung im Rahmenplangebiet

28. Veränderung der Einwohnerzahlen zwischen 1995 und 1999 nach Blöcken (in Prozent)

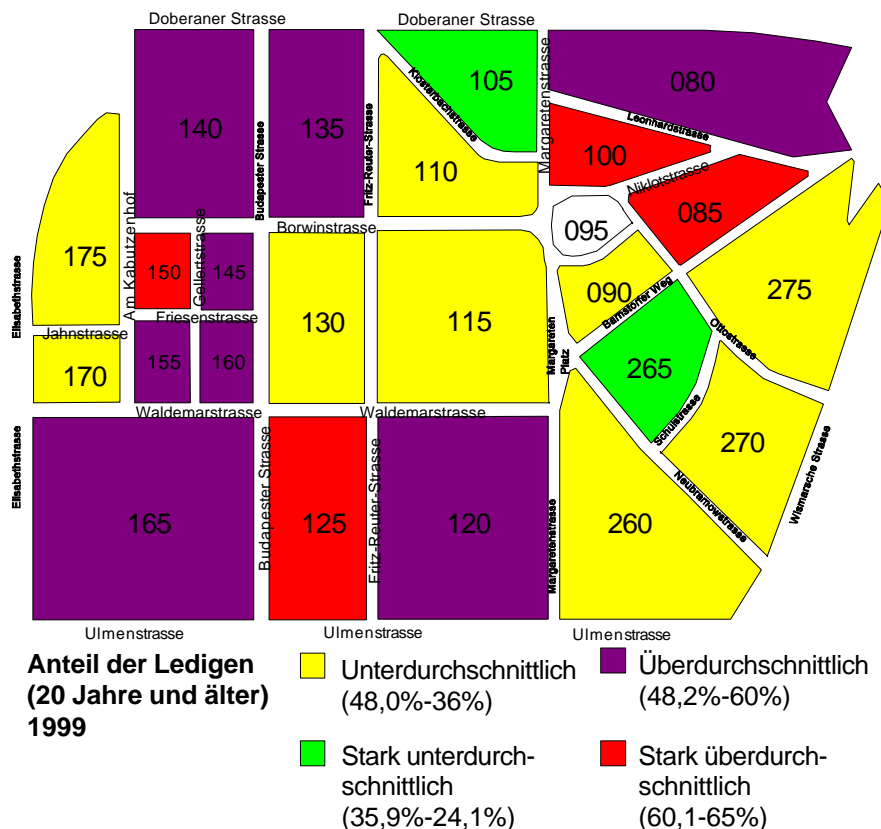


Insbesondere in den Blöcken 170, 165, 150 und 145 kam es auch zwischen 1997 und 1999 zu einem weiteren Bevölkerungsverlust. In den anderen Blöcken hingegen gab es zwischen 1997 und 1999 eine positive Entwicklung, die aber noch nicht dazu geführt hat, daß der Bestand von 1995 erreicht oder sogar übertroffen werden konnte.

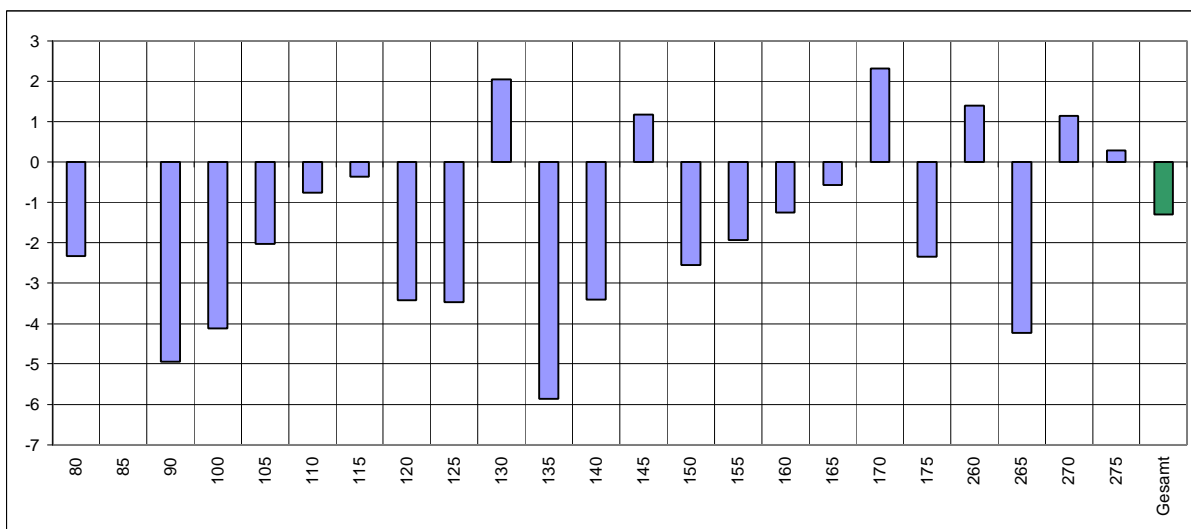
29. Anteil der Ledigen nach Blöcken 1995 (nur 20 Jahre und älter, Abweichungen vom Durchschnitt, in Prozent)



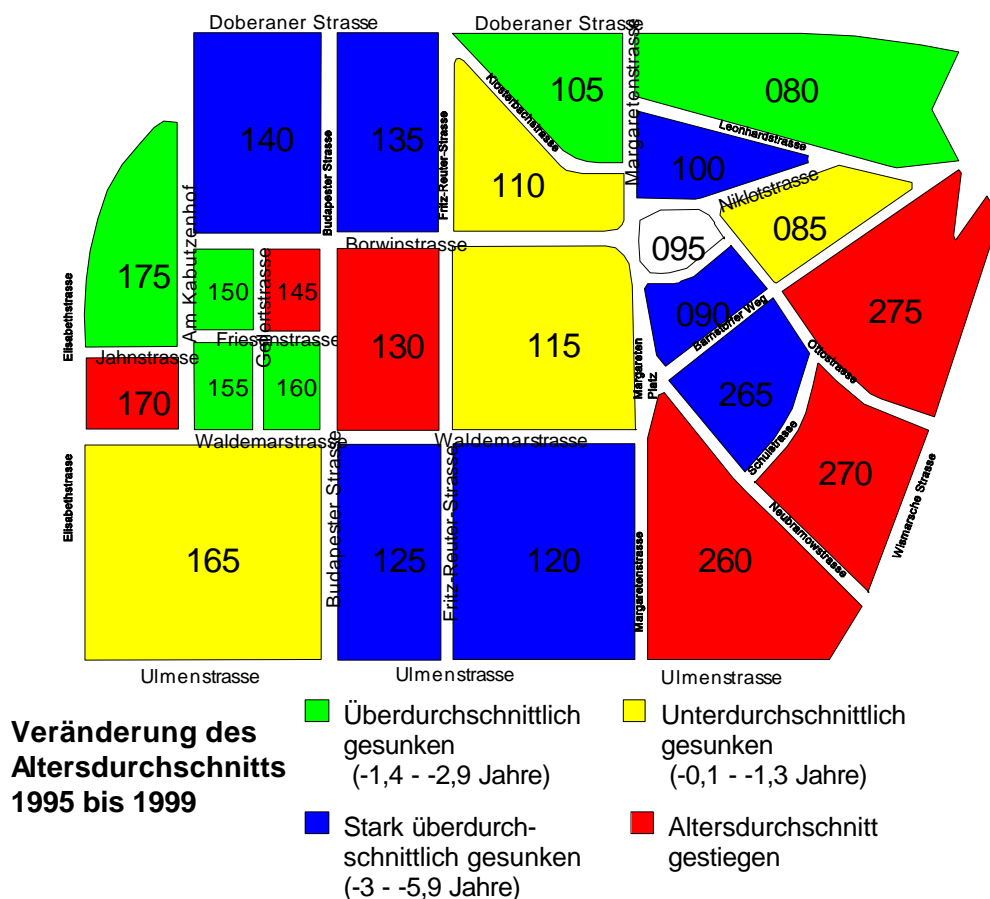
30. Anteil der Ledigen nach Blöcken 1999 (nur 20 Jahre und älter, Abweichungen vom Durchschnitt, in Prozent)



31. Veränderung des Altersdurchschnitts nach Blöcken (in Jahren)



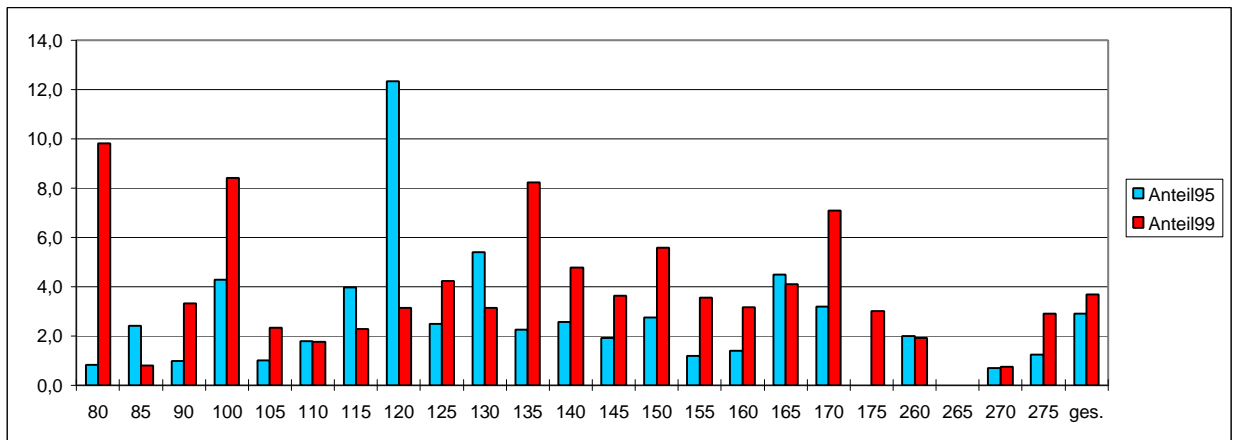
32. Veränderung des Altersdurchschnitts nach Blöcken (Abweichung vom Durchschnitt, in Jahren)



Eine weitere Verjüngung in bereits 1995 „jungen“ Blöcken hat es in 80, 100, 110, 115, 120, 125, 150, 155 und 165 gegeben. Von einem etwas überdurchschnittlichen Altersdurchschnitt her haben sich die Blöcke 90, 105, 135, 140, 160 und 175 verjüngt. Das bereits hohe Durchschnittsalter von 1995 hat sich in den Blöcken 145, 260, 270 und 275 weiter er-

höht. Im Block 85 hat es keine Veränderung gegeben und der Block 265 hat sich zwar etwas verjüngt, ist aber nach wie vor der Block mit dem höchsten Durchschnittsalter (45,8 Jahre).

33. Ausländeranteil nach Blöcken



Nach Blöcken betrachtet ist der Ausländeranteil im Block 120 stark zurückgegangen, dafür wohnen jetzt in den Blöcken 80, 100, 135, 150 und 175 relativ mehr Ausländer als im Durchschnitt bzw. im Jahre 1995.

B) Literaturhinweise

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 200 vom 10.7.1996, S. 4 – 6

Blasius, J.: Gentrification und Lebensstile, Wiesbaden 1993

Dangschat, J.S.: Gentrification: der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: Friedrichs, J. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung, Köln 1988

Freigang, W., Gerdes, J., Minx, B., Schilling, A., Voigt, P., Qualitative Sozialberichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern - Alleinerziehende und kinderreiche Familien (Abschlußbericht), Schwerin 1998

Gerdes, J., Häußermann, H., Heseler, H., Osterland, Löser, H., Prassek, M., Bischoff, U., Kabisch, S., Linke, S.; Das Verschwinden der Arbeitsplätze - wo bleiben die Arbeitskräfte?, Rostock 1997